

1. Sitzung

Mittwoch, 7. Oktober 2015

Inhalt

1. Entschuldigungen von der Haussitzung
2. Beschluss über den Beginn der 4. Session der 15. Gesetzgebungsperiode
3. Genehmigung des stenographischen Protokolls der 8. Sitzung der 3. Session der 15. Gesetzgebungsperiode
4. Einlauf
 - 4.1 Zuweisung von Vorlagen und Berichten der Landesregierung
 - 4.1.1 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Gemeindeverbände-gesetz geändert wird (Nr. 1 der Beilagen)
 - 4.1.2 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Rettungsgesetz geändert wird (Nr. 5 der Beilagen)
 - 4.1.3 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Schischul- und Snowboardschulgesetz geändert wird (Nr. 61 der Beilagen)
 - 4.1.4 Bericht der Landesregierung zum Tätigkeitsbericht des Salzburger PatientInnenentschädigungsfonds für das Jahr 2014 (Nr. 2 der Beilagen)
 - 4.1.5 Bericht der Landesregierung betreffend die Genehmigung der Berichte über die Verwendung der Mittel des Salzburger Naturschutzfonds des Landes Salzburg für das Jahr 2014 (Nr. 3 der Beilagen)
 - 4.1.6 Bericht der Landesregierung über den Vermögensstand und die Gebarung des Salzburger Tourismusförderungsfonds für das Jahr 2014 (Nr. 4 der Beilagen)
 - 4.1.7 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Objektivierungsgesetz und das Salzburger Landesbeamtengesetz 1987 geändert werden (Nr. 62 der Beilagen)
 - 4.1.8 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem ein Landesbediensteten-Gehaltsgesetz erlassen und das Salzburger Landes-Beamtengesetz 1987, das Landesbeamten-Pensionsgesetz, das Landes-Vertragsbedienstetengesetz 2000, das Salzburger Landes-Personalvertretungsgesetz, das Salzburger Gleichbehandlungsgesetz, das Salzburger Kinderbetreuungsgesetz 2007 und das Allgemeine Landeshaushaltsgesetz geändert werden (Gehaltsreform-Gesetz) (Nr. 63 der Beilagen)

- 4.1.9 Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der xy-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals
(Nr. 80 der Beilagen)
- 4.1.10 Vorlage der Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die halbtägig kostenlose und verpflichtende frühe Förderung in institutionellen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen in den Kindergartenjahren 2015/16, 2016/17 und 2017/18
(Nr. 81 der Beilagen)
- 4.2 Anträge
- 4.2.1 Dringlicher Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner betreffend die notärztliche Versorgung in den Regionen
(Nr. 65 der Beilagen - Berichterstatter: Klubvorsitzender Abg. Steidl)
- 4.2.2 Dringlicher Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Optimierung der Gesundheitsversorgung im Land Salzburg
(Nr. 66 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Steiner BA MA)
- 4.2.3 Antrag der Abg. Obermoser, Ing. Schnitzhofer und Neuhofer betreffend die finanzielle Behandlung von Räumungsaufgaben bei Wildbachsperrern
(Nr. 67 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Obermoser)
- 4.2.4 Antrag der Abg. Bartel, Obermoser und Ing. Sampl betreffend die Reform von Brandmeldeanlagen
(Nr. 68 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Bartel)
- 4.2.5 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi, HR Dr. SchöchI und Mag. Scharfetter betreffend eine Änderung der Verordnung betreffend „Transparenz von getätigten Transaktionen“
(Nr. 69 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. SchöchI)
- 4.2.6 Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Klubobfrau Mag.^a Gutschi betreffend eine Änderung des Grundversorgungsgesetzes
(Nr. 70 der Beilagen - Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi)
- 4.2.7 Antrag der Abg. Zweiten Präsidentin Mosler-Törnström BSc und Klubvorsitzenden Steidl betreffend eine einheitliche Koordinationsstelle in EU-Angelegenheiten
(Nr. 71 der Beilagen - Berichterstatterin: Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc)
- 4.2.8 Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner betreffend Kinder mit Autismus-Spektrum-Störung
(Nr. 72 der Beilagen - Berichterstatter: Klubvorsitzenden Abg. Steidl)
- 4.2.9 Antrag der Abg. Zweiten Präsidentin Mosler-Törnström BSc und Klubvorsitzenden Steidl betreffend die Erstellung eines Kulturleitbildes für das Land Salzburg
(Nr. 73 der Beilagen - Berichterstatterin: Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc)

- 4.2.10 Antrag der Abg. Mag. Schmidlechner und Klubvorsitzenden Steidl betreffend Landeslehrerpensionen
(Nr. 74 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Schmidlechner)
- 4.2.11 Antrag der Abg. Fuchs und Hofbauer betreffend die Anhebung des Anteiles an biologischen und regionalen Lebensmitteln in Landesküchen
(Nr. 75 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Fuchs)
- 4.2.12 Antrag der Abg. Fuchs und Scheinast betreffend den Ausbau der Atomkraft in Tschechien
(Nr. 76 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Fuchs)
- 4.2.13 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Behebung eines Fehlers in der Programmkarte des Regionalprogramms Oberpinzgau LGBl. Nr. 19/2014
(Nr. 77 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Steiner BA MA)
- 4.2.14 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Einführung eines sektoralen Lkw-Fahrverbotes auf der B 156
(Nr. 78 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Wiedermann)
- 4.2.15 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die neuerliche Überprüfung des Ansuchens für eine Änderung der Standortverordnung für das Areal des ehemaligen „bauMax“-Standorts in Wals-Himmelreich
(Nr. 79 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Wiedermann)
- 4.3 schriftliche Anfragen
- 4.3.1 Dringliche Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr betreffend Verlängerung der Lokalbahn
(Nr. 1-ANF der Beilagen)
- 4.3.2 Anfrage der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschl, Bartel und Jöbstl an die Landesregierung betreffend Aufklärung über Gefahren im Internet
(Nr. 2-ANF der Beilagen)
- 4.3.3 Anfrage der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschl, Mag. Mayer und Obermoser an die Landesregierung betreffend Zweitwohnsitze
(Nr. 3-ANF der Beilagen)
- 4.3.4 Anfrage der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Klubobfrau Mag.^a Gutschl und Ing. Sampl an die Landesregierung betreffend Schonvermögen
(Nr. 4-ANF der Beilagen)
- 4.3.5 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Hirschbichler MBA an die Landesregierung betreffend Konjunkturpaket der Landesregierung
(Nr. 5-ANF der Beilagen)
- 4.3.6 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung betreffend Reinigungs- und Servicepersonal in den SALK
(Nr. 6-ANF der Beilagen)

- 4.3.7 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung betreffend Krankenhaus Tamsweg „Essen auf Rädern“
(Nr. 7-ANF der Beilagen)
- 4.3.8 Anfrage der Abg. Fuchs und Scheinast an die Landesregierung betreffend Elektromobilität im Bereich des landeseigenen Fuhrparks
(Nr. 8-ANF der Beilagen)
- 4.3.9 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. Juni 2015
(Nr. 9-ANF der Beilagen)
- 4.3.10 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend Strafverfahren wegen Geschwindigkeitsübertretungen
(Nr. 10-ANF der Beilagen)
- 4.3.11 Anfrage der Abg. Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung betreffend die Förderung und Subventionierung von Bundesagenden durch das Land am Beispiel von Arbeitsmarkt-, Aus- und Weiterbildungseinrichtungen
(Nr. 11-ANF der Beilagen)
- 4.3.12 Anfrage der Abg. Hofbauer und Mag.^a Sieberth an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Werbung an Schulen
(Nr. 12-ANF der Beilagen)
- 4.3.13 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend die Bestellung eines Breitband- und Digitalisierungsbeauftragten
(Nr. 13-ANF der Beilagen)
- 4.3.14 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrat Mayr betreffend die Umfahrung Straßwalchen
(Nr. 14-ANF der Beilagen)
- 4.3.15 Anfrage der Abg. Fuchs und Scheinast an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend die Ausstattung von Beschneigungsteichen mit Photovoltaikanlagen
(Nr. 15-ANF der Beilagen)
- 4.3.16 Anfrage der Abg. Fuchs und Hofbauer an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend biologischer Landbau an Landwirtschaftlichen Schulen im Bundesland Salzburg
(Nr. 16-ANF der Beilagen)
- 4.3.17 Anfrage der Abg. Fuchs und Mag.^a Sieberth an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend Werbung für Glyphosat in der Wochenzeitung der Landwirtschaftskammer Salzburg
(Nr. 17-ANF der Beilagen)
- 4.3.18 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend Scheinselbständige im Land Salzburg
(Nr. 18-ANF der Beilagen)

- 4.3.19 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann Stellvertreterin Dr. Rössler betreffend die naturschutzrechtliche Bewilligung für den Kalksteinabbau „Lidaun“ in Faistenau
(Nr. 19-ANF der Beilagen)
- 4.3.20 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann Stellvertreterin Dr. Rössler betreffend Schutzgebietsausweisung im Bereich Osterhorngruppe - Salzburger Kalkvoralpen
(Nr. 20-ANF der Beilagen)
- 4.3.21 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend Allergeninformation an Schulen für die tägliche Jause
(Nr. 21-ANF der Beilagen)
- 4.3.22 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. Juli 2015
(Nr. 22-ANF der Beilagen)
- 4.3.23 Dringliche Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Unterkünfte für Flüchtlinge
(Nr. 23-ANF der Beilagen)
- 4.3.24 Anfrage der Abg. Steiner BA MA, Essl und Wiedermann an die Landesregierung betreffend Bahnübergänge der Salzburger Lokalbahn im Pinzgau
(Nr. 24-ANF der Beilagen)
- 4.3.25 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend Leader-Förderungen im Land Salzburg
(Nr. 25-ANF der Beilagen)
- 4.3.26 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend PPP-Finanzierungsmodell für die Errichtung und den Betrieb des geplanten Gitzentunnels in Bergheim
(Nr. 26-ANF der Beilagen)
- 4.3.27 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend verdeckter Baukostenzuschuss für das Casino in Kleßheim
(Nr. 27-ANF der Beilagen)
- 4.3.28 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend die Verantwortlichkeiten bei Spekulationsgeschäften Mitte Juli 2012 bis Ende September 2012
(Nr. 28-ANF der Beilagen)
- 4.3.29 Anfrage der Abg. Riezler und Mag. Schmidlechner an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF)
(Nr. 29-ANF der Beilagen)
- 4.3.30 Anfrage der Abg. Mag. Schmidlechner und Dr.ⁱⁿ Solarz an die Landesregierung betreffend Schulbauprogramm und Schulstandortkonzept
(Nr. 30-ANF der Beilagen)

- 4.3.31 Anfrage der Abg. Ing. Mag. Meisl und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend Raumordnung (Nr. 31-ANF der Beilagen)
- 4.3.32 Dringliche Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Riezler an die Landesregierung betreffend aktuelle Personalpolitik (Nr. 32-ANF der Beilagen)
- 4.3.33 Anfrage der Abg. Mag. Schmidlechner und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Klassenschülerhöchstzahlen (Nr. 33-ANF der Beilagen)
- 4.3.34 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. August 2015 (Nr. 34-ANF der Beilagen)
- 4.3.35 Anfrage der Abg. Brand und Mag. Schmidlechner an Landesrat Mayr betreffend GROHAG (Nr. 35-ANF der Beilagen)
- 4.3.36 Dringliche Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend den aktuellen Flüchtlingsstrom (Nr. 36-ANF der Beilagen)
- 4.3.37 Dringliche Anfrage der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung betreffend Flüchtlinge und Asylwerber (Nr. 37-ANF der Beilagen)
- 4.3.38 Anfrage der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschl, Bartel und Jöbstl an die Landesregierung betreffend Schwimmunterricht an Schulen (Nr. 38-ANF der Beilagen)
- 4.3.39 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung betreffend Nachbesetzung der Position des Landesamtsdirektors (Nr. 39-ANF der Beilagen)
- 4.3.40 Anfrage der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung betreffend Wettbewerb zu familienfreundlichen Unternehmen (Nr. 40-ANF der Beilagen)
- 4.3.41 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. September 2015 (Nr. 41-ANF der Beilagen)
- 4.3.42 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Verteilung der Broschüre „Die wilden Vier - Wolf, Bär, Luchs und Wildnis in Europa“ in Schulen (Nr. 42-ANF der Beilagen)

- 4.3.43 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Mülldeponie auf dem Firmenareal Leube in Golling (Nr. 43-ANF der Beilagen)
- 4.3.44 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung betreffend die Förderung aus Mitteln des Landes Salzburg für ein niemals errichtetes Bad am Wallersee (Nr. 44-ANF der Beilagen)
- 4.3.45 Anfrage der Abg. HR Dr. SchöchI, Schnitzhofer und Neuhofer an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend die Biotopkartierung im Bundesland Salzburg (Nr. 45-ANF der Beilagen)
- 4.3.46 Anfrage der Abg. Mag.^a Sieberth und Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend die Geburtshilfe im Land Salzburg (Nr. 46-ANF der Beilagen)
- 4.3.47 Anfrage der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi und HR Dr. SchöchI an Landesrat Mayr betreffend den Ausbau der Autobahnabfahrt Wallersee (Nr. 47-ANF der Beilagen)
- 4.3.48 Anfrage der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi, HR Dr. SchöchI und Jöbstl an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend die Finanzierung der Organisation RAINBOWS Salzburg (Nr. 48-ANF der Beilagen)
- 4.3.49 Anfrage der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Riezler an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Online-MitarbeiterInnenbefragung (Nr. 49-ANF der Beilagen)
- 4.3.50 Anfrage der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Ferienbetreuung 2015 (Nr. 50-ANF der Beilagen)
- 4.3.51 Anfrage der Abg. Schneglberger und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend Vertröstungen zum Energiemasterplan (Nr. 51-ANF der Beilagen)
- 4.3.52 Anfrage der Zweiten Präsidentin Mosler-Törnström BSc und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend Depot des Salzburg Museums (Nr. 52-ANF der Beilagen)
- 4.4 Berichte des Rechnungshofes, des Landesrechnungshofes und der Volksanwaltschaft
 - 4.4.1 Bericht des Rechnungshofes betreffend Konsolidierungsmaßnahmen der Länder und Landeslehrerpensionen
 - 4.4.2 Bericht des Rechnungshofes betreffend Salzburger PatientInnenentschädigungsfonds
 - 4.4.3 Bericht des Rechnungshofes betreffend EU-Finanzbericht 2013

5. Aktuelle Stunde
„Solidarität statt Ellbogen – Die Flüchtlingsfrage als Herausforderung für Soziales und Integration“ (Die Grünen)
6. Mündliche Anfragen (Fragestunde)
 - 6.1 Mündliche Anfrage der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Initiativen im Bereich Kinder- und Jugendgesundheit für das Bundesland Salzburg
 - 6.2 Mündliche Anfrage des Abg. Wiedermann an Landesrat Mayr betreffend die künftige Wohnsituation aufgrund des Zustroms von Fremden
 - 6.3 Mündliche Anfrage des Abg. Konrad MBA an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend die überfallsartige und unverantwortliche Kürzung von Wert-/Unterrichtseinheiten an Salzburgs Gymnasien
 - 6.4 Mündliche Anfrage der Abg. Steiner-Wieser an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend der endgültigen Schließung der Strucker-Kaserne in Tamsweg
 - 6.5 Mündliche Anfrage des Abg. HR Dr. Schöchgl an Landesrat Mayr betreffend die Sicherheit von Bahnübergängen
 - 6.6 Mündliche Anfrage der Abg. Riezler an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend Deutschkurse für Asylwerber
 - 6.7 Mündliche Anfrage der Abg. DIⁱⁿ Lindner an Landesrat Mayr betreffend die Mobilitätsausbildung im Bundesland Salzburg
 - 6.8 Mündliche Anfrage des Abg. Rothenwänder an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend ein Schreiben an den Ministerratsdienst wegen der Struckerkaserne
 - 6.9 Mündliche Anfrage der Abg. Fürhapter an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Absicherung/Schadenersatz bei Unfällen/Straftaten mit/von Asylwerberinnen, Asylwerbern und durchreisenden Flüchtlingen
 - 6.10 Mündliche Anfrage des Abg. Mag. Schmidlechner an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend Entbindungen und Suspendierungen vom Landesdienst
 - 6.11 Mündliche Anfrage des Abg. Schneglberger an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend Weisungen in UVP-Verfahren
 - 6.12 Mündliche Anfrage des Klubvorsitzenden Abg. Steidl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Krankenhaus Tamsweg
 - 6.13 Mündliche Anfrage der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Förderung von Jugendzentren
7. Dringliche Anfragen
 - 7.1 Dringliche Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend den aktuellen Flüchtlingsstrom
(Nr. 36-ANF der Beilagen)

- 7.2 Dringliche Anfrage der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung betreffend Flüchtlinge und Asylwerber (Nr. 37-ANF der Beilagen)
8. Berichte und Anträge der Ausschüsse
- 8.1 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz zur Erlassung eines Salzburger Bautechnikgesetzes 2015 und eines Salzburger Hebeanlagengesetzes sowie zur Änderung des Bebauungsgrundlagengesetzes, des Baupolizeigesetzes 1997 und der Salzburger Feuerpolizeiordnung 1973 (Nr. 6 der Beilagen - Berichterstatte: Abg. Scheinast)
- 8.2 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht der Landesregierung über den Salzburger Gesundheitsfonds (SAGES) gemäß § 26 SAGES-G betreffend das Jahr 2014 (Nr. 7 der Beilagen - Berichterstatte: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi)
- 8.3 Bericht des Ausschusses für Europa, Integration und regionale Außenpolitik zum Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Klubobfrau Mag.^a Gutschi und Mag. Scharfetter betreffend eine Änderung der Gewerbeordnung (Nr. 8 der Beilagen - Berichterstatte: Abg. Mag. Scharfetter)
- 8.4 Bericht des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Antrag der Abg. Zweiten Präsidentin Mosler-Törnström BSc und Schneglberger betreffend flächendeckende Öffnung der Forststraßen für Mountainbiker (Nr. 9 der Beilagen - Berichterstatte: Abg. Fuchs)
- 8.5 Bericht des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Antrag der Abg. Fuchs und Scheinast betreffend der Verwendung von glyphosathaltigen Pestiziden und zum Antrag der Abg. Fuchs, Hofbauer, Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Scheinast betreffend die Ausbringung von glyphosathaltigen Herbiziden an österreichischen Autobahnen (Nr. 10 der Beilagen- Berichterstatte: Abg. Fuchs)
- 8.6 Bericht des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Mag. Schmidlechner und Riezler betreffend Pilotprojekt für die Bewirtschaftung der finanziellen Ressourcen in der Schuleingangsphase (Nr. 11 der Beilagen - Berichterstatte: Abg. Mag Schmidlechner)
- 8.7 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Klubobfrau Mag.^a Gutschi und Ing. Sampl betreffend die Änderung der Salzburger Soziale Dienste-Verordnung (Nr. 12 der Beilagen - Berichterstatte: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi)
- 8.8 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. DIⁱⁿ Lindner und Mag.^a Sieberth betreffend ein vergünstigtes Ticket für Jugendliche in Ausbildung, die keinen Anspruch auf SchülerInnenfreifahrt haben (Nr. 13 der Beilagen - Berichterstatte: Abg. DIⁱⁿ Lindner)
- 8.9 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend die neuerliche rechtliche Beurteilung der Europarkerweiterung (Nr. 14 der Beilagen - Berichterstatte: Abg. Hofbauer)

- 8.10 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend den Wohnungsleerstand in der Stadt Salzburg
(Nr. 15 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Wiedermann)
- 8.11 Bericht des Ausschusses für Europa, Integration und regionale Außenpolitik zum Bericht des Beauftragten des Landes Salzburg für den AdR über das Jahr 2014
(Nr. 16 der Beilagen - Berichterstatterin: Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf)
- 8.12 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Rechnungshofes über die durchschnittlichen Einkommen der gesamten Bevölkerung gemäß Art. 1 § 8 Abs. 4 des Bezügebegrenzungsgesetzes, BGBl. I Nr. 64/1997 für die Jahre 2012 und 2013
(Nr. 17 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. SchöchI)
- 8.13 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Rechnungshofes betreffend Stadtgemeinde Vöcklabruck und Gemeinde Wals-Siezenheim mit Schwerpunkt Wasser-, Abwasser- und Müllabgaben; Reihe Salzburg 2015/3
(Nr. 18 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. SchöchI)
- 8.14 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Rechnungshofes über die Stadtgemeinden Ried im Innkreis und Saalfelden am Steinernen Meer mit Schwerpunkt Freizeit- und Mehrzweckeinrichtungen
(Nr. 19 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Ing. Sampl)
- 8.15 Bericht des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der xy-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals
(Nr. 82 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
- 8.16 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Objektivierungsgesetz und das Salzburger Landesbeamtengesetz 1987 geändert werden
(Nr. 83 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. SchöchI)
- 8.17 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum dringlichen Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner betreffend die notärztliche Versorgung in den Regionen
(Nr. 84 der Beilagen - Berichterstatter: Klubvorsitzenden Abg. Steidl)
- 8.18 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum dringlichen Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Optimierung der Gesundheitsversorgung im Land Salzburg
(Nr. 85 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Bartel)
9. Beantwortung schriftlicher Anfragen
- 9.1 Anfrage der Abg. HR Dr. SchöchI, Bartel und Neuhofer an die Landesregierung (Nr. 956 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend weggeworfene Lebensmittel im Bundesland Salzburg
(Nr. 20 der Beilagen)

- 9.2 Anfrage der Abg. Hofbauer und Scheinast an die Landesregierung (Nr. 957 der Beilagen der d.3.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend Belohnungen für besondere Leistungen von LehrerInnen (Nr. 21 der Beilagen)
- 9.3 Anfrage der Abg. Hofbauer und Scheinast an die Landesregierung (Nr. 958 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend das Leistungsfeststellungsverfahren bei LandeslehrerInnen (Nr. 22 der Beilagen)
- 9.4 Anfrage der Abg. Scheinast und Hofbauer an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 964 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend Genossenschaften in Salzburg (Nr. 23 der Beilagen)
- 9.5 Anfrage der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 988 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend Kinderbetreuung (Nr. 24 der Beilagen)
- 9.6 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung (Nr. 962 der Beilagen der 3.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend Förderungen und Subventionen des Landes Salzburg (Nr. 25 der Beilagen)
- 9.7 Anfrage der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 963 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend schulische Inklusion von Kindern mit Sonderpädagogischem Förderbedarf (Nr. 26 der Beilagen)
- 9.8 Anfrage der Abg. Riezler und Dr.ⁱⁿ Solarz an die Landesregierung (Nr. 987 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend Maßnahmen von arbeitsfähigen, aber nicht beschäftigungsfähigen Menschen (Nr. 27 der Beilagen)
- 9.9 Anfrage der Abg. Schneglberger und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr. 990 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend Verbrennungsanlagen und Entstehung von Umweltgiften (Nr. 28 der Beilagen)
- 9.10 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl und Rothenwänder an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr. 991 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend das Regionalprogramm Oberpinzgau (Nr. 29 der Beilagen)
- 9.11 Anfrage der Abg. HR Dr. Schöchgl, Bartel und Neuhofer an die Landesregierung (Nr. 956 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler - betreffend weggeworfene Lebensmittel im Bundesland Salzburg (Nr. 30 der Beilagen)

- 9.12 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung (Nr. 994 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler - betreffend Rohbau und Deponie des Zoos Salzburg in einem „geschützten Landschaftsteil“ (Nr. 31 der Beilagen)
- 9.13 Anfrage der Abg. Scheinast, Mag.^a Sieberth und Fuchs an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr. 965 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend Lebensmittelverschwendung in Salzburger Supermärkten (Nr. 32 der Beilagen)
- 9.14 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an die Landesregierung (Nr. 989 der Beilagen der 3.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend Krankenhaus Tamsweg (Nr. 33 der Beilagen)
- 9.15 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung (Nr. 994 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend Rohbau und Deponie des Zoos Salzburg in einem „geschützten Landschaftsteil“ (Nr. 34 der Beilagen)
- 9.16 Anfrage der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 968 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend das Adipositas-Zentrum Hallein (Nr. 35 der Beilagen)
- 9.17 Anfrage der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Klubobfrau Mag.^a Gutschi und Ing. Sampl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 967 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend die Durchimpfungsrate im Bundesland Salzburg (Nr. 36 der Beilagen)
- 9.18 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an die Landesregierung (Nr. 986 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend Regionaler Strukturplan Gesundheit (Nr. 37 der Beilagen)
- 9.19 Anfrage der Abg. Mag. Mayer und Mag. Scharfetter an Landesrat Mayr (Nr. 970 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend die Umsetzung der neuen Salzburger Wohnbauförderung (Nr. 38 der Beilagen)
- 9.20 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr (Nr. 971 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend neuem Branding SVG und SVV (Nr. 39 der Beilagen)
- 9.21 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr (Nr. 972 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend Senioren- und Jugendticket (Nr. 40 der Beilagen)
- 9.22 Anfrage der Abg. Scheinast und Hofbauer an Landesrat Mayr (Nr. 973 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend die Fahrgastzahlen im Öffentlichen Verkehr im Bundesland Salzburg (Nr. 41 der Beilagen)

- 9.23 Anfrage der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 974 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend Kinderbrücke (Nr. 42 der Beilagen)
- 9.24 Anfrage der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 975 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (Nr. 43 der Beilagen)
- 9.25 Anfrage der Abg. Riezler und Dr.ⁱⁿ Solarz an die Landesregierung (Nr. 987 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA - betreffend Maßnahmen von arbeitsfähigen, aber nicht beschäftigungsfähigen Menschen (Nr. 44 der Beilagen)
- 9.26 Anfrage der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 988 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA - betreffend Kinderbetreuung (Nr. 45 der Beilagen)
- 9.27 Dringliche Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung (Nr. 993 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend Dienstfreistellung des Leiters der Personalabteilung (Nr. 46 der Beilagen)
- 9.28 Anfrage der Abg. HR Dr. SchöchI, Bartel und Neuhofer an die Landesregierung (Nr. 956 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend weggeworfene Lebensmittel im Bundesland Salzburg (Nr. 47 der Beilagen)
- 9.29 Anfrage der Abg. HR Dr. SchöchI, Bartel und Neuhofer an die Landesregierung (Nr. 956 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schellhorn - betreffend weggeworfene Lebensmittel im Bundesland Salzburg (Nr. 48 der Beilagen)
- 9.30 Anfrage der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 976 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (Nr. 49 der Beilagen)
- 9.31 Anfrage der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 977 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend die Sonderpflegeabteilung für psychiatrische, psychogeriatrische und geronto-psychiatrische PatientInnen (PSP) St. Veit (Nr. 50 der Beilagen)
- 9.32 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 979 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend Kosten für UMF in der Kinder- und Jugendhilfe (Nr. 51 der Beilagen)

- 9.33 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl und Rothenwänder an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 992 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend die Kündigung eines Heimvertrages durch die Lebenshilfe (Nr. 52 der Beilagen)
- 9.34 Anfrage der Abg. Riezler und Dr.ⁱⁿ Solarz an die Landesregierung (Nr. 987 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schellhorn - betreffend Maßnahmen von arbeitsfähigen, aber nicht beschäftigungsfähigen Menschen (Nr. 53 der Beilagen)
- 9.35 Dringliche Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr (Nr. 1-ANF der Beilagen) betreffend Verlängerung der Lokalbahn (Nr. 1-BEA der Beilagen)
- 9.36 Anfrage der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi, Bartel und Jöbstl an die Landesregierung (Nr. 2-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer und Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Aufklärung über Gefahren im Internet (Nr. 2-BEA der Beilagen)
- 9.37 Anfrage der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi, Mag. Mayer und Obermoser an die Landesregierung (Nr. 3-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer und Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler - betreffend Zweitwohnsitze (Nr. 3-BEA der Beilagen)
- 9.38 Anfrage der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Klubobfrau Mag.^a Gutschi und Ing. Sampl an die Landesregierung (Nr. 4-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schellhorn betreffend Schonvermögen (Nr. 4-BEA der Beilagen)
- 9.39 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Hirschbichler MBA an die Landesregierung (Nr. 5-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer, Landesrat Mayr und Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend Konjunkturpaket der Landesregierung (Nr. 5-BEA der Beilagen)
- 9.40 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung (Nr. 6-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend Reinigungs- und Servicepersonal in den SALK (Nr. 6-BEA der Beilagen)
- 9.41 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 7-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer und Landesrat Dr. Schellhorn - betreffend Krankenhaus Tamsweg „Essen auf Rädern“ (Nr. 7-BEA der Beilagen)
- 9.42 Anfrage der Abg. Fuchs und Scheinast an die Landesregierung (Nr. 8-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend Elektromobilität im Bereich des landeseigenen Fuhrparks (Nr. 8-BEA der Beilagen)

- 9.43 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 9-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. Juni 2015 (Nr. 9-BEA der Beilagen)
- 9.44 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 10-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr - betreffend Strafverfahren wegen Geschwindigkeitsübertretungen (Nr. 10-BEA der Beilagen)
- 9.45 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung (Nr. 11-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl und Landesrätin Mag.^a Berthold MBA - betreffend die Förderung und Subventionierung von Bundesagenden durch das Land am Beispiel von Arbeitsmarkt-, Aus- und Weiterbildungseinrichtungen (Nr. 11-BEA der Beilagen)
- 9.46 Anfrage der Abg. Hofbauer und Mag.^a Sieberth an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 12-ANF der Beilagen) betreffend Werbung an Schulen (Nr. 12-BEA der Beilagen)
- 9.47 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 13-ANF der Beilagen) betreffend die Bestellung eines Breitband- und Digitalisierungsbeauftragten (Nr. 13-BEA der Beilagen)
- 9.48 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrat Mayr (Nr. 14-ANF der Beilagen) betreffend die Umfahrung Straßwalchen (Nr. 14-BEA der Beilagen)
- 9.49 Anfrage der Abg. Fuchs und Scheinast an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 15-ANF der Beilagen) betreffend die Ausstattung von Beschneigungsteichen mit Photovoltaikanlagen (Nr. 15-BEA der Beilagen)
- 9.50 Anfrage der Abg. Fuchs und Hofbauer an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 16-ANF der Beilagen) betreffend biologischer Landbau an Landwirtschaftlichen Schulen im Bundesland Salzburg (Nr. 16-BEA der Beilagen)
- 9.51 Anfrage der Abg. Fuchs und Mag.^a Sieberth an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 17-ANF der Beilagen) betreffend Werbung für Glyphosat in der Wochenzeitung der Landwirtschaftskammer Salzburg (Nr. 17-BEA der Beilagen)
- 9.52 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 18-ANF der Beilagen) betreffend Scheinselbständige im Land Salzburg (Nr. 18-BEA der Beilagen)

- 9.53 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr. 19-ANF der Beilagen) betreffend die naturschutzrechtliche Bewilligung für den Kalksteinabbau „Lidaun“ in Faistenau (Nr. 19-BEA der Beilagen)
- 9.54 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr. 20-ANF der Beilagen) betreffend Schutzgebietsausweisung im Bereich Osterhorngruppe - Salzburger Kalkvoralpen (Nr. 20-BEA der Beilagen)
- 9.55 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 21-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl, Landesrätin Mag.^a Berthold MBA und Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend Allergeninformation an Schulen für die tägliche Jause (Nr. 21-BEA der Beilagen)
- 9.56 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 22-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. Juli 2015 (Nr. 22-BEA der Beilagen)
- 9.57 Dringliche Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 23-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA - betreffend die Unterkünfte für Flüchtlinge (Nr. 23-BEA der Beilagen)
- 9.58 Anfrage der Abg. Steiner BA MA, Essl und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 24-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr - betreffend Bahnübergänge der Salzburger Lokalbahn im Pinzgau (Nr. 24-BEA der Beilagen)
- 9.59 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 25-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend Leader-Förderungen im Land Salzburg (Nr. 25-BEA der Beilagen)
- 9.60 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 26-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr - betreffend PPP-Finanzierungsmodell für die Errichtung und den Betrieb des geplanten Gitzentunnels in Bergheim (Nr. 26-BEA der Beilagen)
- 9.61 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 27-ANF der Beilagen) betreffend verdeckter Baukostenzuschuss für das Casino in Kleßheim (Nr. 27-BEA der Beilagen)

- 9.62 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 28-ANF der Beilagen) betreffend die Verantwortlichkeiten bei Spekulationsgeschäften Mitte Juli 2012 bis Ende September 2012
(Nr. 28-BEA der Beilagen)
- 9.63 Dringliche Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Riezler an die Landesregierung (Nr. 32-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend aktuelle Personalpolitik
(Nr. 32-BEA der Beilagen)
- 9.64 Anfrage der Abg. Riezler und Mag. Schmidlechner an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF)
(Nr. 29-BEA der Beilagen)
10. Berichte der Landesregierung, um deren Vorlage der Landtag ersucht hat
- 10.1 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 4. Juni 2014 (Nr. 691 der Beilagen d.2.S.d.15.GP) betreffend die Kündigung der Art. 15a B-VG Grundversorgungsvereinbarung
(Nr. 54 der Beilagen)
- 10.2 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 18. März 2015 (Nr. 612 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend die Vereinfachung von Bürgerbeteiligungen als Genossenschaftsmodelle
(Nr. 55 der Beilagen)
- 10.3 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 15. Dezember 2010 (Nr. 195 der Beilagen d.3.S.d.14.GP) betreffend eine Salzburger "Offensive Barrierefreiheit"
(Nr. 56 der Beilagen)
- 10.4 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 3. Juni 2015 (Nr. 870 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend den Erhalt der militärischen Strukturen in Salzburg
(Nr. 57 der Beilagen)
- 10.5 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 8. Juli 2015 (Nr. 1011 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend die Transparenz bei den Geschwindigkeitsreduktionen auf A1 und A10 nach IGL
(Nr. 58 der Beilagen)
- 10.6 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 3. Juni 2015 (Nr. 875 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend Maßnahmen zum Schutz der Bienen
(Nr. 59 der Beilagen)
- 10.7 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 18. März 2015 (Nr.611 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) zum Antrag der Abg. Hofbauer und Mag.^a Sieberth betreffend Ehrungen des Landes und zum Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner betreffend Aberkennung von Auszeichnungen
(Nr. 60 der Beilagen)

- 10.8 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 20. März 2013 (Nr. 332 der Beilagen d.5.S.d.14.GP) betreffend die Personalsituation in den Salzburger Bezirkshauptmannschaften (Nr. 64 der Beilagen)

- . - . - . - . - . -

(Beginn der Sitzung: 09:04 Uhr)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich wünsche allen einen schönen guten Morgen und heiße Sie alle herzlich willkommen. Es freut mich sehr, dass heute Schülerinnen und Schüler der 3c der Hauptschule Lamprechtshausen mit ihrem Klassenvorstand Herrn Dipl.-Pädagogen Michael Felber zu uns gekommen sind. Ein herzliches Willkommen und einen interessanten Vormittag bei uns. (Allgemeiner Beifall)

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, ersuche ich Sie, sich für eine Trauerminute von den Plätzen zu erheben. Am 6. Juli 2015 ist Herr Abgeordneter außer Dienst Oberstudienrat Ingo Baumgartner im 72-sten Lebensjahr verstorben. Der Verstorbene war von Februar 1987 bis Mai 1989 Abgeordneter zum Salzburger Landtag für die SPÖ. Von 1974 bis 1989 war er Mitglied der Gemeindevertretung von Abtenau und von 1979 an war er auch Vizebürgermeister.

Am 14. September 2015 ist Landtagsabgeordneter außer Dienst Kommerzialrat Anton Karl im 80-sten Lebensjahr verstorben. Der Verstorbene war von Jänner 1992 bis April 1999 Abgeordneter zum Salzburger Landtag für die ÖVP. In seiner aktiven Zeit war er auch Landes- und Bundesinnungsmeister der Fleischer und Präsident des Internationalen Metzgerverbandes.

Ich habe beiden Trauerfamilien namens des Salzburger Landtages kondoliert. Wir werden den Verstorbenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren. Herzlichen Dank.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf noch jemanden in unserem Kreise begrüßen, der heute das erste Mal in einer neuen Funktion hier ist. Ich darf Herrn Mag. Franz Wieser als neuen Chef des Landes-Medienzentrums herzlich bei uns begrüßen und freue mich auf eine gute Zusammenarbeit zwischen Landtag und Medienzentrum. (Allgemeiner Beifall)

Sehr geehrte Damen und Herren! Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, möchte ich mich noch zu einem anderen Tagesordnungspunkt melden, und zwar es geht eine Ära zu Ende, zwar erst mit 31. Oktober, daher ist es heute die letzte Sitzung des Landtages, bei der unser Herr Landesamtsdirektor Dr. Marckhgott dabei ist.

Ich möchte mich hier, heute bei Dir, lieber Christian, im Namen des Landtages für die Zusammenarbeit, für das Miteinander bedanken. Ich möchte ein kurzes Blitzlicht auf Deine Tätigkeit hier im Land werfen, Deinen Weg, den Du in Salzburg auch im Landesdienst gegangen bist.

Du bist seit 1978 im Landesdienst, also 37 Jahre. Ja, das ist schon eine lange Zeit und das gibt viel Einblick, da lernt man nicht nur viele Menschen kennen, sondern auch viele Themen und Problemstellungen, mit denen Du befasst warst. Du warst zuerst in der Abteilung 4, dann in der Bezirkshauptmannschaft Salzburg-Umgebung und wurdest 1992 auch Bezirkshauptmann. Seit 1997 bist Du Landesamtsdirektor, also 18 Jahre. Viele Aufgaben als Erster im Bereich der Beamten, 2.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für die Du verantwortlich zeichnest, für die Du Dich auch eingesetzt hast im Land.

Ich möchte hier auch nur einige kleine Dinge erwähnen, zum Beispiel dass Dir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Haus besonders wichtig waren. Nicht nur dass die Arbeitsbedingungen gut sind, da hast Du immer ein besonderes Augenmerk darauf gelegt, es waren Dir auch die Fortbildungsmöglichkeiten und auch das Weiterkommen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein besonderes Anliegen.

E-Government. Da war Salzburg sehr lange Zeit ein Vorreiter, weil 2001 bereits erste Möglichkeiten eingeführt wurden. Du warst nicht nur hier im Haus für Reformen, sondern Du wurdest auch in österreichweite Kommissionen berufen, wo Du Deine Kompetenz und Dein Fachwissen über die Verwaltung eingebracht hast. Dafür herzlichen Dank.

Du hast vier Landtage angelobt in diesen 18 Jahren. Grob geschätzt warst Du bei rund 144 Landtagssitzungen dabei, ebenso vielen Präsidialkonferenzen, wo Du mit Deinen Kenntnissen und Deinem Know-how bereit warst, auch den Landtag zu unterstützen. Als Spitzenfunktion im Land und über die vielen Jahre da lernt man nicht nur viele Menschen kennen, sondern da gibt es auch viele Themen und Problemstellungen mit denen Du befasst warst. Du hast eine sehr gute Kommunikation gepflegt auch mit dem Landtag. Ich habe mit Dir öfter Gespräche, auch Themen wie z. B. einen geplanten Umbau des Chiemseehofes, geführt. Auch hier sind wir gute Partner immer gewesen. Dafür sage ich herzlichen Dank. Danke auch, dass wir mit unseren Anliegen auch bei Dir immer ein offenes Ohr gefunden haben.

Du wirst heute zurück an Deinen Schreibtisch gehen und noch einige Tage und Wochen hier im Amt sein und arbeiten. Ich möchte Dir von Herzen Danke sagen. Danke für Deinen Einsatz, für Deinen Dienst auch an Salzburg und für die Gemeinschaft hier im Landtag und im Amt.

Wir haben Dir kleine Geschenke mitgenommen. Das eine ist schwer. Es ist ein Zeichen, dass Du so verbunden bist mit dem Land Salzburg, so viele Auswärtstermine auch bei Veranstaltungen im ganzen Land mit Freude wahrgenommen hast, auch das Land und die Verwaltung repräsentiert hast und auch in der Bevölkerung immer präsent warst und hier auch einiges getan hast. Dafür möchten wir Dir danken. Es ist etwas sehr Heimatverbundenes, es wird Dir vielleicht Freude machen, es ist etwas zum Lesen und zum Hören und es gibt es in einer limitierten Auflage. Viel Freude damit. Zum Hörgenuss haben wir Dir noch einen feinen Tropfen dazugegeben, den Du hoffentlich bei bester Gesundheit im Kreise Deiner Familie genießen wirst. Wir wünschen Dir viel Freude im Namen aller Landtagsparteien. (Allgemeiner Beifall)

Landesamtsdirektor Hofrat Dr. Marckhgott: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Landesregierung! Hohes Haus!

Eigentlich ist diese Position ja nicht mit Rederecht ausgestattet, aber es drängt mich doch, nach dieser langen Zeit, ein paar Dankesworte zu sagen.

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin, für Deine lobenden Worte. Das kann man immer gut vertragen. Es ist nach dieser langen Zeit ein etwas merkwürdiges Gefühl, gerade hier im Landtag Abschiedsworte, Dankesworte sprechen zu dürfen. Ich habe den Landtag in all diesen Jahren immer auch als ein sehr forderndes Kontrollinstrument der Verwaltung erlebt. Das ist gut so. Er war für die Verwaltung durchaus immer auch eine Herausforderung und manches konnte aufgeklärt werden, alles nicht, aus welchen Gründen auch immer. In aller Regel wird die Verwaltung in der Öffentlichkeit und natürlich auch hier im Landtag immer dann zum Thema, wenn vermeintlich oder auch tatsächlich etwas nicht so gelaufen ist, wie es laufen sollte. Das verzerrt natürlich die grundsätzlich positive Bilanz der Landesverwaltung und ich kann nach all diesen Jahren durchaus begründet feststellen, dass die Salzburger Landesverwaltung sich im Vergleich mit anderen Bundesländern keineswegs zu schämen braucht. Ganz im Gegenteil.

Aber natürlich passieren auch Fehler, niemand ist vor Fehler gefeit, auch ich war das nicht, aber ich möchte doch hier und heute sagen, dass ich immer bestrebt war, das Beste für das Land Salzburg zu geben, wie das auch meine Vorfahren getan haben, deren Wappen hier auf den Landtafeln verzeichnet sind. So nehme ich heute dankbaren Herzens Abschied, offiziell Abschied von Ihnen, ich bin ja noch einige Wochen hier und es wird sicherlich noch die eine oder andere Gelegenheit geben zu persönlichen Gesprächen, auf die ich mich schon freue, und abgesehen davon bin ich ja auch in der Pension nicht aus der Welt. Hier noch einmal herzlichen Dank Ihnen allen für diese freundliche Verabschiedung. Vielen Dank. (Allgemeiner Beifall)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Herzlichen Dank. Wir steigen nun ein in die Tagesordnung. Ich rufe auf

Punkt 1: Entschuldigungen von der Haussitzung

Für heute entschuldigt sind ganztags Abgeordneter Mag. Schmidlechner, Abgeordnete Neuhofner und Abgeordnete Mag.^a Sieberth. Abgeordneter Schnitzhofer von 11:00 Uhr bis 12:30 Uhr, Abgeordnete Jöbstl von 12:30 Uhr bis 16:00 Uhr, Landesrat DI Dr. Schwaiger von 9:45 Uhr bis 11:00 Uhr und Landesrätin Mag.^a Berthold MBA von 12:15 Uhr bis 14:00 Uhr sowie Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl ab 19:30 Uhr.

Somit kommen wir zu

Punkt 2: Beschluss über den Beginn der 4. Session der 15. Gesetzgebungsperiode

Gemäß unserer Geschäftsordnung § 1 Abs. 2 haben wir den Beschluss über den Beginn jeder Session zu fassen. Ich gehe davon aus, dass es keinen Einwand gibt gegen den Beginn der 4. Session der 15. Gesetzgebungsperiode. Ich sehe keinen Einwand. Dann ist der Beginn der 4. Session beschlossen. Danke.

Ich rufe auf

Punkt 3: Genehmigung des stenographischen Protokolls der 8. Sitzung der 3. Session der 15. Gesetzgebungsperiode

Das Protokoll ist allen Parteien rechtzeitig übermittelt worden. Einwände dagegen sind in der Landtagsdirektion nicht eingelangt. Wer mit der Genehmigung einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung mit der Hand. Gegenprobe! Keine Gegenstimmen. Ich stelle die einstimmige Genehmigung fest. Danke.

Als nächstes rufe ich auf

Punkt 4: Einlauf

4.1 Zuweisung von Vorlagen und Berichten der Landesregierung

4.1.1 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Gemeindeverbändegesetz geändert wird

(Nr. 1 der Beilagen)

4.1.2 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Rettungsgesetz geändert wird

(Nr. 5 der Beilagen)

4.1.3 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Schi-
schul- und Snowboardschulgesetz geändert wird
(Nr. 61 der Beilagen)

4.1.4 **Bericht** der Landesregierung zum Tätigkeitsbericht des Salzburger PatientInnenent-
schädigungsfonds für das Jahr 2014
(Nr. 2 der Beilagen)

4.1.5 **Bericht** der Landesregierung betreffend die Genehmigung der Berichte über die Ver-
wendung der Mittel des Salzburger Naturschutzfonds des Landes Salzburg für das Jahr 2014
(Nr. 3 der Beilagen)

4.1.6 **Bericht** der Landesregierung über den Vermögensstand und die Gebarung des Salz-
burger Tourismusförderungsfonds für das Jahr 2014
(Nr. 4 der Beilagen)

4.1.7 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Objektivierungsgesetz und das Salzburger Landesbeamtengesetz 1987 geändert werden
(Nr. 62 der Beilagen)

4.1.8 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem ein Landesbediensteten-Gehaltsgesetz erlassen und das Salzburger Landes-Beamtenengesetz 1987, das Landesbeamtinnen-Pensionsgesetz, das Landes-Vertragsbedienstetengesetz 2000, das Salzburger Landes-Personalvertretungsgesetz, das Salzburger Gleichbehandlungsgesetz, das Salzburger Kinderbetreuungsgesetz 2007 und das Allgemeine Landeshaushaltsgesetz geändert werden
(Gehaltsreform-Gesetz)
(Nr. 63 der Beilagen)

4.1.9 **Vorlage** der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der xy-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals
(Nr. 80 der Beilagen)

4.1.10 **Vorlage** der Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die halbtägig kostenlose und verpflichtende frühe Förderung in institutionellen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen in den Kindergartenjahren 2015/16, 2016/17 und 2017/18
(Nr. 81 der Beilagen)

Im Einlauf befinden sich sieben Vorlagen und drei Berichte der Landesregierung.

Wer mit der Zuweisung an die zuständigen Ausschüsse einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe! Danke. Damit sind diese Geschäftsstücke zugewiesen.

4.2 Anträge

Im Einlauf befindet sich ein

4.2.1 Dringlicher Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner betreffend die notärztliche Versorgung in den Regionen

(Nr. 65 der Beilagen - Berichterstatter: Klubvorsitzender Abg. Steidl)

Ich ersuche den Schriftführer Abgeordneten Steiner um Verlesung des dringlichen Antrages.

Abg. Steiner BA MA (verliest den dringlichen Antrag):

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Für die Antragsteller hat sich Klubvorsitzender Steidl von der SPÖ zu Wort gemeldet. Bitte! Du hast fünf Minuten, nach vier Minuten kündige ich das Ende wieder an, wie gewohnt.

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe junge Besucherinnen und Besucher auf den Zuschauerrängen!

Tatsächlich die Gesundheitsversorgung in Österreich und damit auch in unserer Region im Bundesland Salzburg ist im Umbruch begriffen. Auf der einen Seite haben wir uns vor zwei Jahren darauf verständigt, in dieser Republik eine Gesundheitsreform durchzusetzen, wo es darum gegangen ist, die einzelnen Gesundheitseinrichtungen gut miteinander in Kooperation zu bringen, vieles gemeinsam zu machen und damit die Gesundheitsversorgung zu verbessern. Auf der anderen Seite sind wir gerade dabei, das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Was meine ich damit? Es geht darum, auch in den peripheren Regionen unseres Landes, und damit meine ich den Süden des Landes, die Gesundheitsversorgung nicht so auszudünnen, wie das schon im letzten Jahrzehnt bei anderen infrastrukturellen Einrichtungen der Fall war. Ich meine den Bereich der Sicherheit und andere Versorgungseinrichtungen, weil es geht schon auch um die Frage der Gerechtigkeit. Ist es gerecht, in Ballungszentren alles zur Verfügung zu stellen und in peripheren Bereichen, am Land, in den Regionen es so auszudünnen, dass sogar der notärztliche Versorgungsdienst zu gewissen Tagesrandzeiten nicht mehr gewährleistet ist. Ich glaube, das ist für diejenige Bevölkerung in den südlichen Teilen unseres Landes nicht zumutbar und daher müssen wir versuchen, hier ordentlich gegenzusteuern.

Es hat letzte Woche dazu eine sehr engagierte und gut besuchte Veranstaltung in Mittersill gegeben, wo es um die notärztliche Versorgung des Oberpinzgaus gegangen ist. Ich habe dieser Veranstaltung auch versprochen und zugesagt, dass ich den mehr als 70 Teilnehmerinnen und damit diesem runden Tisch auf alle Fälle eine Stimme dort geben werde, wo es letztendlich entschieden wird, wie die Versorgung in Zukunft ausschauen wird, nämlich im

Salzburger Landtag, und das habe ich damit auch eingelöst was ich versprochen habe. Daher ersuche ich auch um Zustimmung der Dringlichkeit, damit wir dann am Nachmittag im Ausschuss uns damit ordentlich auseinandersetzen können. Ich danke. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten, des Abg. Dr. Schnell und des Abg. Obermoser)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Kollegin Humer-Vogl von den Grünen. Bitte!

Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl: Werte Landesregierung! Geschätzte Kolleginnen! Liebes Publikum! Liebe Zuhörerinnen hier im Landtag und zu Hause vor den Bildschirmen!

Auf notärztliche Hilfe angewiesen zu sein, aber vergebens darauf zu warten, das ist ein wahrhaft beängstigender Gedanke. Aber genau diese Ängste sind es, die die Pinzgauerinnen und Pinzgauer derzeit plagen. Im Oberpinzgau stellt sich ja schon allein aufgrund der regionalen Besonderheiten, eine rasche notärztliche Versorgung, als große Herausforderung dar. Nun aber scheint das ohnehin noch nie optimal gewesene notärztliche System ins Wanken zu geraten. Grund dafür ist die Umstellung der Ärztebereitschaftsdienste in den Nächten und am Wochenende. Die ärztliche Versorgung außerhalb der Regelversorgungszeiten wird nun für das ganze Bundesland telefonisch durch zwei hochkompetente MedizinerInnen koordiniert. Im niedergelassenen Bereich fallen dadurch viele Bereitschaftsdienste weg.

Diese Umstellung ist grundsätzlich aus unserer Sicht begrüßenswert, wird sie doch jungen MedizinerInnen den Schritt in die niedergelassene Praxis erleichtern und trägt damit zur Absicherung der medizinischen Versorgung durch niedergelassene Ärzte im Bundesland bei. Doch während das Notarztsystem im größten Teil des Bundeslandes mit Hilfe von stationären Einsatzfahrzeugen, den sogenannten NEFs, und Helikoptern unabhängig vom niedergelassenen System funktioniert, ist die notärztliche Versorgung im Oberpinzgau wie in keiner anderen Region von der Mitarbeit der niedergelassenen ÄrztInnen abhängig. Für diese war der Bereitschaftsdienst, der jetzt wesentlich seltener vorkommt, bisher eine wichtige Säule zur Finanzierung ihres notärztlichen Bereitschaftsdienstes. Künftig wird es jetzt für diese Zeit keine Abgeltung mehr geben. Die Motivation für die niedergelassenen ÄrztInnen im Oberpinzgau ist natürlich denkbar reduziert.

Die medizinische Versorgung im Oberpinzgau steht derzeit vor vielen Herausforderungen. Die Sorgen um den Weiterbestand der notärztlichen Versorgung werden durch die notwendigen Umstrukturierungen im Krankenhaus Mittersill, die so wie jede Veränderung natürlich wiederum Unsicherheiten auslösen, noch verstärkt. Der Grüne Klub war letzte Woche auf Einladung der Bürgermeister im Oberpinzgau und wir haben uns selbst ein Bild gemacht von der Lage. So gesehen bin ich dankbar dafür, dass wir heute aus Salzburg die Botschaft in den Oberpinzgau schicken können: Wir nehmen uns Eurer Sorgen an und arbeiten an einer Lösung. Eure Sorgen sind uns wichtig, wir verstehen sie und wir stehen hinter Euch.

Besondere regionale Strukturen erfordern auch besondere Lösungen und ich bin zuversichtlich, dass wir solche finden werden. Der Dringlichkeit des Antrages stimmen wir natürlich zu. Danke. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Kollegin Bartel von der ÖVP. Bitte!

Abg. Bartel: Frau Präsidentin! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Besucher auf den Rängen!

Es geht um ein ganz wichtiges Thema. Gesundheit. Es freut mich, dass wir hier diese Themen der notärztlichen Versorgung und auch andere diskutieren. Ich bin überzeugt, dass wir im Sinne aller Salzburgerinnen und Salzburger hier gute Lösungen finden werden. Die Gesundheitspolitik ist der Landesregierung ein zentrales Anliegen. Gesundheits- und Spitalsreferent Dr. Christian Stöckl arbeitet mit Nachdruck daran, die bestmögliche Versorgung im gesamten Land aufrecht zu erhalten, auch unter den schwierigen Rahmenbedingungen, wie vom Bund und der EU vorgegebenen neuen gesetzlichen Kriterien, wie Fallzahlen und Arbeitszeiten.

In der Frage der notärztlichen Versorgung hat Christian Stöckl schon zu einem runden Tisch aller Beteiligten eingeladen, der am 12. Oktober stattfinden wird. Ich bin überzeugt, dass in der Frage der notärztlichen Versorgung eben des Oberpinzgaus es sehr gute Lösungen geben wird, die sicherstellen, dass die Bürgerinnen und Bürger in dieser Region im Falle des Falles sich darauf verlassen können, die medizinische Hilfe zu bekommen, die sie auch brauchen. Wir stimmen daher der Dringlichkeit des Antrages zu und ich freue mich auf gute Diskussionen im Ausschuss. Vielen Dank. (Beifall der ÖVP-, SPÖ- und TS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Als Nächster zu Wort gemeldet Otto Konrad vom Team Stronach Salzburg.

Abg. Konrad MBA: Frau Präsidentin! Geschätzte Regierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich vor allem herzlich Willkommen im Plenum die Zukunft Salzburgs, Österreichs!

Jetzt sind sehr, sehr viele Dinge bereits angesprochen worden, was wir hier auf Seiten der Politik eigentlich vorgeben sollten, aber in den letzten Ausschüssen zu diesen Themen, verschiedensten Themen des Gesundheitswesens habe ich schon einige Male gesagt: Herrschaften, wir von der politischen Ebene sind diejenigen, die eine gewisse Richtung vorgeben. So würde man es meinen. Jetzt haben wir die Situation, und da würde ich jetzt ein bisschen kritischer das hinterfragen, dass Institutionen, Gebietskranken- und Ärztekammer hergehen und sagen so das ist die Zukunft ab 1. November und jetzt auf einmal schlägt das da bei uns in der Politik auf.

Die Botschaft nach außen hin sollte sein, dass wir hier in der Politik oft getrieben werden und das nicht anders ist, dass wir in der Politik vorgegeben haben so wird es jetzt ab 1. November mit der Notarztversorgung im Pinzgau aussehen.

Was möchte ich damit sagen? Ich glaube, dass wir hier in Österreich, natürlich auch hier in Salzburg, politisch wesentlich - ich sage es einmal - wenig, aber komplizierter etwas umsetzen können, wenn die großen Institutionen andere Dinge vorhaben. Die notärztliche Versorgung im Pinzgau ist ein Thema und es kommen noch andere Themen dazu, und die sind wesentlich schlimmer, wo wir hier in der Politik dann den schwarzen Peter bekommen, weil wir gewisse Dinge einfach betriebswirtschaftlich, auch natürlich von der Qualität in der Gesundheitsversorgung, das darf man nicht vergessen, überlegen müssen und wir stimmen natürlich diesem Antrag zu, weil er wichtig ist, weil der Hund liegt ja im Detail bei dieser Konzeption. Ich würde einmal sagen, ich glaube das Ergebnis, ohne es vorwegnehmen zu wollen, wird am Nachmittag lauten zurück an den Start und legt's uns was vor, mit dem wir wirklich leben können, mit dem wirklich die Bevölkerung in Salzburg wirklich gut leben kann. Danke. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Klubobmann Schnell von der FPÖ.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohe Regierung! Herr Landeshauptmann! Meine liebe Kolleginnen und Kollegen!

Einigermaßen erstaunt, und deswegen habe ich mich als Letzter zu Wort gemeldet, bin ich über die Worte meiner Vorrednerinnen von der ÖVP und von den Grünen, von den Regierungsparteien. Ja, es wird schon alles passen, es gibt noch Gespräche und es wird schon. Wie unwissend sind Sie eigentlich? Was haben Sie eigentlich für eine Ahnung was hier wirklich stattfindet? Ich werde es Ihnen genau sagen jetzt.

Ab 1. November gibt es für die Bevölkerung, und Sie müssen weiter denken, was Sie ja leider nicht sehr oft tun, ab Mitte Dezember werden hoffentlich nicht nur die Flüchtlingsströme weiter fortziehen oder versiegen, sondern hoffentlich auch die Gäste wieder in unser Land strömen. Dann haben wir eine ärztliche Versorgung, die folgendermaßen ausschaut. Von 23:00 Uhr bis 7:00 Uhr, Frau Kollegin Humer-Vogl, der qualifizierte Arzt, haben wir ein Callcenter. Ein Arzt oder eine Ärztin hat die ganze Nacht für gesamt Salzburg, Stadt Salzburg, für alle Bezirke Dienst am Telefon.

Wenn das die Stärkung des ländlichen Raumes ist, von dem die ÖVP immer spricht, wenn das die Stärkung der Regionen ist, wenn das die Antwort darauf ist, über das wir schon jahrelang diskutieren, dass es in der ärztlichen Versorgung hapert, dass wir keine Hausärzte mehr bekommen, keine Turnusärzte mehr, wenn das Ihre Antwort ist, und da kann man sich nicht herausreden. Wir sind die gewählten Vertreter der Bevölkerung, ob das hinten die Ärztekammer und die Gebietskasse ausgeschnapst haben oder nicht, wir sind gewählt dafür, dass wir dafür sorgen, dass es eine gute ärztliche Versorgung im Land Salzburg gibt.

Da geht es nicht nur um den Pinzgau, da geht es wirklich nicht nur um den Pinzgau. In der Stadt haben natürlich die erkrankten Personen das Glück, dass sie vielleicht irgendwo eine Anlaufstelle im Krankenhaus haben.

Aber was passiert, meine sehr geehrten Damen und Herren? Derjenige, der Telefondienst hat, ohne dass er mit einem Fuß im Gefängnis steht und in der Krida, hat nur die Möglichkeit zu sagen fahren Sie in das nächstgelegene Spital. Wir wissen aber schon, wie überlastet die Spitäler auch sind und alle müssen dann in das Spital fahren. Wir wissen ganz genau, dass wir Probleme mit den Dienstzeiten haben. Wo nehmen wir denn die Fachärzte her, die dann hier Dienst machen müssen und jeden einzelnen betreuen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn das die Antwort ist darauf, dass junge Ärzte wieder einen tollen wunderschönen Beruf ergreifen sollen draußen in der Bevölkerung, dann verstehe ich die Welt nicht mehr.

Übrigens Notärzte, das sind keine Notärzte, das ist ein Bereitschaftsdienst von praktischen Ärzten. Notarzt haben wir überhaupt im ganzen Pinzgau nur mehr einen, und der ist schwer zu besetzen. Reden Sie mit den verantwortlichen Ärzten, die den NEF, das Noteinsatzfahrzeug bestellen und besetzen müssen. Wir finden die Ärzte dafür nicht mehr. Und dann stellen Sie sich vor, der ist in Lofer unterwegs, weil es einen Herzinfarkt gibt und dann haben wir eine schwere Erkrankung oder einen Notfall, eine Allergie, das wird natürlich durch die Allergieverordnung jetzt wahrscheinlich nicht mehr stattfinden, weil so geschieht sind wir ja, wenn solche Blödheiten die Leute belästigen anstatt dafür zu sorgen, dass wir eine anständige ärztliche Versorgung haben.

Jetzt noch etwas. Es ist ja unverschämt. Der Arzt bekommt für diese Nacht € 1.000,--, 365 Tage, allerdings am Wochenende sind dann zwei Ärzte am Telefon zuständig. Das ist dann das Doppelte wahrscheinlich und wird es aufgeteilt. Also ca. S 400.000,-- verwenden wir dafür ...

(Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Euro!)

... Euro, Entschuldigung, dafür, ich bin immer noch beim Schilling, leider. Aber ist eh schon dasselbe Schilling und Euro. Ich bin sofort fertig, Frau Präsidentin. Damit einer, der nichts anderes tut als wie dem Patienten sagt fahren sie in das Spital. Ich kann es nicht beurteilen vom Telefon aus. Wenn wir das Geld allein dafür verwenden würden, um die Ärzte hier dazu zu bewegen, Bereitschaftsdienst weiter zu machen, es ist nicht einfach für einen Arzt, auch für mich nicht, jede zweite Nacht fünf- bis zehnmal aufzustehen und am nächsten Tag wieder 100, 120 Patienten zu behandeln, aber es ist mir allemal lieber, als einen derartigen wirklichen Niedergang der ärztlichen Versorgung.

Ich bitte Sie, Sie haben es in der Hand, hier wirklich die Ärztekammer und die Gebietskasse zum Umdenken zu bringen bevor etwas passiert. Denn das wird so sicher nicht funktionieren. Danke. (Beifall der SPÖ- und FPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Herr Klubvorsitzender Steidl für die SPÖ.

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen!

Zunächst einmal vorangeschickt ein herzliches Dankeschön für die Unterstützung der Dringlichkeit und wir werden versuchen, am Nachmittag im Ausschuss tatsächlich für die Versorgung im Oberpinzgau und im gesamten Pinzgau neue Qualitäten zu setzen. Aber um was geht es in der ganzen Angelegenheit auch? Es geht darum, dass eine Region in einen Zustand versetzt werden muss, dass es auch weiterhin eine Entwicklungsmöglichkeit hat, auch eine wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit hat und der Wohlstand im Pinzgau und auch in anderen südlichen Regionen wird maßgeblich bestimmt durch den Tourismus. Wir haben viele Tourismusbetriebe, die jedes Jahr kräftig investieren in ihre Einrichtungen, in ihre Hotels und alles was dazugehört und wenn wir dann keine ärztliche Versorgung sicherstellen können für jene, die Urlaub machen bei uns, und es passiert dann einmal was, na das möchte ich nicht erleben was die Konsequenzen sind, dass unter Umständen viele große Reiseveranstalter für sich die Konsequenzen ziehen und sagen wir werden in Zukunft mit anderen Destinationen unsere Verträge machen, weil im Oberpinzgau haben wir keine ausreichende ärztliche Notversorgung für unsere touristischen Gäste. Dann sind wir in einem riesengroßen Dilemma, das ich uns allen ersparen will.

Daher ein Aufruf und mein Appell, dass wir heute Nachmittag tatsächlich zu einer guten, verträglichen Lösung kommen, sowohl was die einheimische Bevölkerung betrifft in ihrer ärztlichen Versorgung und zum anderen was auch diejenigen betrifft, die gute Wirtschaftsgrundlagen brauchen, um gut und ordentlich und zukunftsorientiert wirtschaften zu können, damit man auch Arbeitsplätze hat, von denen wir letztendlich alle leben. Ich danke Ihnen. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten und des Abg. Obermoser)

Präsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Damit ist die Rednerliste erschöpft. Wer mit der Zuerkennung der Dringlichkeit des Antrages der SPÖ einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe! Danke. Damit ist die Dringlichkeit einstimmig zuerkannt.

Im Einlauf befindet sich ein

4.2.2 Dringlicher Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Optimierung der Gesundheitsversorgung im Land Salzburg

(Nr. 66 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Steiner BA MA)

Ich ersuche die Schriftführerin Abgeordnete Jöbstl um Verlesung des dringlichen Antrages.

Abg. Jöbstl (verliest den dringlichen Antrag):

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Für die Antragsteller Herr Klubobmann Schnell. Bitte!

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es geht eigentlich mit demselben Thema weiter. Wenn wir jetzt die Zuständigen in Wien oder wo auch immer, die Politiker diese Entscheidungen treffen, ganz ehrlich ins Gesicht sagen und sagen wir haben kein Geld mehr, wir können die Facharztstellen nicht mehr nachbesetzen, wir müssen überall einsparen, wir werden überall zentralisieren, dann wäre das eine ehrliche Ansage, die ich aber ebenso nicht hinnehmen könnte, weil wir tagtäglich erleben, wo viele, viele Gelder in Richtungen marschieren, in Kanäle fließen, wo sich die Menschen fragen wie kann das sein. Hier hat man Millionen, Milliarden zur Verfügung, wir wissen nicht, wo das Geld wirklich hinfließt, ob das auch sinnvoll verwendet ist.

Ich habe eine riesen Bitte. Wir haben einmal in diesem Landtag gemeinsam, das hat es, glaube ich, in Österreich noch nicht gegeben, alle Fraktionen eine Staatsanwaltschaftsanzeige getätigt gegen eine Institution in Österreich. Es war zu Recht. Sie haben mir damals vertraut. Ich bitte Sie jetzt wirklich alle, als Kolleginnen und Kollegen dieses Landtages, sich bewusst zu sein, dass es hier um eine sehr verantwortungsvolle Geschichte geht. Wir brauchen den extra- und den intramuralen Bereich in der Medizin. Die niedergelassenen Ärzte genauso wie die Spitäler. Es geht nur darum, wie bitte ergänzt man sich hier, wie arbeitet man hier zusammen. Gerade wenn es um das Geld geht, kann ich Ihnen eines versprechen. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, glauben Sie mir, nicht immer haben die Wirtschaftler Recht. Ich bin überzeugt davon, wenn die Radiologie nicht mehr nachbesetzt wird in Zell am See und in das Spital verlagert wird, werden mehr Kosten entstehen. Volkswirtschaftlich auf jeden Fall. Das ist es, was mich auch so betrübt.

Wenn ich Ihnen, und dazu reicht die Zeit nicht, die Redezeit, die ich habe, vor Augen zu führen, welche Arbeit hier geleistet wird von meinen Fachkollegen und wie schnell das auch dazu führt, dass Patienten wieder in den Arbeitsprozess aufgenommen werden können, dann würde ich sicher vielleicht den einen oder anderen überzeugen können über die Fraktionsgrenzen hinaus.

Das Nächste - der Onkologie-Schwerpunkt Barmherzige Brüder. Es muss bei uns wenigstens noch die Wahlfreiheit der Patienten gegeben sein, und das ist ein großes Gut in unserem Gesundheitswesen, dass die Menschen sich aussuchen können, sagen ich will in dieses Krankenhaus. Glauben Sie mir, wir haben zwei Bereiche, die Hervorragendes leisten. Das ist überhaupt keine Frage. Aber wir haben bei der letzten Diskussion schon gesagt ja jetzt brauchen wir wieder Gutachten, das und das. Alleine die Gutachten zu diskutieren, würde den Zeitrahmen hier sprengen. Ich weiß aber, dass die Barmherzigen Brüder hier eine großartige Arbeit leisten. In beiden Bereichen haben wir 6.000, 7.000 Unterschriften von Patienten, die sagen: „Bitte, bitte liebe Politik, lasst uns nicht im Stich, lasst diese Einrichtungen, wir brauchen sie. Wir haben da Vertrauen in diese Ärzte.“ Das bitte ich auch Sie.

Ich appelliere an Sie, hier nicht zuzulassen, dass hier ein weiterer Raubbau betrieben wird im Gesundheitswesen und die Patienten verunsichert werden und nicht sich den Arzt und das Krankenhaus aussuchen können. Wir brauchen beides.

Was mir sehr am Herzen liegt. Man merkt immer mehr als Arzt, dass der Verwaltungsbereich immer kostenintensiver wird, aber im ärztlichen Bereich immer mehr und mehr gespart wird. Nehmen Sie nur die Tauernkliniken her, die Zusammenlegung. Wir haben jetzt zwei Wirtschaftsdirektoren, aber nur mehr einen ärztlichen Leiter. Genau diese Ziffern, die diese Herrschaften vorlegen, kann ich bestreiten und da werde ich auch Recht bekommen. Aber wahrscheinlich erst in ein paar Jahren, wenn es zu spät ist. Ich bitte Sie wirklich im Sinne der Gesundheitsversorgung in unserem Land und für die Pinzgauer, dass Sie wenigstens dem Kompromiss, eine Facharztstelle in Zell am See zu belassen und nachzubesetzen und die Barmherzigen Brüder den Schwerpunkt Onkologie zuzusprechen, zustimmen. Danke vielmals. (Beifall der SPÖ- und FPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Kollegin Bartel von der ÖVP.

Abg. Bartel: Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Gesundheitspolitik ist mit großen Emotionen verbunden. Gibt es doch nichts Wichtigeres für einen persönlich, als gesund zu bleiben und vor allem auch gesund zu werden. Auf diese Emotionen gehen wir ein, nehmen die Unsicherheiten der Bevölkerung sehr ernst und bieten sachliche Lösungen an, soweit wir als Landespolitik auch dafür zuständig sind und auch die gesetzlichen und rechtlichen Handlungsspielräume dafür haben.

Wofür wir aber nicht zu haben sind, ist Angstmache. Das hat in so einem sensiblen Thema wie Gesundheit gar nichts verloren, genauso wenig wie Parteipolitik. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Super!)

...Wir stimmen natürlich der Dringlichkeit des Antrages ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Ich bin bei keiner Partei mehr, Frau Kollegin!)

... zu und ich komme gerne auf Ihre Fragen, Herr Klubobmann Schnell, nachher zu sprechen. Ich kann Sie beruhigen. Auch wir laden Sie ein, sachlichen und faktenorientierten Debatten beizuwohnen am Nachmittag und ich denke wir sind den Bürgerinnen und Bürgern in Salzburg schuldig, hier ganz sensibel mit diesem Thema umzugehen.

Zu den konkreten Forderungen in den Anträgen werden wir am Nachmittag im Ausschuss gut Zeit haben, zu diskutieren. Nur so viel. Zum Thema Onkologie in der Stadt Salzburg ist am 12. Juni im Einvernehmen beider Häuser, der SALK und den Barmherzigen Brüdern,

bereits die Vereinbarung geregelt. Wichtig, in Ihrem Sinne, Wahlfreiheit für Patienten ist gegeben, die bleibt, und das Tumorboard funktioniert ganz hervorragend. Onkologe, Histopathologe, Chirurg, Internist, Psychosomatiker und der Radiotherapeut arbeiten hier in einem guten Einvernehmen zum Wohle der Gesundheit unserer Bürger.

Im Bereich der Radiologie Pinzgau gibt es die Vereinbarung zwischen der GKK und der ärztlichen Landesvertretung. Rein rechtlich ist hier dem Land leider keine Handhabe gesetzt, weil für den Stellenplan einzig und allein die Ärztekammer und die Gebietskrankenkasse zuständig sind. Trotzdem und gerade weil wir die Sorgen in der Bevölkerung ernst nehmen, holen wir alle Beteiligten an einen Tisch. Landeshauptmann Wilfried Haslauer und Christian Stöckl haben dazu bereits eingeladen. Dieser findet am 28. Oktober statt.

Ich bin überzeugt, dass wir auch hier weiter gute Lösungen im Ausschuss dann finden werden und freue mich auf die Debatte. Vielen Dank. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Otto Konrad, Team Stronach Salzburg.

Abg. Konrad MBA: Frau Präsidentin! Geschätzte Regierungsmitglieder und alle weiteren hier Anwesenden!

Und immer grüßt das Murmeltier. Ich habe gerade vorhin schon erwähnt, wo kann die Politik eingreifen, wo sind ihr die Hände gebunden, wo gibt es die Vorgaben von Ärztekammer und Gebietskrankenkasse über unsere Köpfe hinweg?

Grundsätzlich stimmen wir natürlich diesem Antrag zu. Ich möchte allerdings schon auch dazu sagen, das Thema onkologischer Schwerpunkt für die Barmherzigen Brüder, wie meine Vorrednerin schon gesagt hat, ist eigentlich in beider Seiten ok, abgeschlossen. Auch diese Information habe ich direkt von den Barmherzigen Brüdern bekommen. Wir können gerne darüber diskutieren.

Über die radiologischen Facharztstellen. Ich habe beim, ich glaube es ist eineinhalb Monate her, gebeten, ob das in der Abteilung war, ob das jetzt auch vor der Gebietskrankenkasse und der Ärztekammer war, um Zahlen, dass wir hier, wenn die Politik von Betriebswirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen spricht, schreien sehr viele auf und sagen Betriebswirtschaftlichkeit heißt gleich Verlust der Qualität in diesen Bereichen. Dem widerspreche ich insofern, dass es auch der Auftrag von allen, ob dass Geschäftsführer in Krankenhäusern sind, ob das jetzt auch natürlich die Gebietskrankenkasse ist, Ärztekammer und die Politik. Man muss sich sehr wohl Gedanken darüber machen, was ist sinnvoll, wie werden die Euro, und ich kann nicht einmal sagen wenig Euro, es sind verdammt viele Euro, die in das Gesundheitswesen jährlich investiert werden, bestmöglichst einsetzen.

In der Vergangenheit, in den letzten Jahrzehnten war das kein Thema. Da war der Primar derjenige, der auch die betriebswirtschaftliche Leitung über hatte. Jetzt ganz ehrlich. Ein Primararzt, hervorragend wenn er die Kompetenz zum Operieren hat, die Patientinnen und Patienten wieder gesund pflegen kann, aber betriebswirtschaftlich war das damals nicht wirklich ein Thema, vor 20, 25 Jahren. Da hat man gesehen man muss ein bisschen eine Betriebswirtschaftlichkeit hineinbekommen und dann sind natürlich zwei Welten aufeinander getroffen und diese zwei Welten treffen auch jetzt in der Politik wieder aufeinander, weil man natürlich auf der einen Seite die Ärzteschaft, Charly Schnell, Kollege, ich gebe Dir vollkommen Recht, fachliche Kompetenz auf der Ebene der Gesundheitsversorgung, aber auf der anderen Seite auch die Verantwortung dem Land gegenüber, dem Staat gegenüber, diese Euro richtig einzusetzen.

Wenn ich aber von den entscheidenden Stellen Ärztekammer und auch Gebietskrankenkasse auf die Aufforderung mir Zahlen zu liefern, eigentlich uns Zahlen zu liefern, die valide sind, und in einer Diskussion, so wie es vielleicht jetzt wieder am 28. anscheinend sein wird, man darüber diskutiert, ob diese Zahlen anerkannt werden, also von den beiden Parteien, die nachher zusammen auf einen grünen Zweig kommen sollen, wir von der Politik dort sitzen und eigentlich von uns das Feigenblatt verlangt wird, ja wir haben dem zugestimmt oder wir haben entschieden, in der Öffentlichkeit wird das nachher so kommuniziert, die Politik hat entschieden und deswegen scheint, so wie viele Aussagen, und da muss ich sagen nach meiner Kollegin Michaela Bartel wird das in ein Licht gezogen, als ob in Österreich nichts mehr funktioniert. So ist es sicherlich nicht.

Ich kann eines sagen. Solange ich nicht Zahlen, valide Zahlen über diese kardiologischen Versorgungsmöglichkeiten bekomme, die nachvollziehbar sind, für uns alle nachvollziehbar sind, werde ich dem auch nicht zustimmen. Ich glaube, dass das im Interesse vom Salzburger Landtag ist, dass wir sehr wohl von der Ärztekammer und auch von der Gebietskrankenkasse jenes Zahlenmaterial bekommen, nach dem wir uns richten können, gesunde, vernünftige Entscheidungen zu treffen, damit das auch der Bevölkerung in Salzburg ganz klar einmal kommuniziert wird, wir hier in der Politik sind abhängig von dem was wir geliefert bekommen und wir müssen das auch verstehen.

In diesem Sinne, wie schon gesagt, wir stimmen diesem Antrag natürlich zu und ich hoffe, dass wir heute vielleicht die eine oder andere Zahl bekommen, nach denen wir uns ein bisschen richten können. Dankeschön. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Herr Klubvorsitzender Steidl für die SPÖ.

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegin Bartel!

Natürlich geht es hier nicht um Parteipolitik. Erstens - Eines vorausgeschickt. Parteien sind wichtige Fundamente unseres demokratischen Zusammenlebens und unserer demokratischen Republik. Wir haben uns ja auch als Parteien hier beworben in einer Wahl, diese

36 Abgeordnetensitze zu besetzen, und daraus Politik zu machen und wir machen jetzt hier Gesundheitspolitik. Dass die Gesundheit in diesem Land eine immer größere und zusehends ungesicherte Baustelle wird, das zeigen ja diese beiden dringlichen Anträge, dass wir hier gefordert sind und dass wir hier endlich zu Entscheidungen kommen müssen.

Zweitens: Ich glaube wir werden uns konzentrieren müssen und es nur dann schaffen, wenn es uns gelingt, unsere Gesundheitsversorgung sehr niedergelassen orientiert und konzentriert umzusetzen. Da hat der Gesundheitsreferent meine uneingeschränkte Unterstützung. Das habe ich auch vor zwei Jahren, als diese Regierung angetreten oder ihre Arbeit aufgenommen hat, auch schon zugesagt, weil ich glaube, und da decken wir uns in unseren Zugängen, weil ich glaube, dass das Um und Auf ist, um die Qualität in allen Bereichen unseres Landes sicherzustellen.

Drittens: Es geht um Kooperationen. Aber Kooperationen, meine sehr geehrten Damen und Herren, machen ja nur dann Sinn, wenn aus Kooperationen alle unsere Gesundheitseinrichtungen, die hier zusammenspielen sollen, gestärkt davon herausgehen. Aber Kooperationen machen keinen Sinn, wenn eine Einrichtung geschwächt wird und nur eine dann gestärkt wird. Das ist momentan die Herausforderung, wo es noch nicht gelungen ist, dass wir hier auch politischen Konsens erreichen.

Vielleicht, Kollege Konrad, viertens, wie setzen wir den Gesundheitseuro tatsächlich effizient und effektiv ein? Das ist jetzt die Frage. Wir haben im Krankenhaus Mittersill einen Computertomographen und ein Röntgengerät. Auslastung 30 %. Das heißt die Krimmler, die Bramberger, die Neukirchner und, und, und, die fahren an diesem Gerät, das von unseren Steuergeldern finanziert worden ist, vorbei nach Zell am See. Ist das eine Kooperation im Sinne dessen, was unsere politische Herausforderung ist? Ich glaube nicht und um das geht es. Es geht um eine gute, flächendeckende Versorgung für die Patientinnen und Patienten. Es geht darum, dass die finanziellen Lasten die Versicherungsgemeinschaft optimiert werden, was die Finanzierung betrifft und es geht darum, dass das Land seinen Teil der Herausforderung auch annimmt und versucht zu lösen, wenn es um die notärztliche Versorgung geht, weil das ist zum Beispiel 100 % Landesaufgabe, das können wir hier, das können Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Regierungsbank, jederzeit und zu jeder Stunde lösen. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Kollegin Humer-Vogl von den Grünen.

Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen! Liebes Publikum!

Der Wunsch nach einem onkologischen Schwerpunkt für die Barmherzigen Brüder einerseits, die Forderung, die radiologische Facharztstelle in Zell am See im niedergelassenen Bereich zu belassen, andererseits. Auf den ersten Blick zwei unterschiedliche Themen verpackt in einem Antrag. Auf den zweiten Blick allerdings zeigen sich Gemeinsamkeiten. Es

geht um die Gesundheitsversorgung von sehr, sehr vielen Menschen und um die damit verbundenen Sorgen und Ängste der Bevölkerung. Es handelt sich um Aspekte unseres Gesundheitssystems, die uns alle betreffen, und daher sehr nahe gehen.

Wer von uns hat noch nie einen Radiologen benötigt? Wer von uns hat noch keine Berührungspunkte mit Krebserkrankungen gehabt? Gesundheit ist unser allerhöchstes Gut, insbesondere dann, wenn wir sie bedroht sehen. Dort, wo Ängste entstehen, ist es wichtig, sich die Zeit zu nehmen, diese zu entkräften. Darum werden wir Grüne auch der Dringlichkeit dieses Antrages zustimmen.

Die onkologische Versorgung war ja zuletzt im Juni 2014 Thema im Salzburger Landtag. Schon damals ging es darum, ob man den Barmherzigen Brüdern nicht einen onkologischen Schwerpunkt zuerkennen könnte. Das Ergebnis ist bekannt. Eine Studie der Gesundheit Österreich sollte klären, ob diesem Ansinnen stattzugeben ist. Parallel dazu gab es natürlich weitere Gespräche zwischen den SALK und den Barmherzigen Brüdern, die schließlich in einem Kooperationsvertrag mündeten, den beide Seiten unterfertigt haben. Meines Wissens nach funktioniert die Kooperation zwischen den beiden Häusern tatsächlich reibungslos. Die neuerliche Forderung, die Barmherzigen Brüder zu einem Schwerpunktkrankenhaus zu erheben, ist für mich deshalb nicht ganz nachvollziehbar, denn die onkologische Versorgung am Krankenhaus der Barmherzigen Brüder war zu keinem Zeitpunkt in Gefahr.

Was zählt denn wirklich für Krebspatientinnen? Sie wünschen sich natürlich die bestmögliche medizinische Versorgung. Dazu eine menschliche und persönliche Behandlung. Das heißt einen Arzt, eine Ärztin, die ihre Geschichte kennt, der oder die sie durch die ganze Krankheit begleitet, berät, sie ernst nimmt und sie in Entscheidungen miteinbindet. Dann wünschen sie sich keine stundenlangen Wartezeiten und nach Möglichkeit keine allzu beengten Verhältnisse.

Ich glaube nicht, dass es eine Rolle spielt, ob das Krankenhaus, das das alles anbietet, ein Schwerpunktkrankenhaus ist oder nicht. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Keine Ahnung!)

... Im Mittelpunkt muss auch weiterhin der Mensch stehen, nicht der Status des Hauses. Ich bin überzeugt davon, dass für beide Häuser der Mensch im Mittelpunkt steht. Es wird auch in Zukunft jedem einzelnen Salzburger, jeder einzelnen Salzburgerin frei stehen zu wählen, in welchem der beiden Häuser er oder sie sich einer Behandlung unterziehen möchte. Ich wundere mich sehr, Kollege Schnell, dass Du so austeilen kannst, aber nicht einstecken kannst und ich verwehre mich dagegen, dass ich mir ununterbrochen anhören soll ich habe keine Ahnung, weil wir alle ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Keine Ahnung!)

... die Gesundheitssprecherinnen sind, beschäftigen uns mit diesem Thema sehr intensiv, wir sprechen auch mit anderen Ärzten und es gibt auch andere Meinungen und das wirst Du auch akzeptieren müssen.

Nun aber zur Radiologie Pinzgau. Die jahrelangen Verhandlungen haben ja in diesem Sommer zu einem sehr abrupten und durchaus überraschenden Ergebnis geführt. In der Bevölkerung hat diese Entscheidung allerdings massiven Widerstand ausgelöst. Die Menschen in der Region wollen weiterhin wie gewohnt ortsnah bei einem niedergelassenen Arzt, einer niedergelassenen Ärztin ihres Vertrauens versorgt werden. Ich denke hier sollte sich die Politik hinter die berechtigten Sorgen und Wünsche der Bevölkerung stellen und diese Entscheidung, nämlich die Entscheidung, die gesamte Radiologie in die Tauernkliniken zu integrieren, noch einmal überdenken. Danke. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Herr Klubobmann Schnell, Du bist noch einmal am Wort.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Frau Kollegin Humer-Vogl!

Das muss ich Ihnen leider vorwerfen, denn offensichtlich haben Sie sich nicht erkundigt, warum es eigentlich dann die Einteilungen gibt, welches Krankenhaus in der Versorgung von Krebspatienten was tun darf. Deswegen gibt es hier die Einteilung. Wenn das überhaupt keine Rolle spielt, ob es jetzt ein Schwerpunktkrankenhaus ist oder nicht, warum glauben Sie, dass die andere Seite so dagegen kämpft.

Noch etwas. Ihre Meinung sei dahingestellt als Ärztin, aber ignorieren Sie die 15.000 Unterschriften von besorgten Patienten oder wozu sind Sie gewählt worden hier? Dass Sie die Bevölkerung vertreten oder nicht.

Lieber Otto Konrad! Seit die Wirtschaftlichkeit eingezogen ist im Gesundheitswesen, ist komischerweise alles teurer geworden. Eines interessiert mich schon. Warum sagst Du dann nicht, weil im Gesundheitswesen wird die Wirtschaft vorherrschen, ist alles berechnend. ...

(Zwischenruf Abg. Konrad MBA: Nicht vorherrschen, einbinden!)

... Nein, nein, was ich vermisst habe, warum kommst Du dann nicht als auch einer, der doch ein bisschen revoluzzerisch unterwegs ist, warum sparen wir nicht endlich bei der Bürokratie? Warum wird nicht einmal diskutiert, ob wir nicht bei den Kassen einsparen? ...

(Zwischenruf Abg. Konrad MBA: Ich bin bei Dir!)

... Ob wir da nicht zusammenlegen? Ob bei den Kontrollen, bei der Bürokratie, der wir Ärzte tagtäglich gegenüberstehen, eingespart wird? Da tut die Politik munter weiter.

Frau Kollegin von der ÖVP, wer ist denn da politisch unterwegs, parteipolitisch? Können Sie mir das erklären? Ich oder die, die betroffen sind, sind alles keine, waren frei, oder freiheitlich darfst du heute schon nicht mehr sagen, ich bin ja ein Zwangskonvertierter. Also um was geht es da eigentlich? Wer ist der Politiker? Geht es um den Herrn Kollegen Stöckl? Oder um wen geht es? Oder ist der Spitalsleiter irgendeiner Partei zugehörig oder was meinen Sie damit? Wem werfen Sie Parteipolitik vor? Mir sicher nicht. Ich habe überhaupt keine politische Beziehung zu irgendeiner dieser Personen, den betroffenen, auch nicht der Patienten und die 15.000 Patienten, die unterschrieben haben, weiß ich auch nicht, welcher Partei sie angehören, Frau Kollegin. Aber das ist ja wurscht. Ihnen sind die Ängste der Patienten, die sagen ich habe keinen niedergelassenen Röntgenologen mehr, ich kann nicht innerhalb kürzester Zeit feststellen habe ich eine Pneumonie oder ist es nur eine Bronchitis, wie kann also der praktische Arzt weiterbehandeln, wie kann das von statten gehen.

Sie denken überhaupt nicht nach, was das dann heißt. Schicken Sie dann die Mammographie und alles dann ins Krankenhaus und die warten dann hinter Schlangen, wo die alle stehen, die sich weh getan haben. Dann wünsche ich Ihnen viel Glück. Ich sage es noch einmal. Wenn der Dr. Silli wegkommt, dann brauchen Sie drei Vollzeitäquivalente in den Krankenhäusern und das schaue ich mir an, ob das günstiger ist. Das schaue ich mir an und wie das Spital das alles bewältigen wird.

Mit der Onkologie, Frau Kollegin, gerade Sie in Ihrem Fachbereich müssten wissen, wie wichtig nicht nur jetzt die modernste Betreuung von Krebskranken ist, sondern vor allem die Zuwendung des Arztes. Das wissen Sie ganz genau. Wir haben das diskutiert im Februar, wie die Patienten darauf reagieren und sagen ich möchte in dieses Krankenhaus und Sie wissen auch ganz genau, dass es sehr wohl wichtig ist, ob es ein Schwerpunktkrankenhaus ist wegen der Ausbildung, wegen der Möglichkeiten, auch hier weiterzutun. Das wissen Sie.

Kollege Otto Konrad, dass wieder einmal die wirtschaftliche Seite des Krankenhauses zugestimmt hat, wissen wir. Fragen Sie halt einmal die ärztlichen Leiter. Reden Sie einmal mit den Ärzten, die die Patienten versorgen sollen, die, die auch die Verantwortung haben, hinterm Schreibtisch sitzen und sagen das und das Geld dürft ihr verwenden, das ist einfach, das sind aber genau diejenigen Leute, in deren Bereichen ständig die Kosten steigen. Ist Euch das noch nie aufgefallen? Dann schaut einmal nach. Schaut's einmal was die Kassen kosten, was die Kontrolleure kosten.

Wenn ich heute einen Patienten am Nachmittag um zwei Uhr am Montag bekomme, der in der Onkologie entlassen wurde, und er braucht am Abend ein Medikament und ich muss es bewilligen lassen von der Gebietskasse und ich brauche drei Fax, fünf Telefonate und ich bekomme sie nicht. Ja, wer ist denn der Fachmann, der beurteilt, ob der Patient das Medikament braucht? Ich als kleiner Dorfarzt? Der Herr Gebietskassenkontrolleur oder ist es der Facharzt, der im Spital tätig ist? Und die werden alle überhört. Ich wünsche Euch viel Glück bei Eurer nichtparteipolitischen Aktivität im Gesundheitswesen, in der Ausdünnung der ärztlichen Versorgung in unseren Regionen. Ihr werdet sehen was dabei herauskommt

und der Dank ist Euch sicher gewiss von der Bevölkerung. Danke. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Damit sind alle mündlichen Wortmeldungen erschöpft. Wir kommen damit zur Abstimmung. Es ist die Möglichkeit, am Nachmittag die Argumente auszutauschen in der Ausschusssitzung. Daher kommen wir jetzt zur Abstimmung über die Dringlichkeit des Antrages. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Danke. Damit ist die Dringlichkeit zuerkannt.

Im Einlauf befinden sich 13 Anträge. Wer mit der Zuweisung an die zuständigen Ausschüsse einverstanden ist, den ersuche ich gleichfalls um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Keine. Damit sind auch diese Anträge zugewiesen.

4.2.3 Antrag der Abg. Obermoser, Ing. Schnitzhofer und Neuhofer betreffend die finanzielle Behandlung von Räumungsaufgaben bei Wildbachsperrern
(Nr. 67 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Obermoser)

4.2.4 Antrag der Abg. Bartel, Obermoser und Ing. Sampl betreffend die Reform von Brandmeldeanlagen
(Nr. 68 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Bartel)

4.2.5 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschl, HR Dr. Schöchel und Mag. Scharfetter betreffend eine Änderung der Verordnung betreffend „Transparenz von getätigten Transaktionen“
(Nr. 69 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchel)

4.2.6 Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Klubobfrau Mag.^a Gutschl betreffend eine Änderung des Grundversorgungsgesetzes
(Nr. 70 der Beilagen - Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschl)

4.2.7 Antrag der Abg. Zweiten Präsidentin Mosler-Törnström BSc und Klubvorsitzenden Steidl betreffend eine einheitliche Koordinationsstelle in EU-Angelegenheiten
(Nr. 71 der Beilagen - Berichterstatterin: Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc)

4.2.8 Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner betreffend Kinder mit Autismus-Spektrum-Störung
(Nr. 72 der Beilagen - Berichterstatter: Klubvorsitzenden Abg. Steidl)

4.2.9 Antrag der Abg. Zweiten Präsidentin Mosler-Törnström BSc und Klubvorsitzenden Steidl betreffend die Erstellung eines Kulturleitbildes für das Land Salzburg
(Nr. 73 der Beilagen - Berichterstatterin: Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc)

4.2.10 **Antrag** der Abg. Mag. Schmidlechner und Klubvorsitzenden Steidl betreffend Landeslehrerpensionen

(Nr. 74 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Schmidlechner)

4.2.11 **Antrag** der Abg. Fuchs und Hofbauer betreffend die Anhebung des Anteiles an biologischen und regionalen Lebensmitteln in Landesküchen

(Nr. 75 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Fuchs)

4.2.12 **Antrag** der Abg. Fuchs und Scheinast betreffend den Ausbau der Atomkraft in Tschechien

(Nr. 76 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Fuchs)

4.2.13 **Antrag** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Behebung eines Fehlers in der Programmkarte des Regionalprogramms Oberpinzgau LGBl. Nr. 19/2014

(Nr. 77 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Steiner BA MA)

4.2.14 **Antrag** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Einführung eines sektoralen Lkw-Fahrverbotes auf der B 156

(Nr. 78 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Wiedermann)

4.2.15 **Antrag** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die neuerliche Überprüfung des Ansuchens für eine Änderung der Standortverordnung für das Areal des ehemaligen „bauMax“-Standorts in Wals-Himmelreich

(Nr. 79 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Wiedermann)

Dem Petitionsausschuss habe ich eine Petition der Gewerkschaft der Privatangestellten betreffen Arbeitsplätze zugewiesen.

4.3 schriftliche Anfragen

Außerdem sind insgesamt **52 schriftliche Anfragen** eingegangen.

4.3.1 **Dringliche Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr betreffend Verlängerung der Lokalbahn

(Nr. 1-ANF der Beilagen)

4.3.2 **Anfrage** der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschl, Bartel und Jöbstl an die Landesregierung betreffend Aufklärung über Gefahren im Internet

(Nr. 2-ANF der Beilagen)

4.3.3 **Anfrage** der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschl, Mag. Mayer und Obermoser an die Landesregierung betreffend Zweitwohnsitze

(Nr. 3-ANF der Beilagen)

4.3.4 **Anfrage** der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Klubobfrau Mag.^a Gutschi und Ing. Sampl an die Landesregierung betreffend Schonvermögen
(Nr. 4-ANF der Beilagen)

4.3.5 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Hirschbichler MBA an die Landesregierung betreffend Konjunkturpaket der Landesregierung
(Nr. 5-ANF der Beilagen)

4.3.6 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung betreffend Reinigungs- und Servicepersonal in den SALK
(Nr. 6-ANF der Beilagen)

4.3.7 **Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung betreffend Krankenhaus Tamsweg „Essen auf Rädern“
(Nr. 7-ANF der Beilagen)

4.3.8 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Scheinast an die Landesregierung betreffend Elektromobilität im Bereich des landeseigenen Fuhrparks
(Nr. 8-ANF der Beilagen)

4.3.9 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wieder-
mann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der
Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. Juni 2015
(Nr. 9-ANF der Beilagen)

4.3.10 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wieder-
mann an die Landesregierung betreffend Strafverfahren wegen Geschwindigkeitsübertre-
tungen
(Nr. 10-ANF der Beilagen)

4.3.11 **Anfrage** der Abg. Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung be-
treffend die Förderung und Subventionierung von Bundesagenden durch das Land am Bei-
spiel von Arbeitsmarkt-, Aus- und Weiterbildungseinrichtungen
(Nr. 11-ANF der Beilagen)

4.3.12 **Anfrage** der Abg. Hofbauer und Mag.^a Sieberth an Landeshauptmann Dr. Haslauer
betreffend Werbung an Schulen
(Nr. 12-ANF der Beilagen)

4.3.1 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wieder-
mann an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend die Bestellung eines Breitband- und
Digitalisierungsbeauftragten
(Nr. 13-ANF der Beilagen)

- 4.3.14 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrat Mayr betreffend die Umfahrung Straßwalchen
(Nr. 14-ANF der Beilagen)
- 4.3.15 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Scheinast an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend die Ausstattung von Beschneigungsteichen mit Photovoltaikanlagen
(Nr. 15-ANF der Beilagen)
- 4.3.16 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Hofbauer an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend biologischer Landbau an Landwirtschaftlichen Schulen im Bundesland Salzburg
(Nr. 16-ANF der Beilagen)
- 4.3.17 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Mag.^a Sieberth an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend Werbung für Glyphosat in der Wochenzeitung der Landwirtschaftskammer Salzburg
(Nr. 17-ANF der Beilagen)
- 4.3.18 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend Scheinselbständige im Land Salzburg
(Nr. 18-ANF der Beilagen)
- 4.3.19 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann Stellvertreterin Dr. Rössler betreffend die naturschutzrechtliche Bewilligung für den Kalksteinabbau „Lidaun“ in Faistenau
(Nr. 19-ANF der Beilagen)
- 4.3.20 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann Stellvertreterin Dr. Rössler betreffend Schutzgebietsausweisung im Bereich Osterhorngruppe - Salzburger Kalkvoralpen
(Nr. 20-ANF der Beilagen)
- 4.3.21 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend Allergeninformation an Schulen für die tägliche Jause
(Nr. 21-ANF der Beilagen)
- 4.3.22 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. Juli 2015
(Nr. 22-ANF der Beilagen)
- 4.3.23 **Dringliche Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Unterkünfte für Flüchtlinge (Nr. 23-ANF der Beilagen)

4.3.24 **Anfrage** der Abg. Steiner BA MA, Essl und Wiedermann an die Landesregierung betreffend Bahnübergänge der Salzburger Lokalbahn im Pinzgau
(Nr. 24-ANF der Beilagen)

4.3.25 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend Leader-Förderungen im Land Salzburg
(Nr. 25-ANF der Beilagen)

4.3.26 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend PPP-Finanzierungsmodell für die Errichtung und den Betrieb des geplanten Gitzentunnels in Bergheim
(Nr. 26-ANF der Beilagen)

4.3.27 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend verdeckter Baukostenzuschuss für das Casino in Kleßheim
(Nr. 27-ANF der Beilagen)

4.3.28 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend die Verantwortlichkeiten bei Spekulationsgeschäften Mitte Juli 2012 bis Ende September 2012
(Nr. 28-ANF der Beilagen)

4.3.29 **Anfrage** der Abg. Riezler und Mag. Schmidlechner an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF)
(Nr. 29-ANF der Beilagen)

4.3.30 **Anfrage** der Abg. Mag. Schmidlechner und Dr.ⁱⁿ Solarz an die Landesregierung betreffend Schulbauprogramm und Schulstandortkonzept
(Nr. 30-ANF der Beilagen)

4.3.31 **Anfrage** der Abg. Ing. Mag. Meisl und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend Raumordnung
(Nr. 31-ANF der Beilagen)

4.3.32 **Dringliche Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Riezler an die Landesregierung betreffend aktuelle Personalpolitik
(Nr. 32-ANF der Beilagen)

4.3.33 **Anfrage** der Abg. Mag. Schmidlechner und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Klassenschülerhöchstzahlen
(Nr. 33-ANF der Beilagen)

4.3.34 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. August 2015

(Nr. 34-ANF der Beilagen)

4.3.35 **Anfrage** der Abg. Brand und Mag. Schmidlechner an Landesrat Mayr betreffend GROHAG

(Nr. 35-ANF der Beilagen)

4.3.36 **Dringliche Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend den aktuellen Flüchtlingsstrom

(Nr. 36-ANF der Beilagen)

4.3.37 **Dringliche Anfrage** der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung betreffend Flüchtlinge und Asylwerber

(Nr. 37-ANF der Beilagen)

4.3.38 **Anfrage** der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi, Bartel und Jöbstl an die Landesregierung betreffend Schwimmunterricht an Schulen

(Nr. 38-ANF der Beilagen)

4.3.39 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung betreffend Nachbesetzung der Position des Landesamtsdirektors

(Nr. 39-ANF der Beilagen)

4.3.40 **Anfrage** der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung betreffend Wettbewerb zu familienfreundlichen Unternehmen

(Nr. 40-ANF der Beilagen)

4.3.41 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. September 2015 (Nr. 41-ANF der Beilagen)

4.3.42 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Verteilung der Broschüre „Die wilden Vier - Wolf, Bär, Luchs und Wildnis in Europa“ in Schulen

(Nr. 42-ANF der Beilagen)

4.3.43 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Mülldeponie auf dem Firmenarea Leube in Golling

(Nr. 43-ANF der Beilagen)

4.3.44 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung betreffend die Förderung aus Mitteln des Landes Salzburg für ein niemals errichtetes Bad am Wallersee

(Nr. 44-ANF der Beilagen)

4.3.45 **Anfrage** der Abg. HR Dr. SchöchI, Schnitzhofer und Neuhofer an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend die Biotopkartierung im Bundesland Salzburg

(Nr. 45-ANF der Beilagen)

4.3.46 **Anfrage** der Abg. Mag.^a Sieberth und Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. StöckI betreffend die Geburtshilfe im Land Salzburg

(Nr. 46-ANF der Beilagen)

4.3.47 **Anfrage** der Abg. Klubobfrau Mag.^a GutschI und HR Dr. SchöchI an Landesrat Mayr betreffend den Ausbau der Autobahnabfahrt Wallersee

(Nr. 47-ANF der Beilagen)

4.3.48 **Anfrage** der Abg. Klubobfrau Mag.^a GutschI, HR Dr. SchöchI und JöbstI an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend die Finanzierung der Organisation RAINBOWS Salzburg

(Nr. 48-ANF der Beilagen)

4.3.49 **Anfrage** der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Riezler an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Online-MitarbeiterInnenbefragung

(Nr. 49-ANF der Beilagen)

4.3.50 **Anfrage** der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Ferienbetreuung 2015

(Nr. 50-ANF der Beilagen)

4.3.51 **Anfrage** der Abg. Schneglberger und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend Vertröstungen zum Energiemasterplan

(Nr. 51-ANF der Beilagen)

4.3.52 **Anfrage** der Zweiten Präsidentin Mosler-Törnström BSc und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend Depot des Salzburg Museums

(Nr. 52-ANF der Beilagen)

4.4 **Berichte des Rechnungshofes, des Landesrechnungshofes und der Volksanwaltschaft**

Der Rechnungshof hat drei Berichte übermittelt. Der Landesrechnungshof einen Bericht betreffend die Prüfung der Gemeinde Rauris dem Landtag zur Kenntnis gebracht.

4.4.1 Bericht des Rechnungshofes betreffend Konsolidierungsmaßnahmen der Länder und Landeslehrerpensionen

4.4.2 Bericht des Rechnungshofes betreffend Salzburger PatientInnenentschädigungsfonds

4.4.3 Bericht des Rechnungshofes betreffend EU-Finanzbericht 2013

Wir kommen nunmehr zum nächsten Punkt, da der Einlauf abgeschlossen ist.

Punkt 5: Aktuelle Stunde

In der Präsidialkonferenz wurde der Themenvorschlag der Grünen „Solidarität statt Ellbogen - Die Flüchtlingsfrage als Herausforderung für Soziales und Integration“ als heutiges Thema festgelegt.

Es wurde in der Präsidialkonferenz vereinbart, dass nach dem Redner der Grünen Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler zu Wort kommt. Danach werden die Redner in der Reihenfolge ÖVP - SPÖ - FPÖ und Team Stronach aufgerufen. Eine zweite Runde wird in der Reihenfolge ÖVP - SPÖ -Grüne - FPÖ und Team Stronach aufgerufen. Wortmeldungen von Regierungsmitgliedern werden nach Bedarf aufgenommen und der jeweiligen Landtagspartei auf die Reihenfolge angerechnet. Ich darf alle Kolleginnen und Kollegen wieder ersuchen um Zeitdisziplin und Einhaltung der Redezeit, damit auch alle Rednerinnen und Redner und alle Fraktionen gleichmäßig zu Wort kommen. Wie üblich läute ich bei vier an und bei fünf ab. Bitte, Cyriak Schwaighofer, Klubobmann der Grünen!

Klubobmann Abg. Schwaighofer: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Regierungsmitglieder! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe junge Zuhörerinnen und Zuhörer aus der neuen Mittelschule Straßwalchen, wenn ich es mir richtig gemerkt habe. ...

(Zwischenruf Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Lamprechtshausen!)

... Verzeihung Lamprechtshausen, eine wunderbare Gegend im Flachgau, nämlich Eure Heimat, Eure Heimat Lamprechtshausen.

Wir wissen, es ist uns allen ganz tief bewusst, welches Glück es überhaupt ist, eine Heimat zu haben. Wir wissen es vielleicht als besonderes Glück zu schätzen, dass wir Salzburg als Heimat haben. Ein Land, das mit viel Reichtum ausgestattet ist, und dass wir hier daheim sein dürfen. Vielleicht verstehen wir auch oder spüren wir vielleicht was es heißt, heißen könnte, keine Heimat zu haben. Eine Heimat oder die Heimat verlassen zu müssen, wo Freunde, Bekannte sind, weil man um Leib und Leben fürchtet, um Leib und Leben seiner Kinder, seiner Angehörigen fürchtet. Vielleicht wissen wir oder können wir spüren, was es sein müsste, wenn wir hier aus Salzburg vertrieben würden, wenn wir alles hinter uns lassen müssten, nur um unser Leben zu retten.

Oder die Familie. Die Familie als Keimzelle unserer Gesellschaft, die für uns alle immer wieder auch der Ort ist, wo wir Stärkung finden, wo wir Zuspruch finden, wo wir auch alles geben würden oder vieles und alles geben würden, um diese Familie zu erhalten, um die Kinder zu erhalten, um den Partner zu erhalten, alles für ihn zu tun, egal ob am Anfang oder Ende des Lebens. Wenn wir versuchen nachzuspüren was es heißen könnte, ein eigenes Kind zu verlieren, manche machen diese bittere Erfahrung, sei es durch Krieg, sei es, dass das Kind ertrinkt, wir haben diese Geschichten alle gehört. Diese Bitterkeit, was den Verlust der Heimat betrifft, den Verlust enger Angehöriger betrifft, hat im Zuge dieser Flüchtlingsbewegung in Europa auch zu einer großen Welle der Hilfsbereitschaft geführt, weil eben viele Menschen spüren was das heißt, seine Heimat verlassen zu müssen, sein Leben zu riskieren, alles hinzugeben was die ganze Familie erspart hat.

Das hat eine Welle der Hilfsbereitschaft, des Engagements von Freiwilligen ausgelöst, vor allem jetzt in diesem Durchzug, in dieser aktuellen Krise. Es gibt aber auch die andere Seite. Natürlich gibt es auch die, die sich Sorgen machen, die Menschen, die Ängste haben. Bundespräsident Heinz Fischer hat dazu ein aus meiner Sicht sehr klares Zitat gesagt, eine Äußerung gemacht bei einer Veranstaltung in Wien. „Ich sage es mit aller Deutlichkeit. Ich wende mich nicht von denen ab, die Sorgen und Ängste haben, aber ich wende mich von denen ab, die aus der Not der Flüchtlinge ein Geschäft machen, sei es ein wirtschaftliches oder sei es ein politisches.“

Wir haben zwei Herausforderungen momentan. Wir haben ein akutes Krisenmanagement zu betreiben. Das sind jene Menschen, die zu uns kommen, die zum großen Teil durchreisen wollen oder die auch dringend ein Quartier suchen. Das braucht kraftvolles, engagiertes Handeln. Das braucht entsprechend Engagement. Wir haben aber eine zweite große Aufgabe, und die ist besonders wichtig, nämlich jene Menschen, die bei uns bleiben, dauerhaft zu integrieren. Integration ist ein komplexer Prozess. Er verändert eine Gesellschaft. Er verändert auch die Individuen. Es wird darum gehen, ob wir diese Veränderungen aktiv gestalten oder ob wir sie über uns ergehen lassen, ob wir sie zu einem Erfolg machen oder ob wir sie als Belastung empfinden. Wir können sie nur zum Erfolg machen, wenn wir in sehr vielen Bereichen sehr engagiert an die Sache herangehen und wenn uns klar ist, die Integration ist ein essentieller und ein grundsätzlicher Bestandteil unseres Zusammenlebens für die nächsten Jahre.

Das ist im Bereich der Bildung so. Ich würde sagen, Kinder können Pioniere der Integration sein, wenn wir es richtig und engagiert angehen. Das ist bei Arbeit und Qualifizierung so. Wir wissen alle, Arbeit ist der Integrationsmotor schlechthin. Wir müssen uns weiterhin dafür einsetzen, dass Asylwerberinnen, Asylwerber so rasch wie möglich arbeiten können und wir müssen als dritten Schwerpunkt uns auch um das Wohnen dieser Menschen kümmern. Wir müssen vermeiden, dass es zu hochproblematischen Konkurrenzsituationen kommt. Das heißt wir sind gefordert, hier mehr zu tun als wir bisher vorhatten, und das wird uns alle insgesamt fordern. Ich glaube es geht sehr stark um die Grundhaltung.

Liebe Präsidentin, ich möchte ein kurzes Zitat noch, weil es mir so wichtig erscheint, an den Schluss stellen, von Marcel Hirscher, ein Satz. Marcel Hirscher hat auf die Frage wie es ihm geht mit seinem Engagement für die "refugees welcome" hier gesagt. Der Satz heißt: "Wenn man sich für die menschliche Seite ausspricht, dann zahlt es sich aus, sich auf dem höchsten Berg in den Wind zu stellen. Ich würde es wieder tun." Danke. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Die eine Minute werde ich auf die Gesamtredeszeit der Grünen anrechnen. Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, Du hast jetzt zehn Minuten, neun, und ich werde bei acht Minuten einläuten.

Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler: Hoher Landtag! Geschätzte Regierungskollegen! Lieber Wilfried Haslauer, Landeshauptmann!

„Solidarität statt Ellenbogen. Flüchtlingsfrage als Herausforderung.“ Weltweit sind 60 Mio. Menschen auf der Flucht. Die Hälfte dieser 60 Mio. sind Kinder. Die meisten, zwei Drittel der Flüchtlinge fliehen, sie verlassen gar nicht das Land, sie suchen einen sicheren Ort innerhalb ihres eigenen Landes und nur ein Drittel der Flüchtlinge verlässt das Heimatland.

In Europa gibt es für Flüchtlinge keine legale Einreise. Flüchtlinge sind gezwungen, wenn sie ihr Land verlassen, dann können sie nur illegal einreisen oder durchreisen. Wir sehen seit Wochen, auch hier in Salzburg die Bilder der vielen Menschen, der Flüchtlinge, die durch Salzburg durchreisen, die auch hier ankommen, die zum Teil auch hier bleiben wollen. Sie tragen ihre Kinder. Sie tragen die Kinder und sie haben kaum Gepäck. Jeder, der in diesen Tagen am Bahnhof ist - ich schäme mich auch nicht dafür, das zu zeigen -, jeder, der am Bahnhof dabei war und geholfen hat, Hunderte, zum Teil über tausend Menschen aus den Zügen umsteigen zu lassen und sie zu sehen, den muss es berühren und der kann nicht diese Bilder einfach wegschieben. Ich bin stolz darauf und ich bin froh, dass es viele Menschen in Salzburg gibt und unglaublich viele Freiwillige und alle Organisationen, die in dieser Zeit so großartig zusammenstehen. Ich bin unglaublich stolz darauf. (Beifall der ÖVP-, SPÖ-, Grünen und TSS-Abgeordneten)

Es ist die Genfer Flüchtlingskonvention ganz nüchtern rechtlich ausgedrückt, aber eigentlich ist es die innere Haltung und die Menschlichkeit und auch das Geradestehen für Menschenwürde und eben auch für die Zukunft. Wer die vielen Kinder sieht, der kann sich dieser Frage einfach nicht verschließen.

Wir sind dankbar, in einem Land zu leben, das 70 Jahre keinen Krieg gehabt hat. 70 Jahre, das sind zwei Generationen in Österreich und auch hier in Salzburg ohne Krieg. Das ist unbeschreiblich, was das eigentlich für eine Gesellschaft für ein großer Schatz ist, zwei Generationen ohne so schwere Konflikte zu leben. Wir leben in einem Land mit politischer Stabilität, mit Sicherheit, mit hohem Lebensstandard, mit Demokratie und Freiheit und einer Rechtsordnung, für die es sich auch einzutreten lohnt. Das alles sind unsere Ressourcen. Jetzt sind wir von diesen Bildern sehr betroffen. Menschen, die aus anderen Ländern,

aus ganz anderen Rechtsordnungen, aus Kriegsgebiet, aus Terror kommen und bei uns Hilfe und Zuflucht suchen oder auch nur durchreisen wollen.

Es ist nicht nur eine rechtliche Verpflichtung, es ist eine humanitäre Verpflichtung, denn das Recht auf Asyl ist ein Grundrecht und es ist für uns auch ein Grundwert. Internationale Strategien wird es brauchen zur Stabilisierung. Politische Lösungen für Syrien. Mehr Unterstützung für Flüchtlingslager vor Ort. Eine europäische Stabilisierung auch der Balkanländer, die Einbeziehung der Türkei. Auf dieser Ebene sind Österreich, Europa und die Staatengemeinschaft gefordert. Viele stellen sich die Frage: Und Salzburg? Was ist unser Beitrag? Was können wir überhaupt zur Lösung beitragen? Was können wir wenigstens zur Linderung der Not der Betroffenen, der Tausenden Menschen auf der Flucht beitragen? Auch das ist eine Frage der inneren Haltung, wie wir dieser Situation begegnen, wie wir dieser ungewollten Situation der Veränderung, die sich niemand ausgesucht hat, nicht die Menschen auf der Flucht und auch nicht wir, dass wir konfrontiert sind, mit so einer Menge von Menschen auf der Durchreise oder auch auf der Suche nach einer neuen Heimat und nach Schutz.

Tun wir was zu tun ist. Die Landesregierung als allererstes hat sich die Frage zur gemeinsamen Aufgabe gestellt. Diese Situation wollen wir als Landesregierung gemeinsam, geordnet, rechtlich korrekt und menschenwürdig gut managen. Wir wollen sie geordnet gut managen. Das ist längst nicht nur auf ein Ressort beschränkt, es ist eine übergreifende Aufgabe. Alle Regierungsmitglieder sind inzwischen mehr oder weniger stark betroffen und auch regelmäßig eingebunden.

Ich möchte mich an dieser Stelle für die ausgesprochen gute Zusammenarbeit, allen voran bei Dir, lieber Herr Landeshauptmann Wilfried Haslauer, bedanken und allen Dank auch den Regierungskollegen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aussprechen. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordnete) Namentlich möchte ich aber Landesrätin Martina Berthold, Dir und Deinem Team im Büro, in der Abteilung Grundversorgung, auch hier stellvertretend Andreas Eichhorn, ganz besonders danken für Euren überragenden Einsatz in den letzten Monaten, im Prinzip seit Deinem Antritt, ganz, ganz besonderen Dank aussprechen. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Wichtiger als nur die gesetzliche Pflicht ist aber auch, wie wir an diese Lösung herangehen. Eine Haltung der Wertschätzung und des Mitgefühls für Menschen in Not. Das Wichtigste zuerst. Was brauchen diese Menschen? Ausruhen, Essen, Trinken, Schlafen, eine Decke, eine Jacke, ein Dach über dem Kopf, medizinische Versorgung, Ansprache, Verständnis, oft auch nur da sein und mit ihnen reden, für Fragen zur Verfügung stehen. Diese Erstversorgung für Durchreisende, für Ankommende ist inzwischen bestens von allen Einsatz- und Hilfsorganisationen in guter Zusammenarbeit mit allen, auch mit Freiwilligen, besonders auch mit der Stadt, Unglaubliches ist hier in den letzten Wochen geleistet worden, auf die sich ständig ändernden Herausforderungen, derart professionell und kooperativ zu reagieren.

Ich möchte aber auch davor warnen, den behördlichen und freiwilligen Hilfsdienst in irgendeiner Form als Konkurrenz zu sehen. Wir brauchen beide. Wir brauchen die geordneten Managementfähigkeiten von Abteilungen, von Regierungen, von Behörden und wir brauchen unbedingt dazu auch das kurzfristige, flexible, zusätzliche Hilfsangebot von den vielen Freiwilligen, die uns in diesen Wochen und Monaten inzwischen schon so tatkräftig unterstützen. Eine Gesellschaft braucht in Krisensituationen das Zupacken einer engagierten Zivilgesellschaft und auch darauf können wir in diesen Tagen und Wochen in Salzburg und in Österreich wirklich stolz sein.

Für die Unterbringung ist ein eigenes Einsatzteam eingerichtet, um sich für die Sichtung und Organisation von Quartieren, Verträgen, Betreuung, Gespräche und Unterstützung für die Gemeinden, in den Gemeinden, mit Bürgerinformationsveranstaltungen bestens zu kümmern. Ich verstehe, dass sich viele Menschen auch fragen, dass sie sich Sorgen machen, dass sie beunruhigt sind über die Entwicklung, die vielen Fragen, auf die wir heute auch nicht für alle eine Antwort haben. Aber wir arbeiten daran. Wir wollen es bewältigen und wir können es bewältigen und wir schaffen das.

Denn wer sich die Zahlen nüchtern ansieht, wird sehen, im Land Salzburg sind derzeit knapp 3.400 Flüchtlinge untergebracht. Das sind gerade einmal 0,68 % der Salzburger Bevölkerung. Sie haben um Asyl angesucht, sie warten auf die Entscheidung der Behörden. Sie haben höchst beschwerliche, gefährliche Routen auf sich genommen, mit Kindern oder auch ohne Familie. 64 Gemeinden in Salzburg haben schon Quartiere. Mehr als die Hälfte. In 55 gibt es noch kein Quartier. Das heißt aber auch, da ist noch genügend Platz, dass wir noch Menschen, die um Asyl ansuchen, bei uns unterkommen können.

Jetzt geht es darum, die Zukunft zu planen. Wohnen, Sprache, gute Unterbringung, Arbeitsplatzintegration, Fortbildung, viele Erleichterungen zu schaffen, damit wir das alles schnell und gemeinsam gut auf die Beine bringen. Es sind ganz viele Projekte in allen Abteilungen am Laufen, um diese einzelnen Bereiche auch jetzt schon sehr gut zu betreuen.

Es ist eine Herausforderung. Es wird uns weiter fordern. Es wird am 6. November ein Bürgerrat zum Thema „Gelungene Integration, was brauchen wir, was können wir tun, was dürfen wir erwarten.“ stattfinden. Wir sind auf allen Ebenen tätig. Es ist nicht alles einfach, aber es ist sehr, sehr lohnend. Wir können als Gesellschaft daran wachsen. Wir können lernen, Veränderungen gut, gemeinsam, solidarisch zu bewältigen und wir wachsen zusammen und Hilfe stärkt eine Gesellschaft. (Beifall der ÖVP-, SPÖ-, Grünen und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet Landeshauptmann Wilfried Haslauer. Du hast fünf Minuten, ich läute bei vier Minuten ein.

Landeshauptmann Dr. Haslauer: Danke Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Man kann ja der Frau Dr. Rössler nur Recht geben. Wenn man am Bahnhof ist, an der Grenze, Autobahnmeisterei, die Leute sieht, da kommen einem die Tränen. Das ist überhaupt keine Frage. Man erinnert sich, besser gesagt ich erinnere mich nicht, aber ich kann mir vorstellen, wie es vor 70 Jahren bei uns war, wo das Land ja auch ausgebombt, ausgeblutet, zerstört gewesen ist und riesige Flüchtlingstrecks aus Böhmen, aus dem Banat usw. gekommen sind. Also es ist auch in unserer Geschichte gar nicht so fremd.

Aber bei aller Emotion müssen wir kühlen Kopf bewahren, weil wir die Dinge auch managen müssen. Wir dürfen auch die Augen vor der Realität nicht verschließen. Da ist es sehr wichtig, zu unterscheiden zwischen den einzelnen Bereichen. Tausende Menschen sind derzeit in Bewegung durch Österreich und sie wollen im Wesentlichen nach Deutschland. Nach meiner Schätzung haben wir in den letzten fünf Wochen ca. 150.000 Menschen durch Salzburg gebracht. Da muss man von einer logistischen Höchstleistung sprechen.

Ich möchte mich an dieser Stelle von Herzen bedanken bei unseren großartigen Einsatzkräften, bei der Polizei, beim Bundesheer, beim Roten Kreuz, bei den Maltesern, bei den Pfadfindern, bei der Caritas, bei den vielen, vielen Freiwilligen. Es ist für mich erstaunlich, wie gut es funktioniert, wie gut doch unsere Einsatzorganisationen, wenn es darauf ankommt, funktionieren, und welche Kraft an Hilfe, an Hilfsbereitschaft in unserem Land vorhanden ist. Auf das können wir wirklich stolz sein. (Beifall der ÖVP-, SPÖ-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Wir können besonders stolz sein auf unsere Mitarbeiter im Landesdienst, vom Katastrophenreferat, von der Bauabteilung bis hin zu den Handwerkern, die in unglaublichen Aktionen Dinge möglich machen, in einer großartigen Zusammenarbeit mit dem Magistrat und mit der ÖBB, die ich mir unmöglich vorstellen habe können. Dass zum Beispiel innerhalb einer Stunde die Zollabfertigung von der Saalbrücke Richtung Flughafen verlegt wird, eine Bundesdienststelle, das wäre undenkbar gewesen früher. Oder, dass ich beim Militär anrufe und sage wir brauchen dort eine Küchenversorgung durch das Bundesheer und eineinhalb Stunden später ist das Bundesheer da und gibt Essen aus für Hunderte Leute. Das ist großartig. Das ist eine logistische Höchstleistung. Die Situation fordert uns alle, sie ist mit gewissen Beeinträchtigungen für die Bevölkerung verbunden. Ich bedanke mich vor allem bei den Lieferingen und Lieferingen, die natürlich beeinträchtigt sind, und die Stausituation in Salzburg ist etwas, was wir unmittelbar spüren, sonst spüren wir davon, außer am Hauptbahnhof, im Großteil der Stadt und im Land eigentlich nichts, wenn man ganz ehrlich ist. Das ist der eine Bereich.

Der zweite Bereich sind die Asylwerber, die hier bleiben wollen, die hier bei uns in Österreich um Asyl ansuchen, und in den Bereich der Grundversorgung kommen, die Zuständigkeit liegt hier bei Frau Landesrätin Berthold, die mit ihrem tollen Team in der Grundversorgung, Mag. Eichhorn und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, es wirklich geschafft hat,

immer um die 100 %, einmal ein bisschen mehr, einmal ein bisschen weniger an Quartieren aufzustellen. Das ist eine schwierige Leistung, aber machbar, noch machbar sage ich dazu. Wenn ich bedenke, dass mehr als 50 Gemeinden überhaupt keine Asylwerber beherbergen, dann ist da schon noch ein Potential vorhanden.

Aber lügen wir uns nicht in die Tasche. Ich gebe Ihnen jetzt die aktuellen Zahlen von Eurostat, wie die Situation aussieht. Asylwerber auf je eine Million Einwohner in Europa. Ungarn 3.300, zweites Quartal 2015, Österreich 2.026, Schweden 1.467, Deutschland 997. Wir haben im zweiten Quartal 17.395 Asylanträge in Österreich gehabt, das sind 8,2 % aller Asylanträge in Europa bei einem Einwohneranteil von 1,5 %. Wenn ich das hochrechne auf Deutschland, die haben 80.000 gehabt, und Deutschland ist zehnmal so einwohnerstark wie wir, dann kann ich nur sagen so kann das nicht weitergehen. So kann das unmöglich weitergehen. Wir brauchen eine gerechtere Verteilung.

Die Slowakei fünf Bewerber je eine Million Einwohner. Das kann es nicht sein. Ungarn 3.300, die Slowakei fünf. Da stimmt etwas nicht. Daher glaube ich müssen wir schon auch die derzeitigen Bestimmungen adaptieren und die Bundesregierung macht jetzt den richtigen Schritt, meiner Meinung nach. Befristete Asylgewährung. Auch den Familiennachzug nicht mehr so einfach zu gestalten. Wir müssen den Tatsachen in die Augen schauen. Nur dann, wenn wir es schaffen können, es auch sozial akzeptabel zu gestalten, werden wir diese Krise bewältigen. Macht Euch keine Illusionen. Die Sorgen der Bevölkerung sind enorm und sie sind viel stärker als die veröffentlichte Meinung in den Medien wiedergibt. Das ist zumindest meine Meinung.

Wir können es bewältigen, aber es wird eine enorme Kraftanstrengung werden und es wird ohne eine europäische Lösung nicht gehen. Danke vielmals. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Herr Klubvorsitzender Steidl bitte!

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte das aktuell Wichtigste voranstellen. Danke allen freiwilligen und professionellen Helferinnen und Helfern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aller Organisationen, den Behörden, der Polizei, Exekutive und den Pflegekräften und den Ärzten in unseren Gesundheitseinrichtungen, die sich seit Monaten, und das rund um die Uhr und in jeglicher Form, grenzenlos und selbstlos um die in Salzburg gestrandeten Kriegsvertriebenen und Kriegsflüchtlingen annehmen, helfen und trösten. Ein ganz großes, ein herzliches Dankeschön. (Beifall der SPÖ-, ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Wir haben uns bereits am 3. Juni auf Initiative der SPÖ mit diesem Thema in der Aktuellen Stunde auseinandergesetzt und, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen noch viel tun, wir müssen noch vieles besser machen, wenn uns die Integration jener gelingen

soll, die in Salzburg ihre neue Heimat finden wollen. Wir müssen es so tun und wir müssen es so organisieren, dass die Salzburgerinnen verstehen, damit sie es auch uneingeschränkt unterstützen können. Wir müssen es aber auch so tun, dass die Asylwerberinnen, die da bleiben wollen, unmissverständlich über die Bedingungen aufgeklärt werden und diese Bedingungen uneingeschränkt zu akzeptieren sind. Für diesen Beitrag im Rahmen der Europäischen Union geht es dabei auch um den weltweit guten Ruf Österreichs. Um den guten Ruf Österreichs als Land, beispielgebend in der humanitären Hilfe bei Katastrophen, um unseren guten Ruf bei der Friedensstiftung im Rahmen der Uno Blauhelme oder um unseren guten Ruf bei der Aufnahme von Kriegsflüchtlingen.

Es geht aber auch letztendlich um den Erhalt des über Jahrzehnte erarbeiteten, von uns allen geschätzten und auch weltweit anerkannten Sozialstaates und die Absicherung unserer Solidargesellschaft. Es muss uns gemeinsam gelingen, das moralische Dilemma aufzulösen, das da lautet: Kümmern wir uns zuerst um jene, die vom Tod bedroht zu uns kommen und sich ihre Hilfe von unserer solidarischen Gesellschaft erwarten, oder sehen wir uns der heimischen, der heimischen Bevölkerung, den Wählerinnen und Wählern der nächsten Wahl verpflichtet. Ich bin der Meinung, meine sehr geehrten Damen und Herren, als weltoffener Staat müssen wir uns beiden Herausforderungen verpflichtet fühlen, wir müssen beides tun und wir können beides auch schaffen, da bin ich ganz beim Herrn Landeshauptmann.

Die Salzburgerinnen fragen sich, wie kann das friedliche und neidlose Zusammenleben von Menschen aus so vielen unterschiedlichen Kulturen funktionieren? Wir müssen darauf gemeinsam Antworten finden und wir sind dabei aktuell Lernende. Die heimische Bevölkerung, die Behörden, die Exekutive, die Verwaltung und letztendlich auch wir in der Politik, aber auch die Asylwerberinnen und Asylwerber. Friedliches und neidloses Zusammenleben bedingt die 100 %ige Anerkennung unserer gemeinsamen politischen Kultur, der unbedingten Achtung der Menschenrechte, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Religionsfreiheit und die Achtung unserer gesellschaftlichen Grundwerte und unserer kulturellen Traditionen. Das muss von der ersten Stunde an jedem Asylwerber, jeder Asylwerberin vermittelt werden und diese Bedingungen sind auch unverhandelbar. Die sind nicht verhandelbar. Wer das nicht akzeptiert, dem müssen wir auch offen und ehrlich sagen: Österreich kann nicht Deine neue Heimat werden.

Friedliches und neidloses Zusammenleben braucht auch neue Ideen in unseren wirtschaftlichen und sozialen Überlegungen, weil die Angst der heimischen Bevölkerung vor dem wirtschaftlichen und sozialen Abstieg ist riesengroß und da bin ich auch beim Herrn Landeshauptmann, sie ist auch berechtigt, meine sehr geehrten Damen und Herren, und muss von uns ernst genommen werden.

Wie kommen wir zu neuen Arbeitsplätzen mit gerechten Einkommen? Zu Wohnungen für alle, zu den notwendigen Lehrerinnen und Lehrern für Deutschkurse, zu Lehrkräften für die Abnahme zur Anerkennung ausländischer Berufsprüfungen und Diplome und wie können wir aus kurzfristigen nötigen Strukturen langfristige Konjunkturprojekte entstehen lassen, die nicht nur den Flüchtlingen nutzen, sondern uns alle voranbringen und Vorteile bringen.

Zum Abschluss: Unsere politische Verantwortung sehe ich darin, meine sehr geehrten Damen und Herren, erstens im Zusammenspiel der Mitgliedsstaaten, den Flüchtlingsstrom einzudämmen. Zweitens: Wir gemäß unseren verfassungsmäßigen Grundlagen, die es national wie europäisch gibt, unsere Grenzen kontrollieren, weil auch als weltoffener Staat, meine sehr geehrten Damen und Herren, müssen wir die Herrschaft über unser Staatsgebiet und die Herrschaft über die Zusammensetzung unserer Bevölkerung bewahren, weil sonst laufen wir Gefahr, dass wir kein Staat mehr sind und drittens, dass anerkannte Flüchtlinge gut überlegt und rasch Kolleginnen und Kollegen und Nachbarinnen und Nachbarn werden. Ich danke. (Beifall der ÖVP-, SPÖ-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Herr Klubobmann Schnell, Du hast das Wort.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Hohes Haus!

Wenn ich mich an die Diskussion erinnere vor der Sommerpause als dieser Flüchtlingsstrom begann, dann klingen die Töne heute schon etwas anders. Der Landeshauptmann hat damals gesagt bei der Festspieleröffnung fürchtet Euch nicht, die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin sagt wir schaffen das. Ich hoffe, und ich glaube die Angst ist groß.

Aber ich kann mich noch genau daran erinnern, als ich darauf aufmerksam gemacht habe, was sind die Ursachen dieser Wanderung, dieser Völkerwanderung kann man wirklich sagen. Wenn ich die Ursachen nicht bekämpfe, werde ich das Problem nicht in den Griff bekommen. Wenn wir das Problem nicht in den Griff bekommen, dann wird das böse enden. Das ist das Problem.

Cyriak, ich bin ganz bei Dir, die, die das wirtschaftlich ausnutzen, wir lesen es, wir wissen auch die Hintergründe, viel passiert ist in der Richtung nicht. Ein Schlepper, glaube ich, ist jetzt vor Gericht gestanden, bin ich ganz bei Dir. Auch bei den politischen Bewerbern, die das ausnützen, bin ich auch bei Dir. Ich habe nur furchtbar Angst, und das habe ich mir nie gedacht, dass Ihr dafür sorgen werdet, dass Strache vielleicht noch einmal Bundeskanzler wird. Das ist traurig die ganze Geschichte, aber es wird so enden.

Ich habe damals gesagt es werden uns die Deutschlehrer ausgehen, es werden uns die Zelte ausgehen, die Schulen, die Kasernen und ich habe gesagt das Problem kann nur Europa und weltweit gelöst werden. Dann hast Du mich ausgelacht und hast gesagt der Schnell mit seiner Weltpolitik.

Die Politiker in der EU und in Österreich müssen auf die Golfstaaten massiv Druck machen, nötigenfalls durch schwere Sanktionen. Alles andere führt in die Katastrophe. Das ist nicht meine Meinung, das sagen jetzt Experten. Experten wissen inzwischen auch, wer wirklich die Ursache hinter dieser ganzen Wanderung ist. Ich bin bei Dir, wir haben ein riesen Glück, in dieser Heimat geboren zu sein. Es ist klar, dass wir den Menschen helfen müssen, bin ich auch bei Euch. Nur wo und wie müssen wir ihnen helfen, ohne nicht wirklich diese

Heimat, über die wir so froh sind, Cyriak, auch wirklich in Gefahr zu bringen. Das bitte ich wirklich zu bedenken.

Es gibt zwei Sprüche und deswegen liebe ich Ingeborg Bachmann so. Die Wahrheit ist den Menschen zumutbar und die Geschichte lehrt andauernd nur sie findet keine Schüler. Immer wieder ist die Frage gestellt worden wie konnte das passieren, der zweite Weltkrieg? Wie? Jahrelang, jahrzehntelang hat man zugeschaut in der Entwicklung und die falschen Schlüsse gezogen. Genau das tun wir auch jetzt. Es ist nicht so, dass sich da nicht Verursacher feststellen lassen, die sich jetzt abputzen, und sagen geht uns nichts an, wir führen zwar dort Krieg, wir haben Angriffskriege geführt, wir haben auch dafür gesorgt dort, dass Menschen ihren Zorn jetzt auf den Westen auslassen. Es stimmt auch nicht, dass nicht geholfen werden soll. Kuwait, Arabische Emirate und, und, und. Hunderttausende Zelte wurden angeboten, klimatisch versorgt, nicht weit weg für die Flüchtlinge. Es wurde kein einziges angenommen.

Vielleicht ist es ein Fake. Ich weiß es nicht. Vielleicht lügen uns alle an. Mag sein. Es wäre gar nicht so weit entfernt gewesen von den Ausgangsbereichen, wo die Flüchtlingsströme ihren Ausgang genommen haben. Auch die Tatsache, dass der Westen lange zugeschaut hat, auch in der Versorgung und Mithilfe jener Länder, die wirklich Großartiges geleistet haben, wobei ich jetzt schon der Landesregierung und allen Beteiligten auch ein großes Lob aussprechen muss, weil, Herr Landeshauptmann, da gebe ich Dir Recht, was der Landesrat Schwaiger hier geleistet hat und was Christian Stöckl noch leisten muss natürlich, weil es wird auch wirtschaftliche Folgen haben. Aber ich bin schon froh, das muss ich schon sagen, dass Du der Einzige warst, der hier auch in Deinen Ausführungen auch gewarnt hast, dass wir letztendlich irgendwann zurückkommen müssen in eine Rechtsordnung, ohne dass wir nach dem Motto: Wer hier kein Mitleid hat, hat kein Herz, wer aber nur Mitleid hat, hat kein Hirn, das möchte ich nicht nennen, der gefährdet letztendlich die Sicherheit des eigenen Landes. Da müssen wir schon aufpassen, da würde ich wirklich alle Verantwortlichen bitten, bitte vergesst die eigene Bevölkerung nicht, die Angst ist groß, Wilfried.

Ich muss schon eines sagen. Du hast ein Beispiel der raschen bürokratischen ÖBB angesprochen. Großartig, muss ich wirklich sagen, hätte ich der ÖBB auch nicht zugetraut, früher haben wir Politiker nur immer geschimpft darauf. Aber das würde ich mir auch ein bisschen auch bei der eigenen Bevölkerung wünschen. Danke vielmals. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Bitte Herr Landesrat Mayr für das Team Stronach Salzburg.

Landesrat Mayr: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte da anschließen, wo Karl Schnell jetzt aufgehört hat. Ihnen wird es gleich gehen wie mir. Egal wo man ist, wo man sich befindet, mit wem man spricht, man ist sehr, sehr

schnell auf dem Asylthema angelangt. Die Sorge der Bevölkerung ist da riesengroß und diese Sorge mündet dann oft sehr schnell auch in Zorn. Ein Zorn, der dann oft auch im demokratischen Recht bei Wahlen ausgedrückt wird.

Ich kann nur die Bevölkerung bitten, aus meiner Sicht, sich selber ein Bild zu machen. Dort hinzugehen, wo diese Menschen ankommen, diesen Menschen in die Augen sehen, damit man sich selber dann auch in den Spiegel sehen kann. Ich verstehe aber diesen Zorn und diese Sorge der Menschen, weil sie einfach keine bis schlechte Information haben. Auch die Tatsache, dass die Europäische Union bis jetzt einfach in dieser Frage schlichtweg versagt hat. Viel zu spät hat man damit begonnen, Registrierzentren, sogenannte Hotspots an den Außengrenzen zu errichten. Viel zu lasch sind die Maßnahmen gegen das Schleppertum, es wird kein Verteilerschlüssel gefunden. Alles Dinge, die die Menschen einfach wütend machen und auch die Rolle der Bundesregierung bis jetzt war nicht gerade eine glorreiche Rolle.

Salzburg hat sich dieser Situation gestellt und gerade die Situation der letzten Wochen war eine äußerst herausfordernde. Ich getraue mir das einfach zu sagen. Wir haben mit Menschlichkeit diese Situation gemeistert. Ich bin nicht nur dankbar, sondern ich bin stolz, Teil dieser Regierung zu sein. Ich danke allen Beamten aus den verschiedensten Bereichen, allen sozialen Einrichtungen und natürlich den vielen, vielen Freiwilligen, die da mithelfen. Stellvertretend möchte ich einfach Doraja Eberle dafür danken, die sich da wieder mit großer Menschlichkeit in dieser Sache einsetzt.

Trotzdem muss man sich die Frage stellen: Was passiert wenn? Was passiert wirklich, wenn Deutschland die Grenzen zumacht und die Europäische Union nach wie vor keine nachhaltigen Maßnahmen findet? Ich kann nur sagen was bisher passiert ist, vor allem auch was meine Ressorts betrifft und was wir geplant haben. Wichtig neben der Grundversorgung ist auch die Tatsache, dass die Menschen ab dem Zeitpunkt, wo sie ein Bleiberecht haben, das Recht auf Wohnen und Arbeit haben.

Wir sind jetzt gerade dabei, eine Verordnung in die Begutachtung zu senden, wo wir in der Wohnbauförderung Mittel dafür vorsehen. Ich sage auch deutlich dazu, ohne dass das Bauprogramm beeinträchtigt wird. Wir bleiben dabei, 600 Einheiten im Eigentum, 900 bis 1.000 Einheiten in den Mietwohnungen. Wir haben etwas Bewegungsmöglichkeit bei den Heimbetten und hier können wir insofern eine Maßnahme treffen, dass wir eine neue Fördersparte schaffen, und zwar für Flüchtlinge, Obdachlose und Menschen mit kurzfristigem Wohnbedarf. Ich sehe mich aus heutiger Sicht in der Lage, bis zum Jahr 2018 500 solche Einheiten mit dieser Förderungsmaßnahme zu errichten. Diese Gebäude sollen errichtet werden entweder auf Landesgrund oder auf Grund von der Kirche und vieles andere mehr. Es sollen ganz einfache Bauten sein, 30 m² in etwa groß, eventuell zwei Einheiten zusammenlegbar und caritative Einrichtungen sollen dann diese Wohnungen betreuen und Menschen zumindest für einige Jahre Wohnung bieten.

Ich glaube, dass das eine Maßnahme ist, die sehr wichtig ist für jene Menschen, die im Bleiberecht sind, und man muss diesen Menschen helfen. Ich hoffe auch, und das ist auch ein Wunsch von mir, dass das Recht auf Arbeit zukünftig von der Arbeiterkammer und von der Wirtschaftskammer vielleicht gemeinsam angenommen wird, dass man Möglichkeiten sucht, wo sind die offenen Stellen, wo ist Bedarf da und wie können wir diesen Menschen, die in Österreich landen, auf diesen Arbeitsprozess vorbereiten.

Ganz wichtig natürlich die Grundversorgung und da waren es vor allem meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Abteilung 6, die hier hervorragende Arbeit geleistet haben. Wir haben eine Kapazität aktuell für 2.200 Personen geschaffen. Federführend dafür ist der Herr Dipl.-Ing. Leitner, die Frau Pilz, der Herr Buttinger, der Herr Blaha und der Herr Stock und auch von der BH Salzburg-Umgebung die Frau Ing.ⁱⁿ Wendtner und von der Abteilung 8 der Herr Tengler und der Herr Bugarschitz, die sich gemeinsam für diese Sache eingesetzt haben. Also vielen, vielen Dank. Es wurden einfach Hallen adaptiert, da gibt es baurechtliche Probleme. Die Mitarbeiter sind teilweise fast als Bauherren aufgetreten, damit dass das unkompliziert und unbürokratisch über die Bühne gehen kann.

Aber es ist jetzt damit noch nicht Schluss. Wir müssen absolut weiterdenken. Planung ist ganz wichtig. Die Straniakstraße, wo für 370 Flüchtlinge Vorkehrungen getroffen wird, damit dass wir die Zelte in der Alpenstraße wegbringen. Also genau dieser Einsatz ist auch für die Zukunft nötig. Also noch einmal vielen herzlichen Dank. Ich bin auch überzeugt, wir werden es bis zu einem gewissen Grad schaffen, aber irgendwo ist ein Deckel vorhanden und es geht die große Aufforderung auch an die Europäische Union und an die Bundesregierung, mit entsprechenden Maßnahmen diesen Flüchtlingsstrom irgendwo zu bewältigen. Vielen Dank. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Klubobfrau Daniela Gutschi von der ÖVP.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Offenbar haben wir bei der Vorbereitung dieser Aktuellen Stunde alle den gleichen Gedanken als Erstes gehabt, nämlich den Dank all jenen auszusprechen, die derzeit diesen Flüchtlingsstrom so hervorragend meistern und bewältigen. Ich möchte aus zeitökonomischen Gründen jetzt nicht alles noch einmal wiederholen, aber mich einfach diesem Dank wirklich aus vollem Herzen anschließen.

Es macht uns stolz wenn wir sehen, wie groß die Hilfsbereitschaft in Salzburg ist, wie viele Salzburgerinnen und Salzburg ganz spontan hier sind, wenn wir sie brauchen. Aber ich möchte auch diejenigen Salzburger und Salzburgerinnen ernst nehmen, die ihre Sorgen nur zum Teil artikulieren aus Angst, dass sie vielleicht in ein rechtes Eck gestellt werden, aus Angst, dass sie dieser Welle der Hilfsbereitschaft nichts entgegenzustellen haben.

Die Sorgen sind wie lange dauert dieser Ausnahmezustand noch, der inzwischen schon eigentlich fast zum Tagesgeschäft gehört, wie lange halten unsere Einsatzkräfte noch durch und wie viele von den Durchreisenden bleiben letztendlich tatsächlich in Salzburg und was passiert mit diesen Menschen.

Es ist wahrlich ein Spagat, den wir jetzt zu leisten haben zwischen der humanitären Verantwortung auf der einen Seite und gezielten Maßnahmen auf der anderen Seite, ohne den Blick für das richtige Maß dieser Maßnahmen zu verlieren. Mehr denn je sind wir alle, wir politischen Verantwortlichen aufgefordert, einen klaren Kopf zu bewahren. Der Herr Landeshauptmann hat es schon gesagt, klare Richtungen vorzugeben und zu bestreiten.

Für mich sind drei bis vier Punkte maßgeblich. Es ist klar wir haben als Land Salzburg die Verantwortung, den durchreisenden Menschen einen möglichst humanitären Kurzaufenthalt bei uns zu gewährleisten, und das haben wir in den letzten Wochen auch bewiesen, dass wir das können. Wir müssen natürlich auch unseren Beitrag leisten, um die Erfüllung der österreichischen Quote der Asylwerber, die bei uns aufgenommen werden, auch tatsächlich zu erfüllen. Es ist über den Sommer sehr viel passiert. Es wurde der Mag. Eichhorn bereits mehrfach erwähnt, wie gut das von der Abteilung 3 auch abgewickelt wurde. Ich möchte mich dem anschließen. Es wurden wirklich zahlreiche Unterkünfte geschaffen, aber wir können mehr noch mehr leisten, nein wir müssen noch mehr leisten.

Derzeit sind in 41 von 119 Gemeinden Asylwerber untergebracht, in entsprechenden Quartieren gut begleitet untergebracht und wir wissen aus der Erfahrung, dass gerade in diesen Gemeinden der Angst vor dem Fremden, der Angst vor den Flüchtlingen ganz wesentlich der Hilfsbereitschaft Platz gemacht wird. Das heißt in den Gemeinden, wo man direkt auch mit den Fremden konfrontiert wird, nimmt die Angst massiv ab. Es bilden sich Hilfsvereine, die sich um Versorgung, Sprachkurse und Integration bemühen, allerdings ist die ständige Kommunikation mit der Bevölkerung und die Aufklärung der Bevölkerung ein ganz wesentliches Mittel und eine ganz wesentliche Begleitmaßnahme, um hier auch einer entsprechenden Spaltung der Bevölkerung vorzubeugen. Es muss Platz sein, dass die Ängste und Sorgen kommuniziert werden dürfen.

Das ist für mich, und das ist der zweite Punkt, auch die große Herausforderung für die Zukunft. Welche Konzepte haben wir, um die Menschen, die auch tatsächlich einen positiven Asylbescheid bei uns bekommen, gut in unsere Gesellschaft zu integrieren. Hier geht es um eine koordinierte und vor allem um eine zu Ende gedachte Vorgangsweise. Sprachkurse, keine Frage, am besten auch mit einer entsprechenden Prüfung, wie das in Schweden ja jetzt gemacht wird, und ich bin da ganz beim Herrn Klubvorsitzenden Steidl, Kulturtechniken einfach auch zu kommunizieren, wie ist denn unser Frauenbild, wie verhalten wir uns an öffentlichen Plätzen und diejenigen, die das auch lernen wollen und die sich daran halten, sind bei uns herzlich willkommen.

Ich kenne jetzt doch auch schon einige Asylwerber, da wir als Hilfswerk auch einige Quartiere betreuen durften, und es ist schon klar, es gibt diejenigen, die sich da gerne bereit

erklären Deutsch zu lernen und sich sofort einbringen möchten. Aber es gibt schon auch diejenigen, die sagen, es interessiert mich eigentlich nicht und ich möchte mich auf meine Sozialleistungen zurückziehen. Da müssen wir auch ganz klar und wieder mit kühlem Kopf sagen: Wer bei uns sich integrieren möchte, ist herzlich willkommen und alle anderen können maximal ein Asyl auf Zeit bekommen wenn überhaupt.

Ich habe Sorge, dass wir wieder in neue soziale Probleme stolpern, daher sind diese Maßnahmen ganz besonders wichtig. Zusammenfassend noch einmal, Frau Präsidentin, ich bin schon am Ende, Zusammenarbeit mit nüchternem Blick, klar abgesteckte Ziele und vor allem Kommunikation der Bevölkerung gegenüber. Danke. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Bitte Kollegin Riezler für die SPÖ.

Abg. Riezler: Hohes Haus! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich möchte mich einfach auch jetzt natürlich der Botschaft meiner Vorrednerinnen und Vorredner anschließen. Wir schaffen es. Mit vereinten Kräften lösen wir die Probleme, lösen wir aber auch die humanitäre und soziale Herausforderung. Ich bin sehr positiv überrascht über die sehr milden Wortmeldungen heute. Normalerweise sind wir, nicht unbedingt hier im Haus, sondern in den Medien, auch in den Wahlauseinandersetzungen, gerade in Wien oder auch vorher in Oberösterreich andere Töne gewöhnt. Wir hören von Krisen, von Flutwellen, von Katastrophen. Damit werden Ängste natürlich geschürt, damit wird eigentlich die Gesellschaft gespalten. Ich glaube das ist das Wichtigste, dass wir damit endlich aufhören. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Es wurde schon erwähnt. Europa wacht endlich auf und da ist auch Österreich mit Kanzler Faymann treibend, fordernd und das ist gut so. Wir dürfen aber aus meiner Sicht trotzdem nicht naiv sein. Ich glaube es ist wichtig, zwischen politischen Flüchtlingen und Wirtschaftsflüchtlingen zu unterscheiden, denn sonst stellen wir die Genfer Flüchtlingskonvention in Frage, denn dann ist sie nicht erfüllbar. Asyl muss bekommen wer persönlich verfolgt wird. Subsidiären Schutz diejenigen, die vor einem Krieg fliehen, das ist geltendes Recht. Ich halte es auch für legitim, nach drei Jahren zu schauen, ob diese Fluchtgründe noch vorliegen. Aber es ist ganz wichtig, Menschen, die in diesen drei Jahren integriert sind, die Arbeit haben, nicht heimzuschicken, denn das sehe ich auch als Motivation für die Betroffenen, wirklich bei uns anzukommen.

Ich hoffe auf einen guten völkerrechtskonformen Vorschlag des Bundes, ob an der jetzigen Regelung, die meist nicht umgesetzt wird, etwas geändert wird oder nicht. Ich halte es aber auch für ganz, ganz wichtig, dass unsere Rot-Weiß-Rot-Card novelliert wird oder verbessert wird, weil wenn ich darauf abstelle, dass die Flüchtlingskonvention politische Flüchtlinge und Kriegsflüchtlinge umfasst, dann muss ich für andere Menschen auch eine Zuwanderungsmöglichkeit nach Österreich schaffen. Die ist derzeit nur wenig gegeben.

Ich möchte hier aber jetzt auch die Zeit nutzen, um ein bisschen auf die Herausforderungen für Salzburg einzugehen. Gerade wenn dann von Seiten des Bundes es in die Richtung geht, dass mehr in Richtung subsidiären Schutz gegangen werden soll, dann möchte ich schon betonen, dass das Land Salzburg das einzige Bundesland ist, das subsidiären Schutzberechtigten keinen Anspruch auf Mindestsicherung gewährt. In allen anderen Bundesländern in Österreich ist das nicht so.

Wir haben von unserer Seite, Walter Steidl hat es schon gesagt, schon oft die Diskussion geführt was erfordert Integration. Wir fordern effektives Clearing, wir fordern Deutschkurse, lernen wie Zusammenleben funktioniert. Wir haben heute auch noch die Gelegenheit, bei meiner dringlichen Anfrage darüber zu diskutieren. Der wichtigste Ansatz für mich ist einfach Bildung und Arbeit und hier, ja die Diskussion um den verpflichtenden zweijährigen Kindergarten ist gescheitert, sie muss fortgesetzt werden. Ohne verschränkte Ganztagschule wird das nie funktionieren. Wer glaubt, dass die Eltern, die flüchten, ihre Kinder nachmittags unterstützen können, das funktioniert nicht. Sie nicht flächendeckend umzusetzen, ist einfach grob fahrlässig. Ideologische Hemmnisse dagegen soll man endlich weglassen, weil um das geht es nicht mehr. Wir werden es in Zukunft sonst nicht schaffen.

Asylwerber brauchen natürlich Zugang zur Arbeit. Je länger wir ihnen Arbeit verwehren, desto mehr kostet es uns, auch das ist völlig logisch. Ganz wichtig, wenn die Anerkennung da ist, braucht es natürlich auch verpflichtende Deutschkurse und AMS-Kurse aus dem Bereich Mindestsicherung eben dann die Forderung, dass das passiert.

Ein wichtiger Punkt, der noch gar nicht jetzt berücksichtigt wurde, ist der Familiennachzug. Ich möchte nicht diskutieren, wer und wann jemand kommen darf, aber ein ganz wichtiger Punkt, in diesem Bereich gibt es keine Integrationsvereinbarungen. Es gibt dort keinerlei Verpflichtung für Deutschkurse. Das betrifft eben nur die andere Sparte des Zuzugs. Die vielen Frauen, die kommen werden, müssen keine Deutschkurse machen. Wir müssen dringend eine ähnliche Regelung wie die Integrationsvereinbarung auch für diesen Bereich entwickeln.

Grundsätzlich und abschließend. Wir schaffen es, wenn wir handeln. Wir schaffen es, wenn wir natürlich jetzt Geld in die Hand nehmen, denn tun wir das nicht, dann sind Probleme vorprogrammiert und dann wird es wirklich viel Geld kosten. Packen wir es gemeinsam an, weil wir schaffen es. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Bitte Kollege Hofbauer für die Grünen.

Abg. Hofbauer: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist tatsächlich viel passiert. Ich erinnere mich auch an die letzte Debatte hier, wo wir damals noch über Grenzkontrollen gesprochen haben, wo ich gesagt habe der Grenzbalken am Walserberg, wollen wir das? Und damals hieß es noch "sicher nicht, das wird nicht passieren". Mittlerweile ist es seit Wochen Realität.

Ich möchte meine Rede unter den Titel „Menschlichkeit und Pragmatismus“ stellen, weil ich glaube, das sind die beiden Dinge, die wir jetzt brauchen und die wir tun müssen. Ich habe kürzlich eine Veranstaltung organisiert, mit Karim El-Gawhary und Mathilde Schwabeneder zum Thema „Auf der Flucht“. Die haben ihr neues Buch vorgestellt. Bei dieser Veranstaltung sind ein paar sehr kluge und wichtige Sätze gefallen. Karim El-Gawhary, ein guter Kenner und auch Bewohner der betroffenen Region, hat gesagt "der Wille zur Flucht ist immer ein paar Zentimeter höher als der höchste Grenzzaun". Das ist auch was wir immer noch beobachten können. Die Balkanroute über Ungarn, da gibt es zwar Zäune, aber trotzdem erreichen uns täglich noch Tausende Menschen. Deswegen, glaube ich, müssen wir uns überlegen was tun wir, ganz pragmatisch, wie können wir das Problem anpacken? Hier gilt auch noch, was ich bei meiner letzten Rede gesagt habe, dass das Schützen von Menschenleben immer noch wichtiger als das Schützen von Grenzen ist, meiner Meinung nach.

Worauf sollten wir uns denn konzentrieren? Wofür brauchen wir unsere Kräfte, unsere Mittel und unsere Ressourcen? Da komme ich dann zum zweiten Satz aus dieser Veranstaltung, der mir ganz wichtig ist. Karim El-Gawhary hat gesagt "Wer glaubt, dass unser Boot voll ist, muss schauen, dass das Boot im Libanon und in Jordanien nicht untergeht". Ich glaube, daran müssen wir dringend arbeiten, denn wir dürfen nicht dem falschen Glauben erliegen, dass diese Menschen alle so gern zu uns wollen. Die sagen auch sie haben eine ganz andere Religion, die haben eine andere Kultur, ich würde gern lieber in meinem Kulturkreis, bei mir zu Hause bleiben. Doch wenn wir uns die Situation dort anschauen, in den Flüchtlingslagern, in Jordanien, im Sommer 60 Grad Hitze, im Winter minus zehn Grad kalt, keine Schule. Dort gehen die Kinder seit Jahren nicht in die Schule. Diese Situation verbessert sich nicht, sie verschlechtert sich zusehends.

Im August hat das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR angekündigt, dass sie das Geld, das sie zur Verfügung hat, kürzen muss, weil die internationalen Geberländer ihre Zahlungen reduziert haben. Bisher hatten sie € 24,-- pro Monat pro Flüchtling. Dieser Betrag wurde jetzt halbiert im August, mit September. Auch das sind Gründe, warum jetzt immer mehr Menschen kommen. Die wohnen seit Jahren, seit Monaten in Flüchtlingslagern, haben keine Zukunft für ihre Kinder, für ihre Familien. Wenn wir nicht vor Ort auch in der Region entsprechend aktiv werden und diesen Menschen vor Ort helfen, werden sie zu uns kommen. Sie haben gar keine andere Wahl. Deswegen ist es, glaube ich, ganz wichtig, dort vor Ort in der Region aktiv zu werden, diese Menschen mit Lebensmitteln, mit einer entsprechenden Gesundheits- und auch Bildungsversorgung auszustatten. ...

(Zwischenruf Abg. Steiner-Wieser: Seit Monaten sagen wir das!)

... Das Zweite ist, und das ist auch schon angeschnitten worden, wir brauchen natürlich in Europa eine solidarische Verteilung, ein Zusammenarbeiten der Mitgliedsstaaten, denn es kann nicht sein, dass wir eine reine Subventionsunion sind und keine Solidarunion. Es kann nicht sein, dass manche Länder zwar sehr großzügig beim Empfang von Subventionen sind, aber sagen mit den Flüchtlingen, mit dieser Herausforderung wollen wir uns überhaupt

nicht auseinandersetzen. Das geht nicht und das hat der Landeshauptmann vorher auch ganz richtig angesprochen.

Bei uns, was müssen wir bei uns tun? Ich glaube das ist auch jetzt schon in den Vorreden sehr deutlich geworden. Wir müssen menschlich bleiben, wir müssen schauen, dass wir diese Menschen mit dem Nötigsten versorgen. Es ist sehr spannend, wenn wir uns anschauen was passiert denn in den vielen Gemeinden, wo es viele Unterstützungsgruppen gibt. Dort ist eine Wiederentdeckung der Dorfgemeinschaft momentan. Dort passieren gemeinsame Feste, Veranstaltungen. Es wird versucht, die Flüchtlinge einzubinden und so wird sehr oft auch die Gemeinschaft innerhalb der angestammten Bevölkerung wieder entdeckt. Ich finde das sind ganz gute Beispiele, wie es gelingen kann.

Denn gemeinsam können wir das schaffen und als Gesellschaft auch an dieser Herausforderung wachsen. Und was es auch ganz dringend braucht, es wurde schon gesagt, wir brauchen Bildung und wir brauchen auch einen Zugang zum Arbeitsmarkt. Wenn Menschen jahrelang dazu verdammt sind, nichts zu tun, wenn ihnen die Hände gebunden sind und sie quasi nur in die Luft schauen können, dann ist das nicht dazu angetan, dass sie sich integrieren können. Deswegen brauchen wir Bildung und einen Zugang zum Arbeitsmarkt. In diesem Sinne danke ich für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Als Nächster Kollege Wiedermann für die FPÖ.

Abg. Wiedermann: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir schaffen es. Wir brauchen uns nicht zu fürchten. Das habe ich heute schon mehrmals gehört. Aber brauchen wir uns wirklich nicht zu fürchten? Wie schaffen wir es? Wie schaffen wir es, das alles zu handeln? Hier auch mein Dank an die Einsatzorganisationen, die wirklich Großartiges geleistet haben. Auch hier namentlich von den anwesenden Regierungsmitgliedern, Herrn Landesrat Schwaiger, meine Bewunderung, wie Du das alles gemagt hast. Ich glaube das war eine großartige Leistung.

Aber es gibt natürlich auch viele negative Aspekte, die im Zuge dieser heutigen Diskussion eigentlich nicht erwähnt wurden. Da gibt es einmal die Frage der Kosten. Da ist dann der böse ORF da, der wirklich böse Österreichische Rundfunk, der darüber berichtet, dass es angeblich ein Geheimpapier gegeben habe oder es gibt, dass uns die gesamte Flüchtlingssituation möglicherweise 12,3 Mrd. Euro kosten könnte. Natürlich weiß niemand von der Regierung, dass es so etwas gegeben hat, aber ich gehe einmal davon aus, dass sich der Österreichische Rundfunk das nicht aus den Fingern gesogen hat. Wenn man das umlegt auf die Kosten der einzelnen Bundesländer, angerechnet auf Salzburg, liebe Kolleginnen und Kollegen und Herr Finanzreferent Christian Stöckl, dann wäre das ein Betrag von jährlich mehr als 150 Mio. Euro, was auf Salzburg zukommen würde. Wie das zu finanzieren ist, wie

das zu finanzieren sei, von dem hat niemand gesprochen. Niemand der Regierungsparteien, niemand von den Grünen, einfach totgeschwiegen.

Totgeschwiegen wird aber auch vieles andere, viele negative Entwicklungen wie Kriminalität, Gewalt, Schlepperei und andere Dinge. Man braucht sich nur die heutige Kronen Zeitung etwas genauer anschauen. Allein die heutige Kronen Zeitung berichtet über zahlreiche Straftaten, die nicht von österreichischen Staatsbürgern verübt wurden, die von zum Teil Migranten und anderen nicht österreichischen Straftätern verübt wurden. Wenn man dann den Jedermann liest über die Zustände in der neuen Justizanstalt in Puch, dass die bereits jetzt überfüllt ist, so muss man sich wirklich die Frage stellen was ist die Wahrheit. Wir haben ja einen Experten hier im Hause, einen Exekutivbeamten, einen Leiter einer Polizeiinspektion, der sollte es ja eigentlich wissen. Es ist bekannt, liebe Kolleginnen und Kollegen, Maulkorberlässe für die Polizei, Maulkorberlässe für das Bundesheer, für die Einsatzorganisationen, um ja nicht der Bevölkerung den Eindruck gewinnen zu lassen, hier läuft etwas schief.

Karl Schnell, liebe Kolleginnen, hat es ja heute schon einmal gesagt. Die Wahrheit ist den Menschen zumutbar. Ich selbst wohne in Wals-Siezenheim und ich habe selbst mehrere Einsätze im Bereich der Schwarzenbergkaserne durch die Polizei, wo ein Blaulichtauto nach dem anderen dort hineingefahren ist, weil es Raufende und ähnliches gegeben hat. Null Berichterstattung. Das darf nicht berichtet werden. Wenn das soweit ist, dass man tatsächlich alles, was hier passiert, unter den Tisch hineinkehrt, dann glaube ich wird irgendwann einmal wirklich das Fass übergehen, und das wollen wir alle nicht. Also versuchen wir auch zumindest auf diesem Gebiet, im Bereich der Sicherheit, entsprechend zu handeln und auch hier Verantwortung zu übernehmen.

Eines möchte ich auch deponieren. Wir wissen alle, wer sich mit diesem Problem etwas ernster beschäftigt, warum viele dieser Menschen nach Österreich, nach Europa kommen. Weil es eben andere Kulturen gibt, andere ethnische Probleme bis hin zu religiösen Problemen und die transportieren wir nach Europa. Beispiele dafür, negative, haben wir bei bereits genug, was unter den Flüchtlingen passiert bis hin zu schweren Gewalttaten und ähnliches. Das müssen wir verhindern. Danke. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Nächste Wortmeldung Kollegin Fürhapter vom Team Stronach Salzburg. Wir haben noch drei Minuten.

Abg. Fürhapter: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Regierungsmitglieder! Werte Kollegen und auch möchte ich die Besucher noch begrüßen!

Salzburg hat in den letzten Wochen große Solidarität mit den ankommenden Flüchtlingen bewiesen, hat die Menschen mit allem Nötigen versorgt, mit Bekleidung, mit Essen, mit medizinischer Versorgung, hat auch wärmende Worte gefunden. Sehr viele junge Leute waren am Bahnhof. Ich war selber einige Male helfend vor Ort und konnte mir sehr gut ein Bild davon machen.

Fakt ist aber auch, dass der Zustrom der Kriegsflüchtlinge so schnell nicht versiegen wird und darum muss man sich sehr gut überlegen, wie man mit dieser Situation zukünftig umgeht und zugleich auch den Ängsten der heimischen Bevölkerung begegnet. Ich habe sehr viel mit Menschen draußen gesprochen, die sagen, sie haben Angst um ihren Arbeitsplatz. Sie haben Angst, dass sie ihre Wohnung verlieren. Sie haben Angst, dass Kindergartenplätze, Schulen zu klein, zu eng werden oder dass wir mit einer Kultur überflutet werden, die wir nicht kennen, und wie wir wissen haben die Menschen sehr schnell Angst davor Dingen zu begegnen, die sie nicht kennen.

Wir müssen daran arbeiten, dass wir ihnen diese Ängste nehmen. Das geht nur mit Aufklärung, das geht nur mit Hilfestellung und das muss aber auch im umgekehrten Sinne funktionieren, dass die Flüchtlinge, die zu uns kommen, den Willen haben, sich bei uns zu integrieren. Flüchtlinge, die in unserem Land bleiben wollen, müssen aber auch Solidarität gegenüber ihrem aufnehmenden Land zeigen. Für eine gelungene Integration ist meiner Meinung nach folgendes wichtig. Zuerst muss einmal der Wille der Integration da sein. Das Erlernen der Sprache ist essentiell. Es ist auch essentiell, sich gesellschaftlich und kulturell zu integrieren. Es kann nicht sein, dass die Rolle der Frau, die Gleichberechtigung in unserem Land angegriffen wird. Es ist auch wichtig, dass sich Flüchtlinge, die zu uns kommen, Asylwerber, die zu uns kommen, die bei uns bleiben wollen, an die österreichischen Gesetze halten müssen. Es kann nicht sein, dass der Islam oder die Scharia über dem österreichischen Gesetz stehen.

Ich habe mir einige Lösungsvorschläge überlegt, die wir jetzt auch teilweise schon gehört haben. Das ist zum Beispiel das Erlernen der Sprache. Vielleicht könnte man eine kleine Landeskunde, gesellschaftliche Normen und soziale Umgangsformen auch beim Erlernen der Sprache schon vermitteln. Zur Integration auf dem Arbeitsmarkt ist zu sagen. Nach Zuerkennung des Asylstatus sollte oder auch vorher schon sollte eruiert werden, welche Fähigkeiten hat der Mensch, was hat er gelernt, was kann er, welche Ausbildung hat er.

Ein wichtiger Punkt ist auch die Integration der Kinder, ich muss es jetzt abkürzen, dass wir die Infrastruktur nicht überfordern, dass wir unseren Menschen, unseren Salzburgerinnen und Salzburgern auch die Ängste nehmen und, wie es schon öfter gesagt worden ist, die Salzburger vertragen die Wahrheit, nur sie wollen, dass endlich einmal Tacheles gesprochen wird was Kosten, was Zahlen anbelangt und was Unterbringung und Fakten anbelangt. Danke. (Beifall der ÖVP-, Grünen-, TSS-Abgeordneten und der Abg. Steiner-Wieser)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Damit haben wir die Aktuelle Stunde abgeschlossen. Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt Mündliche Anfragen kommen, er-suche ich die Zweite Präsidentin den Vorsitz zu übernehmen.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc (hat den Vorsitz übernommen): Werte Kolleginnen und Kollegen!

Wir kommen jetzt zu

Punkt 6: Mündliche Anfragen (Fragestunde)

Wir haben 13 mündliche Anfragen, wovon eine nicht zum Zug kommt, da der Fragesteller fehlt. Ich beginne mit der ersten

6.1 Mündliche Anfrage der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Initiativen im Bereich Kinder- und Jugendgesundheit für das Bundesland Salzburg

Liebe Kollegin Humer-Vogl, Du bist am Wort.

Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl: Vielen Dank. Ich denke wir alle stimmen überein. Jeder Cent, der in die Kindergesundheit investiert wird, ist gut angelegt. Mich hat in den letzten Tagen ein Video beschäftigt, das der Trainer und Leistungsdiagnostiker Czaba Szekele ins Netz gestellt hat. Es zeigt Kinder, die versuchen ein Rad zu schlagen. Das sind Kinder aus den umgebenden Schulen, elf bis 13 Jahre alt, die scheitern alle kläglichst. Wenn wir an unsere eigene Kindheit denken, da waren wir es noch gewohnt, dass wir uns auf den Händen stützen konnten. Ich glaube das zeigt ziemlich eindrucksvoll, dass die Kindergesundheit in einem bedenklichen Zustand ist. Es kommen dann Meldungen dazu, dass sehr viele Kinder übergewichtig sind, viele Kinder fühlen sich gemobbt, Jugendliche rauchen immer mehr, trinken immer mehr Alkohol.

In diesem Zusammenhang stelle ich daher die mündliche Anfrage. Welche Maßnahmen im Bereich der Kinder- und Jugendgesundheit wurden in Ihrem Ressort bereits verwirklicht, befinden sich in der Umsetzungsphase oder sind in Planung?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Danke, Frau Abgeordnete, für die Frage. Uns ist die Kinder- und Jugendgesundheit ein besonderes Anliegen. So haben wir mehrere oder sehr viele Projekte laufen. Wir haben viele Projekte bereits umgesetzt und vor allem sind auch viele Projekte in Planung oder eben bereits in der Umsetzungsphase.

Ich beginne vielleicht mit der Planung, hoffentlich auch schon in der Umsetzungsphase, und zwar die Kinder-Reha in St. Veit, die ja schon öfter Thema war in unserem Haus, hier im Landtag. Die Situation ist die, dass der Hauptverband im Frühjahr eigentlich eine Änderung in der Vergabe durchgeführt hat. Früher waren diese Vergaben sozusagen in Regionen eingeteilt und dann wurde verhandelt, wer diese Rehas bekommt oder wo sie gebaut werden und umgesetzt werden.

Jetzt ist es so, dass im Spätsommer eine Ausschreibung erfolgt ist für die Kinder-Reha für die einzelnen Regionen und wir haben uns selbstverständlich fristgerecht mit unseren Bewerbungsunterlagen um den Standort St. Veit bemüht. Das Konzept der SALK und der VAMED beinhaltet sozusagen drei Lose. Einerseits den Schwerpunkt Onkologie und Stoff-

wechselerkrankungen, andererseits die Herz-Kreislauf- und Lungenerkrankungen und drittens die mobilisierende Reha.

Der positive Aspekt von St. Veit wurde natürlich besonders hervorgehoben, die geografische Lage, der Luftkurort, heilklimatischer Kurort und auch die Nähe zur Kinderstation in Schwarzach und auch die schulische Begleitung mit dem entsprechenden pädagogischen Angebot in Schwarzach.

Wir hoffen, dass wir das fundierte Konzept von Prof. Sperl und eben auch die Synergien mit der Onkologie-Reha ausnützen können und dass wir zum Zug kommen. Die Vergabe wird ich schätze in den nächsten Wochen, aber ich hoffe noch dieses Jahr erfolgen. Wir

Wir sind beim PVBZ, also beim psychosozialen Versorgungs- und Beratungszentrum soweit, dass wir nur eine relativ kleine Frage noch zwischen der Abteilung 3 und 9 lösen müssen, dann können wir das PVBZ als Regierungsbeschluss dann in Umlauf bringen und ich hoffe, dass wir mit Jänner dann beginnen können. Das PVBZ wird eingerichtet beim Landeszentrum für Hör- und Sehbildung und soll eine Ergänzung des medizinisch psychosozialen Dienstes und der Versorgung dienen. Es wird dann eine kostenlose Beratung angeboten für die Patienten, für die jungen Patienten, um bei realen psychosozialen und psychosomatischen Symptomen schnellstmöglich behandelt werden und sozusagen Normalität hergestellt werden.

Bereits umgesetzt und 2013 eröffnet ist das sogenannte REKIZ, das Salzburger Kinderneurorehabilitationszentrum in den Landeskliniken. Es ist ein Reha-Zentrum für neurologische Erkrankungen und Verletzungen. Es läuft sozusagen die Versorgung sehr gut. Es sind sechs bis zehn Betten jeweils ausgelastet und Prof. Sperl und sein Team kümmern sich da sehr intensiv.

Wir haben dann die Zusammenarbeit und die Evaluierung zwischen den Angeboten der Klinik von Prof. Sperl und der Klinik von Prof. Hohenstein dahingehend auch evaluiert, dass die Angebote abgestimmt werden und wir sind jetzt dabei, in der Kinder- und Jugendpsychiatrie die Planungen zu machen über einen Neu- bzw. Sanierungsbau in der Christian-Doppler-Klinik.

Wir haben neben diesen eher intramuralen Angeboten, PVZ ist es nicht, aber vom Land direkt betriebenen bzw. von der SALK betriebenen Einrichtungen eben die Gesundheitsziele formuliert und die Gesundheitsziele, die in der Gesundheitsplattform beschlossen wurden, betrifft also besonders auch den Bereich Kinder, zum Beispiel dass das Projekt gesunde Kindergärten ausbauen wollen, dass wir das Projekt gesunde Schulen ausbauen wollen und darüber hinaus haben wir mit unserem Partner AVOS sehr viele Angebot für Kinder und Jugendliche, zum Beispiel bewegte und gesunde Schule Salzburg, Orientierungslauf an Schulen, Actionday an Schulen, Ausprobieren von verschiedenen Sportarten, Kneipen im Kindergarten, Zahngesundheit im Kindergarten, Karies-Clear-Tag, ist immer beim Rupertikirtag die Aktion mit den Äpfeln, Impfgesundheit und Prävention.

Wir haben dann aus dem Gesundheitsförderungsfonds ebenfalls ...

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc (unterbricht): Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Entschuldigung, Du hast fünf Minuten und die hast Du schon überschritten. Bitte kurz fassen.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Also aus dem Gesundheitsförderungsfonds haben wir ebenfalls noch Projekte, die für Kinder- und Jugendliche dann entsprechend angeboten werden.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Du hast noch die Möglichkeit einer Unterfrage oder Zusatzfrage.

Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl: Vielen Dank. Ich möchte keine Unter- oder Zusatzfrage stellen. Ich glaube es werden noch viele Fragen zu stellen sein im Bereich der Kinder- und Jugendgesundheit. Es ist aber schön, wenn man mit den fünf Minuten schon nicht auskommt, weil so viel zu sagen ist. Dennoch würde ich meinen ein bisschen Luft nach oben ist noch. Allerdings war auch diese Frage an den Gesundheitsreferenten eine völlig willkürliche. Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ist eine Querschnittsmaterie und ich hätte genauso gut jeden anderen Landesrat, jede andere Landesrätin fragen können. Dankeschön.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Wir kommen jetzt zur zweiten

6.2 Mündliche Anfrage des Abg. Wiedermann an Landesrat Mayr betreffend die künftige Wohnsituation aufgrund des Zustroms von Fremden

Ich mache noch einmal darauf aufmerksam, das zuständige Landesregierungsmitglied hat fünf Minuten Zeit zu beantworten. Danke.

Abg. Wiedermann: Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrter Herr Landesrat!

Zurzeit treffen Tausende Flüchtlinge in Österreich ein. Der überwiegende Teil beabsichtigt, weiter nach Deutschland zu reisen. Jedoch beantragen nach Angaben des Innenministeriums seit der Wiedereinführung der Grenzkontrollen nach Deutschland pro Woche rund 500 Fremde Asyl in Österreich. Nicht alle diese Menschen werden bei uns bleiben können - viele von ihnen aber durchaus. Schon die spontane Unterbringung der Fremden bereitet Probleme. Langfristig wird aber geeigneter Wohnraum in Form von Wohnungen für diese gefunden werden müssen. Damit wird der Flüchtlingsstrom die schon in unserem Bundesland herrschende Wohnraumknappheit weiter verschärfen und die Preise am Wohnungsmarkt werden - das ist zu befürchten - weiter steigen. In Deutschland werden daher schon jetzt Sonderwohnbauprogramme diskutiert, dass 350.000 Wohneinheiten gebaut werden sollen. Überlegungen zur Schaffung von Wohnraum in unserem Land scheint es von Seiten der Bundes-, aber auch der Landesregierung zumindest nach derzeitigem Stand keine zu geben.

Ich stelle daher gemäß § 78 an Sie folgende mündliche Anfrage. Erstens: Gibt es von Ihnen bereits Überlegungen zur Schaffung eines Sonderwohnbauprogrammes aufgrund der Flüchtlingssituation für die nächsten Jahre für das Bundesland Salzburg? Und wenn ja, wie viele Wohnungen sollen - zu den bereits jetzt geplanten Wohneinheiten - in den nächsten fünf Jahren zusätzlich errichtet werden? 1.1 Auf wie viel werden sich die Kosten für das Sonderwohnbauprogramm, sofern es eines geben wird, in den nächsten fünf Jahren belaufen? Um eine Darstellung nach Jahren wird ersucht. 1.2 Aus welchen Mitteln soll das Sonderwohnbauprogramm finanziert werden? Ist dabei eine Mitfinanzierung des Bundes vorgesehen? Und wenn ja, in welchem Ausmaß?

Ich ersuche um Beantwortung der Fragen.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Landesrat!

Landesrat Mayr: Danke, Herr Abgeordneter. Jetzt muss man unterscheiden Grundversorgung und dann die Versorgung für Flüchtlinge mit Bleiberecht. Ich beginne mit der Grundversorgung. Wenn man sich vielleicht vor einem Jahr die Frage gestellt hätte, ist es möglich, in Salzburg 3.400 Menschen Unterkunft zu gewähren, dann bin ich mir ziemlich sicher, wäre diese Frage sehr ablehnend und negativ beantwortet worden. Wir haben es jetzt geschafft, diesen 3.400 Menschen Unterkunft zu bieten. Allein in dem Bereich von der Landesbaudirektion war es möglich, und da wiederhole ich mich jetzt, über 2.000 Unterkünfte zu schaffen, ohne dass der restliche Wohnbau davon betroffen worden ist, sondern das waren Unterkünfte vor allem in Hallen und Gebäudeteilen, die leer gestanden sind, die adaptiert worden sind, und da hat das Land Salzburg bisher rund 2 Mio. Euro investiert in dieser Angelegenheit. Damit ist die Grundversorgung bis jetzt sichergestellt. Es gibt natürlich auch einiges noch was in Planung ist für die nächste Zeit. Die Antwort die Regierung war schon tätig, und zwar sehr intensiv tätig.

In Planung ist im Bereich Kasern Bergheim die Straniakstraße, wo Unterkünfte für 370 Flüchtlinge geschaffen werden können, dann prüft die Abteilung 6 gerade eine, in der Riedenburgturnhalle 188 Flüchtlinge und in der ehemaligen Straßenmeisterei Liefering, da wird derzeit diese Halle auf Winterfestigkeit umgebaut, bis zu 500 Personen und einiges mehr. Also da sind noch einige Reserven vorhanden, aber auch nicht unendlich, das möchte ich auch sagen.

Für den Bereich jener Menschen, die ein Bleiberecht haben, ich habe es zuerst schon in meinem Statement erwähnt bei der Flüchtlingsthematik. Wir möchten jetzt in der Wohnbauförderung eine Förderungsvariante schaffen für Menschen, für Obdachlose, für Flüchtlinge und für Menschen, die einen kurzfristigen Wohnbedarf haben. Diese Mittel schichte ich um aus den Mitteln der Wohnbauförderung, und zwar aus jenem Bereich der Wohnheime, nämlich in diesem Bereich ist die aktuelle Nachfrage nicht sehr groß, deshalb kann man das verantworten.

Wir planen momentan 100 Einheiten pro Jahr. Wenn diese Nachfragesituation bei den Heimbetten so bleibt, dann kann diese Kapazität durchaus noch erhöht werden, das heißt es ist nicht unrealistisch, bis zum Jahr 2018 500 solcher Einheiten zu schaffen, das sind kleine Wohnungen in der Größenordnung von rund 30 m², die idealerweise auch zusammengelegt werden können, wenn es sich um eine Familie handelt, die da drinnen wohnen muss.

Diese Einheiten sollen von einem gewerblichen oder gemeinnützigen Bauträger errichtet werden, möglicherweise auf einem Grund des Landes Salzburg oder auf einem Grund einer Pfarre oder einer Gemeinde und das gesamte Objekt wird dann einer caritativen Einrichtung, Diakonie, Hilfswerk, Caritas übergeben, die für die reibungslose Abwicklung dann zuständig ist. Wichtig ist natürlich, dass sehr günstiges Wohnen angeboten wird. Da rechnet man pro Wohnung in etwa einen Betrag von € 300,--. Die Kosten dafür, das ist eine Umschichtung, wenn man 100 solche Betten errichtet, von 2 Mio. Euro.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Herr Abgeordneter, Du kannst noch eine weitere Frage stellen.

Abg. Wiedermann: Danke Frau Präsidentin. Herr Landesrat, eine Frage ist nicht beantwortet. Jetzt dezidiert zu den Mitteln, wie das finanziert werden soll und ist eine Mitfinanzierung des Bundes vorgesehen, das ist noch offen.

Landesrat Mayr: Also man muss jetzt wieder unterscheiden. Jetzt im Bereich der Flüchtlinge, die Flüchtlingsstatus haben. Es sind bisher 2 Mio. Euro aus unseren Landesmitteln finanziert worden. Eine Mitfinanzierung des Bundes meines Erachtens ist gegeben bei Asylwerbenden, aber bei jenen mit Bleiberecht kommt es aus unseren Mitteln von der Wohnbauförderung, 2 Mio. Euro jährlich, aber das sind nicht zusätzliche Mittel, sondern eine Umschichtung innerhalb des Budgets, ohne dass andere davon betroffen sind, dass es dadurch weniger an Mietwohnungen oder Eigentumsförderung geben wird.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Herr Abgeordneter!

Abg. Wiedermann: Damit sind die zwei Hauptfragen beantwortet. Noch die eine Unterfrage zu diesem geplanten Sonderwohnbauprogramm, wo Sie jährlich 100 Wohnungen errichten wollen in einer Größe von ca. 30 m². Haben diese Wohnungen den gleichen Standard als übliche oder üblicherweise errichtete Mietwohnungen oder ist hier ein eher unterer Standard vorgesehen.

Landesrat Mayr: Die können in diesem Preissegment nicht den gleichen Standard haben, da wird es einiges brauchen, die sind zum Beispiel in der Barrierefreiheit nicht so ausgestattet wie eine übliche Wohnung. Das muss eine Wohnung sein, die in erster Linie günstig ist, aber die alle Standardvoraussetzungen, sage ich, wie Fluchtwege, Brandschutz, Wärmedämmung usw., das muss gegeben sein, aber nicht den Standard, den ich habe, wenn ich jetzt ein Mietwohnung baue für die dauerhafte Bewohnung, sondern eine Wohnung, die

vorgesehen ist für die Abwicklung eines vorübergehenden Wohnbedarfes in der Größenordnung von zwei bis drei Jahren.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Herr Abgeordneter, Du hast noch die Möglichkeit einer Zusammenfassung.

Abg. Wiedermann: Danke Herr Landesrat. Wenn ich mir jetzt das alles so ein bisschen durch den Kopf gehen lasse, was wir heute schon im Vorfeld diskutiert haben und jetzt auch noch zusätzliche Kosten für Wohnbedarf alleine für das Bundesland Salzburg, so scheint mir dieses von mir bereits zitierte Papier, das angeblich von der Bundesregierung in irgendeiner Form zusammengeschrieben wurde, dem ORF zugänglich gemacht wurde, auf welchem Wege ist unbekannt, so scheint mir, dass doch schön langsam etwas realistisch, weil nicht nur das Wohnen und alle anderen Kosten, das hört auf bei der Müllentsorgung und man denke nur daran, wie unsere Züge ausschauen, und wenn man da mit Bahnbediensteten sich unterhält, dass in den neuen Zuggarnituren es ausschaut wirklich wie auf einer Müllhalde, dass die Sitze zerschnitten werden. All das muss bezahlt werden und vieles andere mehr.

Aber letztlich auch die Wohnversorgung wird uns irgendwo finanziell doch mehr belasten als es jetzt wahrscheinlich angenommen wird. Das große Problem, das letztlich dann da sein wird, dass jene, die jetzt schon lange auf eine Wohnung warten, und wir haben uns ja vor kurzem, Herr Landesrat, über ein aktuelles Beispiel unterhalten, wofür ich mich für die sehr positive Erledigung bedanken möchte in dem Zusammenhang, so wird es doch hier auch zu Problemstellungen kommen und zu weiteren Diskussionen vor allem in der Bevölkerung, zu Situationen, wo sich die Leute dann zu Recht sagen ich warte schon ein, zwei, drei Jahre auf eine Wohnung und jetzt wird ein sogenannter Flüchtling oder Asylwerber oder wer immer wird dann möglicherweise bevorzugt und wird wohnversorgt. Hier gilt es auch, entsprechend, vielleicht können wir das beim nächsten Beirat dann auch ein bisschen ansprechen oder in einer der Beiratssitzungen, hier gilt es entsprechende Adaptierungen und vor allem Lösungsansätze zu finden und zu schaffen. Danke.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Wir kommen jetzt zur dritten

6.3 Mündliche Anfrage des Abg. Konrad MBA an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend die überfallsartige und unverantwortliche Kürzung von Wert-/Unterrichtseinheiten an Salzburgs Gymnasien

Bitteschön Herr Abgeordneter!

Abg. Konrad MBA: Danke Frau Vorsitzende. Geschätzter Herr Landeshauptmann!

Meine Frage bezieht sich wie schon erwähnt zum Thema der Kürzungen an Salzburger Gymnasien. In den letzten Tagen hat es hier ja schon in den Medien einige Erklärungen dazu gegeben.

Aber möchte ich Sie in dem Sinne noch einmal direkt an Sie stellen, und zwar stimmt es, dass zwei Wochen vor Schulbeginn die Salzburger Gymnasien vom Landesschulrat für Salzburg in Kenntnis gesetzt wurden, dass massive Werte- und Unterrichtseinheiten eingespart werden müssen und die entsprechende Umsetzung in den Schulen sofort erfolgte. Teilweise müssen deutlich über 25 Werteinheiten eingespart werden.

Meine Frage dazu wäre, ob jetzt auch das Lehrpersonal und natürlich auch die Schülerinnen, die jetzt kann man sagen eine weitere Woche ohne Stundenplan geblieben sind, ob es gerechtfertigt ist, dass Ärger und das Unverständnis bei den Schülerinnen und Schülern, die sich freiwillig im Vorfeld zu Freifächern angemeldet haben, jetzt kommentarlos gestrichen wurden. Drittens: Ist die Existenzangst gerechtfertigt? Zahlreiche Junglehrer und -lehrerinnen überfallsartig mit diesen Kürzungen in Verbindung zu bringen und also diese deutliche Stundenreduktion natürlich zu einem Verlust des Arbeitsplatzes führen könnte. Fünftens würde ich sagen, offenbar in keiner Weise von Kürzungen betroffen sind dagegen die neuen Mittelschulen, die NMS, und der Umbau von Hauptschulen HS in NMS. Im Gegenteil. Hier soll kräftig investiert werden.

Die mündliche Anfrage jetzt. Erstens: Welche Maßnahmen werden Seitens des Landes ergriffen, um der offensichtlich parteipolitisch motivierten, nahezu schon diktatorisch verordneten Zerstörung der Gymnasialstrukturen im Land Salzburg entgegen zu wirken und somit die Vielfalt und das breit gefächerte Angebot an Schulen in Salzburg zu erhalten? Zweitens: Welches Einsparungspotential, in Euro, haben die in der Präambel beschriebenen Maßnahmen an den Gymnasien im Land Salzburg und welche Mittelерhöhungen, in Euro im Vergleich zum Vorjahr, werden im Gegensatz dazu den Salzburger NMS und HS zur Verfügung gestellt?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Bitte Herr Landeshauptmann!

Landeshauptmann Dr. Haslauer: Danke für die Anfrage. Ich möchte zunächst einmal darauf hinweisen, dass der Landesschulrat eine unmittelbare Bundesbehörde ist, aufgrund der verfassungsrechtlichen Konstruktion, die eigenwillig ist, aber die seit Jahrzehnten Bestand hat, ist der Landeshauptmann Präsident einer unmittelbaren Bundesbehörde, bedient sich meistens auch eines amtsführenden Präsidenten. So auch in Salzburg.

Während die neuen Mittelschulen vom Bund 2012 als zusätzlicher Schultyp im Bereich der allgemeinen Pflichtschulen etabliert wurden, werden seit dem alle Hauptschulen zu neuen Mittelschulen weiterentwickelt. Mit Beginn des Schuljahres 2015/16 haben die letzten Standorte in den ersten Klassen mit der Umstellung begonnen, ab dem Schuljahr 2018/19 wird es im Land keine Hauptschulklassen mehr geben. Die Lehrpersonalkosten im Bereich der allgemein bildenden Mittelschulen, Neue Mittelschule in dem Fall, werden über den Landeslehrerstellenplan finanziert, vom Bund dann refundiert, während die Gymnasien als allgemein höhere Schulen in unmittelbarer Bundesverwaltung vom Landesschulrat für Salzburg administriert werden. Das möchte ich einmal vorausschicken.

Jetzt ins Detail. Die endgültigen Schülerzahlen, die die Voraussetzung für die endgültige Zuweisung der Unterrichtsstunden vom Bundesministerium an den Landesschulrat sind, waren am 16. September bekannt, und konnten auch erst zu diesem Zeitpunkt von den Gymnasien an den Landesschulrat gemeldet werden. Die daraus resultierenden provisorischen Lehrfächerverteilungen konnten von den Schulen erst am 18. September vorgelegt werden, einzelnen Schulen gelang dies erst am 21. September. Zu diesem Zeitpunkt stand also erst das Ausmaß der Überziehung des vom Bundesministerium vorgegebenen Rahmens fest. Die Überziehung ergab sich zu einem ganz wesentlichen Teil daraus, dass von den Schulen im Frühjahr höhere Schülerzahlen angenommen wurden, als dann tatsächlich im Herbst festzustellen waren. Das kann man ja nicht genau sagen, weil man nicht genau weiß, wie viele Leute, Schüler ins Gymnasium gehen. Die Differenz war 111 Schüler, was bedeutet, dass etwa 190 Unterrichtsstunden weniger zur Verfügung stehen und vom Ministerium zugeteilt werden.

Die Rückmeldung an die Schulen über die endgültige Stundenzuweisung erfolgte am 23. September, also 21. September letzte Meldung vom Gymnasium, 23. September Rückmeldung an die Schulen für die Stundenzuweisung. Das gesamte Procedere wurde den Schulleitungen im Vorhinein kommuniziert. Sie wurden vom Landesschulrat darauf hingewiesen, dass es Änderungen geben wird, wenn sich die Schülerzahlen landesweit ändern. An keiner Schule, möchte ich sagen, mussten mehr als 24 Stunden eingespart werden. Es gab eine Schule, die verzeichnete 37 Stunden in ihrem Kontingent für Freigegegenstände, unverbindliche Übungen, obwohl ihr gemäß einer Richtlinie nur 17 Stunden zustehen, die haben einfach zu viel angemeldet und hatten darüber hinaus noch um 20 Schüler weniger als im Vorjahr angenommen.

Im Durchschnitt wurden elf Stunden je Schule eingespart. Auf die jeweilige Situation der Schulen wurde Bedacht genommen. Aufgrund von Eingabefehlern einzelner Schulen standen zuletzt sogar noch einzelne Stunden zur Verfügung, die dazu verwendet wurden, um besondere Härtefälle abzufedern.

Aufgrund der genannten Einsparungen, die sich eben aus den Schülerzahlen und daraus projizierten Stundenanzahlen ergeben, wurde nur ein Lehrer, der die Anstellungserfordernisse nicht erfüllt hat, nicht wie vorgesehen angestellt. Eine Anstellung dieses Lehrers ist aufgrund einer Pensionierung noch im Herbst wieder möglich. Alle anderen Einsparungen wurden durch Kürzungen der Mehrdienstleistungen, durch Kürzung des Ausmaßes von befristet angestellten Lehrkräften möglich gemacht.

Die Vielfalt der Gymnasien wurde durch die Einsparung, die lediglich ein Einhalten der seit Jahren vorgesehen Rahmenbedingungen sind, nicht beschnitten.

Jetzt zum Bereich Mittelerhöhung, die von Dir angesprochen wurde, im Bereich der neuen Mittelschulen. Der Landeslehrerstellenplan ist grundsätzlich so aufgebaut, dass sich die Lehrerplanstellen nach den Schülerzahlen berechnen. Das heißt vereinfacht gesagt, je mehr Schüler, desto mehr Lehrer. Betrachtet man allein diesen Bereich, dann ist es im

Bereich der Hauptschule bzw. neue Mittelschule nicht zu einer Planstellenerhöhung, sondern sogar zu einer Planstellenreduktion gegenüber dem Vorjahr gekommen. Während wir aufgrund der Schülerzahlen 2014/2015 in diesem Bereich 1.439 Planstellen erwirtschaftet haben, kommen 15/16 aufgrund des Schülerrückganges voraussichtlich nur auf ca. 1.420 Planstellen. Allerdings ist festzuhalten, dass der Bund ja gleichzeitig mit der Einführung der neuen Mittelschule festgelegt hat, dass pro Neue Mittelschule-Klasse zusätzlich sechs Lehrerwochenstunden seitens des Bundes zur Verfügung gestellt werden. Dies ist auch in der Stellenplanrichtlinie des Bundes verankert und wird von den Ländern entsprechend umgesetzt.

Da die Anzahl - und jetzt kommt das Entscheidende - der Klassen in der neuen Mittelschule aufgrund der etappenweisen Umstellung jährlich steigt, steigt naturgemäß auch die Anzahl dieser zusätzlich zur Verfügung gestellten Wochenstunden. Zum Beispiel im Vorjahr hatten wir 352 Klassen im Regime der neuen Mittelschule. Das sind 2.112 Wochenstunden, das sind ca. 100 Planstellen. Heuer haben wir bereits umgestellt 487 Klassen mit 2.922 Wochenstunden, das sind ca. 139 Planstellen. Also ca. 40 mehr. Das heißt in Summe kommt es tatsächlich zu einer leichten Erhöhung des Planstellenkontingentes im Bereich der neuen Mittelschulen, die eben aufgrund dieser zusätzlichen Lehrerwochenstunden und der Umstellung begründet sind.

Ich möchte nur der Vollständigkeit halber noch festhalten, dass die sechs Wochenstunden jetzt nicht nur mehr bloß entsprechend dem legendären Kremtalerlass in den Pflichtgegenständen Deutsch, Mathematik und Englisch, sondern auch in anderen Stunden von der Schule eingesetzt werden können, was einer Profilbildung der Schule dient.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Herr Abgeordneter!

Abg. Konrad MBA: Ja ich hätte eine Unterfrage, und zwar kann man eigentlich sagen, dass hier sehr viel vermischt wurde in der öffentlichen Meinung und das Land ganz klar oder die Entscheidungsträger hier im Land zwischen agieren und reagieren, dass es einen großen Unterschied gibt. Das haben Sie sehr detailliert jetzt angeführt. Ich möchte mich bedanken. Ich mache gleich die Zusammenfassung dazu.

Wie gesagt wahrscheinlich wird es auch in der Öffentlichkeit die Meinung gewesen sein, dass hier man Bund und Land Kompetenzen vermischt hat und es dadurch zu diesen Diskussionen oder Ungereimtheiten oder Unklarheiten gekommen ist. Dankeschön.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Abgeordneter, das war eine Zusammenfassung und keine Frage. Danke vielmals. Wir kommen zur nächsten

6.4 Mündliche Anfrage der Abg. Steiner-Wieser an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend der endgültigen Schließung der Strucker-Kaserne in Tamsweg

Frau Abgeordnete!

Abg. Steiner-Wieser: Vielen Dank Frau Präsidentin. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Es stellt sich die Frage, ob es gerade jetzt in diesen krisenhaften Zeiten vernünftig ist, Kasernen aufzugeben. Schließlich sollte in Betracht gezogen werden, dass die Kasernen die letzten wirklich gesicherten Räume darstellen, die über entsprechende Infrastruktur wie Tankstellen, Lager, Küchen, Unterkünfte und Sanitätseinrichtungen verfügen, um den militärischen und zivilen Hilfskräften eine entsprechende Handlungsfreiheit bei der Versorgung und Ausrüstung der Hilfskräfte bieten zu können. Da zahlreiche andere öffentliche Einrichtungen für die Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge möglich sind, wäre es daher ein grober Fehler, sich diese Möglichkeiten, die Kasernen bieten, zu vergeben.

Hinsichtlich der Tamsweger Kaserne kann nicht argumentiert werden, dass sie möglicherweise außerhalb möglicher Einsatzräume gelegen ist und daher nicht mehr gebraucht würde, sondern vielmehr gilt es in Betracht zu ziehen, dass sich genau diese Kaserne im Zentralraum befindet, wo sowohl die Ost-West-Route als auch die Süd-Nord-Route als Transversalen zusammenstoßen und gerade Salzburg als Drehscheibe für die Flucht nach Deutschland dient. Diese Kaserne liegt also einerseits im Brennpunkt, und andererseits dennoch durch ihre Dislokation im Lungau ein wenig weg vom Schuss, sodass sie als Rückzugsraum zur Auffrischung, Formierung, Ausbildung und Ablöse von Hilfskräften genutzt werden kann.

Weiters stellt die Strucker-Kaserne einen wesentlichen wirtschaftlichen Faktor dar, denn sie gehört zu den zehn größten Arbeitgebern im Lungau. Außerdem ist der Katastrophenzug mit Spezialtruppen für Forst, Alpin, Technik und Sprengungen in der Kaserne untergebracht und jeder Zeit einsetzbar.

Ich stelle daher gemäß § 78 folgende mündliche Anfrage an Sie: Wann wird die Strucker-Kaserne nun tatsächlich geschlossen, dessen militärische Nutzung durch den Ministerratsbeschluss vom 23.12.2014 bis zumindest 2016 garantiert wurde? Warum wurde der Beschluss des Salzburger Landtages vom 3. Juni, sich bei der Bundesregierung für den Erhalt der Strucker-Kaserne einzusetzen, nicht vehementer umgesetzt? Meiner Kenntnis nach, wurde das Kanzleramt lediglich in zwei kurzen Schreiben vom Landtagsbeschluss informiert. Inwieweit kann man die Schließung einer sowohl wirtschaftlich, als auch militärisch wichtigen Einrichtung zur Sicherung Österreichs rechtfertigen, insbesondere während der Flüchtlingskrise?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Landeshauptmann!

Landeshauptmann Dr. Haslauer: Danke Frau Abgeordnete. Ich teile Ihre Einschätzung, dass die über Jahre erfolgte Schwächung des österreichischen Bundesheers, was Transportkapazitäten betrifft, was Standorte betrifft, auch eine Schwächung der strategischen Handlungsreserve der Republik bedeutet. Was wir jetzt ziemlich eindrucksvoll unter Beweis gestellt bekommen haben, wenn wir uns anschauen, wie der Transport der Soldaten an die Grenze, und zwar von nicht besonders vielen Soldaten, ein paar hundert, schon die

Transportkapazitäten relativ ausgeschöpft hat, wenn ich mir anschau, wie viele Soldaten jetzt im Einsatz sind bei Unterstützungsleistungen, ich rede jetzt gar nicht von Assistenzleistung, sondern von Unterstützungsleitung Küche, Ordnerdienst, Reinigungsarbeiten, etc., dann muss ich auch sagen wir brauchen, und das haben wir auch immer gefordert, nicht nur hochspezialisiertes Bedienungspersonal von komplexen Waffensystemen, sondern wir brauchen auch im Katastropheneinsatz Leute, die schaufeln, und die einfach als Manpower zur Verfügung stehen.

Wir sind in Wahrheit von unseren Unterbringungskapazitäten überhaupt nicht mehr auf solche Krisen vorbereitet. Jetzt rede ich gar nicht von der Flüchtlingskrise. Nehmen Sie ein flächendeckendes Hochwasserereignis, wo wir Teile der Bevölkerung evakuieren müssen. Wir können sie im Prinzip nicht mehr unterbringen, weil wir keine Kasernen mehr haben. Nehmen Sie den Fall, dass aus welchen Gründen immer, Grenzschutz sage ich einmal, eine Teilmobilisierung erfolgt oder größere Übungen. Wir können die Soldaten nicht mehr in festen Unterkünften unterbringen. Das ist schon eine Entwicklung, die sehr, sehr bedenklich ist. Nicht zuletzt deshalb haben wir uns ja auch gemeinsam für den Erhalt der Strucker-Kaserne in Tamsweg sehr eingesetzt.

Ich habe in verschiedenen Schritten vor und nach dem Landtagsbeschluss auch Konzepte vorgeschlagen. Wir haben zum Beispiel vorgeschlagen, dass wir, nachdem es in Salzburg im Prinzip keine Jägerausbildung mehr gibt, also Infanterieausbildung mehr gibt, denn das, was in Saalfelden ausgebildet wird, ist Unterstützung für die dortige Hochgebirgskampfschule, das fällt nicht ins Gewicht, dass man in Tamsweg doch noch eine stärkere Infanterieausbildung konzentriert, entsprechend dem ursprünglichen Plan, der Ausbau der Kaserne ist ja in der Hälfte stehengeblieben, dass man einen weiteren Block dazu baut. Wir hätten da die Kosten übernommen gemeinsam mit der Gemeinde Tamsweg, dafür hätte ich mich eingesetzt, dann hätten wir auch dort eine vernünftige Größe, die auch militärisch eine vernünftige Größe ist, zusammengebracht.

All diese Vorschläge wurden vom Verteidigungsministerium, vom Verteidigungsminister abgelehnt. Ich hatte zuletzt am 17. September ein Gespräch beim Minister in Wien. Dort hat er sozusagen wild entschlossen agiert und hat gesagt er wird bis 31. Dezember 2016 die Kaserne in Tamsweg militärisch außer Nutzung stellen. Er will bis 31. Dezember 2016 die Kaserne in Tamsweg militärisch außer Nutzung stellen, das heißt, die dort derzeit vorhandenen Kräfte abziehen.

Aber von unserer Seite, wir haben auf Beamtenebene natürlich auch verhandelt, sind die Verhandlungen nach wie vor im Laufen. Das erste Ziel, das primäre Ziel ist die militärische Nutzung der Kaserne aufrechtzuerhalten. Wenn man es gescheit machen will, dann stärkt man die Kaserne und sperrt sie nicht zu. Das ist meine Meinung zu den Dingen. Ich kann Ihnen nicht sagen, Frau Abgeordnete, ob wir erfolgreich sein werden. Denn letztlich gibt es den Ministerratsbeschluss und der Verteidigungsminister kann relativ autonom entscheiden.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Frau Abgeordnete!

Abg. Steiner-Wieser: Nur eine kurze Unterfrage. Jetzt hat sich aber die Situation seit dem Ministerratsbeschluss, 23. Dezember, ja dramatisch geändert. Ist das kein Argument für Wien bzw. Ihren Worten entnehme ich ja, dass Sie weiterhin sich aktiv einsetzen wollen für die Erhaltung und nicht für die Nachnutzung der Kaserne. Verstehe ich Sie da richtig?

Landeshauptmann Dr. Haslauer: Die Beweglichkeit des Herrn Ministers bei einer Änderung der Lage können Sie anhand seines Vorgehens im Bereich der Militärmusik parallel erkennen.

Abg. Steiner-Wieser: Haben wir am Freitag vor Ort miteinander genießen können die Militärmusik. Herr Landeshauptmann, ich bedanke mich wirklich ganz herzlich für Ihren Einsatz was die Strucker-Kaserne betrifft. Mir ist es aus Wien schon zu Ohren gekommen, dass Sie sich wirklich offen und ehrlich dafür einsetzen. Auch ich vertrete den Ansatz, so wie Sie, dass wir für den Erhalt dieser Kaserne kämpfen müssen, weil gerade in Zeiten von so einer hohen Arbeitslosigkeit – also ich lasse jetzt einmal die militärische Nutzung auf der Seite – muss man alles unternehmen, dass man gerade für den Raum Lungau jeden Arbeitsplatz rettet.

Aber Nachtigall ich hör Dir trapsen. Es ist ja der Befehl für die Personalmaßnahmen bereits rausgegangen. Es geht das Gerücht um, dass die Kaserne bereits schon im Sommer 2016 geschlossen werden sollte. Darum war auch meine Frage wann wird sie geschlossen. Bitte achten Sie darauf, dass wir da nicht über den Tisch gezogen werden und dass sich dieses Gerücht nicht bewahrheitet und die Kaserne und die Arbeitsplätze schon im Juli 2016 weg sind.

Was Ihren weiteren Einsatz betrifft, bitte bleiben Sie dran, Herr Landeshauptmann, vehement, wie wir Sie alle kennen, aber öffentlich und spielen Sie Ihre größte Trumpfkarte, die Bevölkerung aus dem Lungau, weil wenn der Lungau aufsteht und nach Wien marschieren anfangt, also ich glaube nicht, dass der Minister so leicht die Kaserne schließen kann. Dankeschön.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Wir kommen zur nächsten

6.5 Mündliche Anfrage des Abg. HR Dr. Schöchel an Landesrat Mayr betreffend die Sicherheit von Bahnübergängen

Herr Abgeordneter!

Abg. HR Dr. Schöchel: Danke Frau Präsidentin. Ich darf an Dich, sehr geehrter Herr Landesrat Hans Mayr, eine Anfrage stellen betreffend die Sicherheit von Bahnübergängen.

Leider kommt es in ganz Österreich zu tragischen Autounfällen an Eisenbahnkreuzungen. Laut Statistik Austria starben im Jahr 2014 13 Personen bei Autounfällen an Bahnübergängen. Dieses Jahr waren es in Österreich bereits 24 Personen, welche in der Folge einer Kol-

lision zwischen dem Auto und dem Zug verstarben. Die meisten Unfälle dieser Art ereignen sich an unbeschränkten Bahnübergängen, welche nur mittels Lichtsignalen bzw. Warnschildern abgesichert sind. Von vielen Fahrzeuglenkerinnen und Fahrzeuglenkern werden weder diese Lichtsignale, noch die Warnschilder beachtet, wodurch eben diese Fahrzeuge von Zügen erfasst werden. Eine effektive Sicherung der Bahnübergänge mit Schrankenanlagen würde die Verkehrssicherheit erhöhen und das Risiko von weiteren Unfällen minimieren.

Ich darf deshalb an Dich folgende Anfrage stellen. Für wie viele Bahnübergänge ist das Land Salzburg überhaupt zuständig? Wie viele sind davon ungesichert? Und wenn Du gestattet gleich die zweite Unterfrage. Besteht bei diesen ungesicherten Bahnübergängen Handlungsbedarf und mit welchen Kosten ist bei einer Sicherung zu rechnen?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Herr Landesrat!

Landesrat Mayr: Danke Herr Abgeordneter. Es gibt eine Menge. Es gibt in Salzburg 382 Eisenbahnkreuzungen. Von diesen 382 ist das Land für 300 zuständig und von diesen 300 sind 92 technisch gesichert und 208 technisch nicht gesichert. Das heißt da ist entweder ein Andreaskreuz oder eine Stopptafel bei der Eisenbahnkreuzung.

Ich habe da eine einzelne Auflistung, aber das werde ich ersparen, wo es das überhaupt gibt, sondern ich werde mich gleich auf die Frage was kann zukünftig passieren. Betreffend der sicherheitsfördernden Maßnahmen an Eisenbahnübergängen werden natürlich mit den Bahnbetreibern immer wieder Abstimmungsgespräche geführt. Unter anderem wird an der B163, das ist dieser Übergang in Altenmarkt im Pongau, eine Erneuerung der Schrankenanlage verfolgt. Weiters auf der B159 Salzachtalstraße in Bad Vigaun wird ja völlig ein kreuzungsfreier Bereich gebaut. Da haben wir ja jetzt ein erstes Teilstück eröffnet.

Große Probleme haben wir vor allem an der Pinzgauer Lokalbahn und da ist natürlich das Land Salzburg Bahnbetreiber. Da hat es auch einige Unfälle in den vergangenen Monaten gegeben und das hat dann zum Anlass geführt, dass wir eine politische Runde einberufen haben, wo wir dieses Thema diskutiert haben. Eine ganz wichtige Maßnahme, die auch finanzierbar sein wird, die wird jetzt verfolgt, nämlich zwischen Stuhlfelden und Mittersill wird links und rechts von der Bahntrasse eine zwei Kilometer lange Begleitstraße errichtet werden und dadurch sind wir in der Lage, 13 ungesicherte Bahnübergänge überhaupt wegzubringen. Das heißt es muss der Anrainer an der Begleitstraße fahren, der fährt dann bei einem gesicherten Bahnübergang über die Gleise drüber und fährt dann wieder zurück. Da wird es auch einiges an, sage ich einmal, Unverständnis im Anrainerbereich geben, aber da müssen wir trotzdem durch. Das ist einfach ein Sicherheitserfordernis und es hat sehr gute Gespräche gegeben mit der Bürgermeisterin aus Stuhlfelden und dem Bürgermeister aus Mittersill. Die Kosten sind nicht unerheblich. 1,1 Mio. Euro, aber wir haben einen Aufteilungsschlüssel einmal vorweg vereinbart.

Weiters bei der Pinzgauer Lokalbahn wird im Schnitt für Einrichtung von neuen Lichtzeichen jährlich mit € 150.000,-- gerechnet, was da investiert werden muss.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Herr Abgeordneter!

Abg. HR Dr. Schöchli: Danke. Darf ich zur Klarstellung noch nachfragen. Von den 382 Eisenbahnkreuzungen, die Du erwähnt hast, ist für 300 das Land zuständig. Ist der Schluss richtig, dass diese 300 an der Lokalbahn bzw. Pinzgaubahn sind?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Landesrat bitte!

Landesrat Mayr: Nein, das sind auch Übergänge an den Bundes- und Landesstraßen. Da ist das Land auch zuständig.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Noch eine Zeit für die Zusammenfassung.

Abg. HR Dr. Schöchli: Danke vielmals für die Möglichkeit, noch kurz zusammenzufassen bzw. eine Unterstützung abzugeben, dass man natürlich massiv an der Senkung der Unfallzahlen wesentlich weiterarbeitet und versucht, eben diese unbeschränkten Bahnübergänge sicherer zu machen. Daher jede Unterstützung, Herr Landesrat. Dankeschön.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Die sechste

6.6 Mündliche Anfrage der Abg. Riezler an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend Deutschkurse für Asylwerber

Bitteschön!

Abg. Riezler: Dankeschön Frau Präsidentin. Herr Landesrat!

Ich habe natürlich gerade schon bei der Überschrift gemerkt, dass ein Fehler drinnen ist. Natürlich nicht für Asylwerber, sondern Deutschkurse für anerkannte Asylwerber.

Im Rahmen Deiner Ressortzuständigkeit bis Du eben für die Zuerkennung der Mindestsicherung nach Abschluss der Verfahren und nach Beendigung der Grundversorgung zuständig. Die Dauer des Bezugs hängt von der Chance auf Integration in den Arbeitsmarkt ab, das Deutschniveau A1 ist Voraussetzung, um überhaupt vermittelt zu werden.

Deshalb meine mündliche Anfrage. Wie viele anerkannte Flüchtlinge beziehen aktuell landesweit Mindestsicherung. Auflistung nach Bezirken bitte. Die zweite Frage: Wird Betroffenen der Besuch von Intensiv-Deutschkursen zur Auflage gemacht und finanziert bzw. ab wann sind diese Maßnahmen landesweit geplant?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Herr Landesrat!

Landesrat Dr. Schellhorn: Danke für die Anfrage, Frau Abgeordnete Riezler. Zum Punkt eins: Die Daten habe ich erhoben. Das ist jetzt der Wert August 2015, und zwar beziehen im Bundesland Salzburg 690 Bedarfsgemeinschaften mit insgesamt 1.582 Personen bedarfsorientierte Mindestsicherung, die anerkannte Flüchtlinge sind.

Die Aufteilung auf die Bezirke ist folgende: In der Stadt Salzburg sind 506 Bedarfsgemeinschaften mit 1.188 Personen, im Tennengau sind 29 Bedarfsgemeinschaften mit 59 Personen, im Flachgau sind 48 Bedarfsgemeinschaften mit 109 Personen, im Pongau sind 26 Bedarfsgemeinschaften mit 60 Personen und im Lungau sind drei Bedarfsgemeinschaften mit neun Personen und im Pinzgau 78 Bedarfsgemeinschaften mit 157 Personen.

Jetzt zur Frage zwei. Für Asylberechtigte gelten in der bedarfsorientierten Mindestsicherung an und für sich dieselben Kriterien und dieselben gesetzlichen Bestimmungen wie für alle anderen. Dazu gehört auch die Pflicht an Maßnahmen zur besseren Vermittlung am Arbeitsmarkt teilzunehmen. Das ergibt sich aus der Bestimmung des § 8 des Mindestsicherungsgesetzes. Für den Fall, dass solche Auflagen, die auch erteilt werden, nicht eingehalten werden, gibt auch das Gesetz die Möglichkeit, nach § 8 Abs. 5 hier eine Kürzung der Mindestsicherung bis zu 50 % vorzunehmen.

Nun zur Frage der Deutschkurse. Ich habe ursprünglich geplant, bereits im Herbst auch Deutschkurse für Mindestsicherungsbezieher aus dem Topf der Mindestsicherung zu finanzieren. Es hat allerdings jetzt der österreichische Integrationsfonds aufgrund des großen Druckes, der entstanden ist, zugesagt und bewilligt, Kurse für bereits anerkannte Flüchtlinge in der Mindestsicherung für ganz Österreich und davon 440 für Salzburg, 440 Kurse für Salzburg zu finanzieren. Und nach Mitteilung der Abteilung 3 ist dies vorerst ausreichend derzeit, für die Zahlen, die wir jetzt haben.

Ich habe allerdings auch schon öffentlich kundgetan, sollte das Kontingent nicht ausreichend sein, dann werde ich aus der Mindestsicherung dafür sorgen, dass wir Deutschkurse finanzieren und auch die Vorgespräche mit den Anbietern, Volkshochschule, sind dazu schon geführt worden.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Frau Abgeordnete!

Abg. Riezler: Dankeschön für die Beantwortung, insbesondere auch für die aktuellen Zahlen. Mir ist es einfach ein besonderes Anliegen, dass hier so schnell wie möglich die Initiativen gesetzt werden, dass Deutsch gelernt werden kann. Ich glaube es ist für alle Beteiligten am besten, wenn sie nicht zu lange in der Mindestsicherung bleiben müssen, weil je länger es dauert, desto schwieriger ist es natürlich auch wieder rauszukommen. In diesem Sinne war auch die Initiative der Stadt Salzburg sehr, sehr gut, damit zu beginnen. Die ersten Kurse wurden dort schon abgeschlossen und auch die Bereitschaft des AMS, dann gleich nachzuhaken und den A2-Kurs zu finanzieren, dies hat sofort stattgefunden. Also ganz wichtig und deshalb wirklich mein Anliegen, darauf zu schauen, dass das ein landesweites

Thema ist, auch wenn es jetzt nicht um die große Zahl geht, aber sie wird einfach größer werden. Danke.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Somit kommen wir zur nächsten

6.7 Mündliche Anfrage der Abg. DIⁱⁿ Lindner an Landesrat Mayr betreffend die Mobilitätsausbildung im Bundesland Salzburg

Bitteschön!

Abg. DIⁱⁿ Lindner: Sehr geehrter Herr Landesrat Hans Mayr, lieber Hans!

Einführend darf ich sagen, Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Einige Jahre wurde das Auto als alleinige Lösung aller Probleme gesehen. Zunehmend merken wird, dass das Bedürfnis der Menschen vielfältiger ist.

Daher möchte ich an Dich folgende Fragen stellen. Für die Änderung des Mobilitätsverhaltens der Bevölkerung braucht es bessere Kenntnisse und Impulse. Daher sind Mobilitätsbeauftragte als wichtige WissensvermittlerInnen und MotivatorInnen anzusehen, um die Gemeinden in der freiwilligen Umstellung des Mobilitätsverhaltens zu unterstützen.

Daher stelle ich an Dich folgende Frage: Was ist in puncto Mobilitätsausbildung in den Gemeinden in den kommenden zwei Jahren geplant?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Herr Landesrat!

Landesrat Mayr: Danke Frau Abgeordnete, liebe Angela. Dieser Punkt, der mir wirklich sehr wichtig ist, weil das Ganze einfach landesweit verfolgt werden soll und gerade oft die Abbildung des letzten Kilometers im öffentlichen Verkehr oft die größten Schwierigkeiten darstellt. Mit dieser Maßnahme möchten wir einfach die Menschen zur Mitarbeit bewegen und auch die Gemeinden, dass es in jeder Gemeinde Verantwortliche gibt, die sich um dieses Thema kümmern.

Klimabündnis Salzburg führt seit mehreren Jahren einen österreichweiten Lehrgang kommunaler Mobilitätsberater durch. Jetzt ist einmal ein Konzept am Tisch, dass 2016 und 2017 dieser Lehrgang kommunale Mobilitätsberatung, -beraterinnen, im Bundesland Salzburg mit einer ganz speziellen Adaptierung auf das Land zugeschnitten, von diesem Klimabündnis angeboten wird. Dieser Lehrgang umfasst zwei Module mit jeweils zwei Tagen, an denen Informationen zu den unterschiedlichen Verkehrsbereichen vermittelt und konkret die Umsetzungsmaßnahmen erarbeitet werden. Prinzipiell wäre das erste Modul für das Jahr 2016 geplant und das zweite Modul für den Herbst 2016, also erstes Frühjahr 2016, zweites Herbst 2016, und zwischen dem ersten und dem zweiten Modul hat der jeweilige Teilnehmer auch eine Projektarbeit in Bezug seiner eigenen Gemeinde zu erstellen.

Wichtige Aspekte dieser Ausbildung: Nachhaltige Verkehrsgestaltung in der Gemeinde, Attraktivierung von Fuß- und Radverkehr, attraktiver öffentlicher Verkehr in Gemeinde und Region, Potentiale für die Elektromobilität und Mobilitätsförderung und Mobilitätszentralen. Zielgruppe dieser Maßnahmen können sein ehrenamtliche Mobilitätsbeauftragte der Gemeinde, Gemeindemitarbeiterinnen und -mitarbeiter, politische Vertreter. Derzeit laufen jetzt Gespräche zwischen dem Klimabündnis Österreich und dem Salzburger Gemeindeverband, weil das ist natürlich ein wichtiger Partner, ohne dem geht es gar nicht und wenn das Interesse da ist, dann habe ich prinzipiell im Budget 2016 Mittel vorgesehen, damit diese Ausbildung zum kommunalen Mobilitätsbeauftragten auch finanziert werden kann.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Frau Abgeordnete!

Abg. DIⁱⁿ Lindner: Danke für die ausführliche Beantwortung. Ich möchte gleich ein bisschen zusammenfassen. Bewegung dient nicht nur dem Ziel, von A nach B zu kommen. Es ist auch zur Abdeckung der Grundbedürfnisse der Menschen notwendig. Bewegung dient auch der Gesundheitsförderung. Wir haben das gesehen bei der Beantwortung von Gesundheitslandesrat Stöckl, wie wichtig es ist, dass sich Kinder und Jugendliche vermehrt eigenständig bewegen. Es ist ein wesentlicher Teil der Gesundheit und ich glaube es muss auch ein Ziel der Gemeinden sein, Fußwege wieder attraktiver und sicher in den Gemeinden zu gestalten und dafür bedarf es sicherlich vielfältiger weiterer Maßnahmen. Danke.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Es ist ja so, dass die mündlichen Anfragen nach Einlangen der Anfragen gereiht werden. Die Anfrage an die Landesrätin Berthold wäre die Nummer neun, Sie haben jetzt die Nummer sieben abgeschlossen. Sie muss jetzt leider weg, meine Frage an Sie ist oder an Euch ist, können wir die mündliche Anfrage an Landesrätin Berthold vorreihen? Gibt es hier Einverständnis dazu? Ja. Ok, dann kommen wir zur

6.9 Mündliche Anfrage der Abg. Fürhapter an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Absicherung/Schadenersatz bei Unfällen/Straftaten mit/von Asylwerberinnen, Asylwerbern und durchreisenden Flüchtlingen

Ich ersuche, das Ganze kurz und knackig zu halten. Danke.

Abg. Fürhapter: Laut Medienberichten bleiben ja die Geschädigten nach einem unverschuldeten Unfall auf ihrem Schaden sitzen. Wir haben dann Berichte in der Kronen Zeitung vom 11. August, wo ein Vorkommnis war, wo ein Asylwerber mit einem Fahrrad in ein Auto gefahren ist und die Dame dann auf ihren € 2.000,-- Schaden sitzengeblieben ist. Ich mache das jetzt ganz kurz.

Meine Frage wäre eben, ob es im Land Salzburg und/oder in der Republik Österreich, eine Haftpflichtversicherung oder ähnliches für Asylwerber oder Flüchtlinge, welche sämtliche berechtigten Ansprüche allfälliger Unfallopfer abdeckt, gibt, Frau Landesrätin?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Frau Landesrätin!

Landesrätin Mag.^a Berthold MBA: Danke, Frau Abgeordnete, für die Nachfrage, weil diese Frage der Haftpflicht und der Schäden kommt immer wieder bei den Bürger- und Bürgerinneninformationen. Es ist eine Frage, die wirklich bewegt.

Dazu folgende Informationen: Weder im Grundversorgungsgesetz des Bundes noch in der 15a-Vereinbarung des Bundes mit den Ländern gibt es eine Aussage zum Thema Haftpflichtversicherung von Asylwerbenden. Grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass vorsätzlich begangene Schäden an Personen oder Sachen sowieso von einer Haftpflichtversicherung nicht bezahlt werden. Das heißt umgekehrt eine Haftpflichtversicherung deckt eben nur Personenschaden oder Sachschäden ab, die nicht vorsätzlich begangen worden sind. Wenn ein Asylwerber mit einem Auto jetzt selber einen Unfall verursacht, dann ist dieser Unfall mit der Haftpflichtversicherung des Autos gedeckt. Bei geringfügigen Schäden wie Fahrradunfälle oder kleine Sachschäden greift dann ebenso eine Haftpflichtversicherung, wenn es eine gibt.

Du hast auch gefragt, was ist, wenn Personen zu Schaden kommen. Das regelt das Verkehrsoferentschädigungsgesetz. Wenn eine Person, die einen Unfall verursacht hat, nicht zahlen kann oder nur unter erschwerten Umständen, dann können diese Ansprüche geltend gemacht werden über dieses Verkehrsoferentschädigungsgesetz. Egal ob eine Person jetzt asylwerbend ist oder Österreicherin oder Österreicher ist.

Es gibt einige Salzburger Gemeinden, jetzt zur Information, die haben die Asylwerbenden in ihre Haftpflichtversicherung der Gemeinden mitaufgenommen, wie z.B. Oberndorf. Derzeit sind wir im Land Salzburg bei der Umfrage an Salzburger Versicherungsunternehmen und wir prüfen, ob und wie wir Asylwerbende über einen Rahmenvertrag haftpflichtversichern können und würden diese Prämien dann aus dem Tagsatz heraus finanzieren. Das heißt es resultieren keine finanziellen zusätzlichen Aufwände für das Land.

Bisher gibt es aber auch in Salzburg folgende Vorgangsweise. Wenn ein Schaden entstanden ist, erfolgt eine Schadensübernahme auf dem Kulanzweg, und zwar werden nach der Vorlage des Polizeiberichtes drei Kostenvoranschläge eingeholt und es wird geprüft, ob eventuell sonstige Versicherungen, wie die Kaskoversicherung des Geschädigten den Schaden abdeckt, weil wir nur subsidiär mitunterstützen bzw. finanzieren.

In der Praxis hat sich gezeigt, dass wir im Jahr ungefähr einen Fall haben, also grob hochgerechnet, und bisher das auch wirklich zur Zufriedenheit aller gelöst werden hat konnte. Wenn es jetzt um Sachschäden geht, die z.B. durch die Benützung eines Quartiers am Inventar entstehen, dann haben die Quartiersgeber sowieso Haushaltsversicherungen, die das abdecken oder Betriebsversicherungen und von Seiten der Quartiergeber an sich hat es noch keine Nachfrage nach einer Personenhaftpflichtversicherung für Asylwerbende gegeben.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Frau Abgeordnete!

Abg. Fürhapter: Eine Zusatzfrage hätte ich noch eine kurze, und zwar ob im Land Salzburg vorgesehen ist, den Asylwerbern, die auch mobil mit Fahrrädern unterwegs sind, eine Einschulung angeeignet zu lassen betreffend Verkehrsregeln.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Frau Landesrätin!

Landesrätin Mag.^a Berthold MBA: Ja, das liegt in der Verantwortung der Quartiersbetreiber. Ich kann jetzt von Thalgau berichten, da hat die Caritas Räder gesammelt, funktionsfähig gemacht, hat sie nicht vorher schon ausgegeben, sondern hat wirklich darauf geachtet, dass die Asylwerbenden auch eingeführt werden in unsere Verkehrsregeln, in das Fahren und es gibt ja auch Menschen, die noch nicht Fahrradfahren können. Also darauf wird geachtet. Es gibt aber jetzt keine zentral von Landesseite aus organisierten Workshops zum Thema Fahrradfahren. Wir könnten aber da eventuell mit Hans Mayr bzw. mit der Fahrradkordinatorin vielleicht ein kleines Projekt starten.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Frau Abgeordnete!

Abg. Fürhapter: Ich bedanke mich, Frau Landesrätin, für Ihre Ausführungen. Ich denke, je mobiler die Asylwerber werden, desto mehr wird es vielleicht auch vorkommen, dass es kleine Schäden gibt. Ich bin aber froh, dass Sie sich da schon einsetzen und dass es da Gespräche gibt dahingehend, dass man diese Fälle dann kulant löst. Danke für Ihre Ausführungen. Das war es. Danke.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Jetzt ist es so. Wir haben eine Stunde Zeit für die mündlichen Anfragen. Es wird wie es aussieht sich nicht mit allen zwölf ausgeben. Wir haben noch eine kurze Anfrage auch an die Landesrätin Berthold betreffend Jugendzentren. Es ist aber so, dass wir auch bei den anderen Anfragen wahrscheinlich mit der Zeit nicht durchkommen. Ich werde jetzt mit der nächsten mündlichen Anfrage fortfahren.

6.8 Mündliche Anfrage des Abg. Rothenwänder an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend ein Schreiben an den Ministerratsdienst wegen der Struckerkaserne

Ich ersuche trotzdem, alles kurz und knackig zu halten, dass wir noch so viele als möglich behandeln können. Danke.

Abg. Rothenwänder: Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Mit 31. Juli dieses Jahres haben Sie ein Schreiben an den Ministerratsdienst des Bundeskanzleramtes übermittelt. Darin teilen Sie mit, dass die Landesregierung die Stellungnahme des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport vom 8. Juli 2015 im Sinne des Beschlusses des Landtages vom 3. Juni 2015 nicht zur Kenntnis nimmt. Sie verweisen in

Ihrem Schreiben an den Ministerratsdienst auf die Unrichtigkeit einer im Schreiben des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport dargelegten Einigung über ein Ende der militärischen Nutzung der Struckerkaserne. Im Schreiben des Ministeriums war von einer erzielten Einigung über ein Ende der militärischen Nutzung der Struckerkaserne in Tamsweg bis zum 31. Dezember 2016 die Rede. Die tatsächliche Einigung besteht aber darin, dass die Kaserne vom Schließungsplan genommen wird und gemeinsam an einer weiteren Konzeption mit dem Land Salzburg gearbeitet wird.

Ich stelle daher gemäß § 78 Geschäftsordnung folgende Anfrage: Haben Sie bereits eine Antwort auf Ihr Schreiben vom 31. Juli 2015 erhalten und wenn ja, mit welchem Ergebnis?
1.1 Gab es bereits erste Gespräche mit dem Bund über eine Nachnutzung der Kaserne nach dem 31. Dezember 2016 und mit welchem Ergebnis? 1.2 Wer nimmt von Seiten des Landes an den Gesprächen mit dem Bund über die Nachnutzung der Kaserne nach dem 31. Dezember 2016 teil?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Herr Landeshauptmann, bitte kurze Antworten.

Landeshauptmann Dr. Haslauer: Danke Herr Abgeordneter. Auf mein Schreiben vom 31. Juli 2015 gab es keine schriftliche Antwort, erstens. Zweitens Gespräche mit dem Bund über eine Nachnutzung der Kaserne laufen in dem Sinn nicht, weil wir ja über eine Fortführung der militärischen Nutzung sprechen und nicht über eine Nachnutzung. Jetzt schauen wir einmal, was da weiter rauskommt. Ich darf verweisen auf das, was ich zuerst bei der Frau Kollegin geantwortet habe.

Dritter Punkt: Wer nimmt an den Gesprächen mit dem Bund über die Nachnutzung der Kaserne teil? Gespräche über Nachnutzung gibt es nicht. Mir hat der Minister mitgeteilt, er möchte mit 31. Dezember 2016 die militärische Nutzung einstellen und ich habe mich damit nicht einverstanden erklärt. Das ist momentan die Situation. Er möchte von mir sozusagen bis Ende Oktober eine definitive Erklärung, was wir dann dort haben wollen, weil er zieht seinen Plan, sagt er, sowieso durch. Jetzt schauen wir einmal die weitere Entwicklung uns an im Laufe dieses Monats. Auf Beamtenebene verhandelt mit den Beamten im Verteidigungsministerium Herr Hofrat Weinberger von der Präsidialabteilung.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Herr Abgeordneter!

Abg. Rothenwänder: Ich habe noch eine kurze Nachfrage, und zwar wie schätzen Sie, Herr Landeshauptmann, aus heutiger Sicht und aufgrund der aktuellen Ereignisse die Möglichkeit ein, durch intensive Verhandlungen und in Kooperation mit der Gemeinde Tamsweg den Weiterbestand der Kaserne sicherzustellen.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Landeshauptmann!

Landeshauptmann Dr. Haslauer: Schwierig. Das kann ich nicht wirklich einschätzen. Wir können nur unser Bemühen, sozusagen in die Bundesregierung das hineinzutragen, unterbreiten, aber letztlich wird der Minister das nach dem derzeitigen Stand alleine entscheiden können. Ich glaube, dass er nicht einmal einen Ministerratsbeschluss braucht, um militärische Kräfte aus Tamsweg wegzuverlagern. Er braucht einen Ministerratsbeschluss, wenn er die Kaserne verkauft, aber sie leerzumachen, zuzusperren und nicht weiter zu nutzen, das kann er alleine entscheiden, und das ist das Problem in der Geschichte.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Herr Abgeordneter, eine Zusammenfassung.

Abg. Rothenwänder: Ich danke dem Herrn Landeshauptmann für die Bemühungen um die Struckerkaserne.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Das war es? Ok. Danke. Kurze Zusammenfassung, die war wirklich knackig.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt die Stunde leicht überzogen, ausgenutzt. Es tut mir leid. Ich kann keine weiteren mündlichen Fragen mehr zulassen. Ich ersuche die betroffenen Abgeordneten, sich mit dem Regierungsmitgliedern, den betroffenen, kurzzuschließen, um doch noch eine Antwort zu bekommen.

Die

6.10 Mündliche Anfrage des Abg. Mag. Schmidlechner an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend Entbindungen und Suspendierungen vom Landesdienst

6.11 Mündliche Anfrage des Abg. Schneglberger an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend Weisungen in UVP-Verfahren

6.12 Mündliche Anfrage des Klubvorsitzenden Abg. Steidl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Krankenhaus Tamsweg

6.13 Mündliche Anfrage der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Förderung von Jugendzentren

werden nach Ablauf der für die Fragestunde vorgesehenen Zeit nicht mehr aufgerufen.

Damit unterbreche ich die Sitzung für die Mittagspause und wir treffen uns um 14:00 Uhr im Ausschusszimmer. Mahlzeit!

(Unterbrechung der Sitzung: 12:23 - 19:26 Uhr)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf (nimmt die unterbrochene Sitzung wieder auf): Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich ersuche, die Plätze wieder einzunehmen. Wir setzen die Sitzung fort.

Punkt 7: Dringliche Anfragen

7.1 Dringliche Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend den aktuellen Flüchtlingsstrom

(Nr. 36-ANF der Beilagen)

7.2 Dringliche Anfrage der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung betreffend Flüchtlinge und Asylwerber

(Nr. 37-ANF der Beilagen)

Es wurde vereinbart, dass beide dringlichen Anfragen schriftlich beantwortet werden.

Ich rufe auf

Punkt 8: Berichte und Anträge der Ausschüsse

Ich werde wie immer die einstimmig verabschiedeten Anträge der Ausschüsse zusammenziehen und verlese nunmehr jene Berichte, welche im Ausschuss einstimmig erledigt worden sind.

Einstimmig verabschiedet wurden

8.1 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz zur Erlassung eines Salzburger Bautechnikgesetzes 2015 und eines Salzburger Hebeanlagengesetzes sowie zur Änderung des Bebauungsgrundlagengesetzes, des Baupolizeigesetzes 1997 und der Salzburger Feuerpolizeiordnung 1973

(Nr. 6 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Scheinast)

8.2 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht der Landesregierung über den Salzburger Gesundheitsfonds (SAGES) gemäß § 26 SAGES-G betreffend das Jahr 2014

(Nr. 7 der Beilagen – Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi)

8.5 Bericht des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Antrag der Abg. Fuchs und Scheinast betreffend der Verwendung von glyphosathaltigen Pestiziden und zum Antrag der Abg. Fuchs, Hofbauer, Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Scheinast betreffend die Ausbringung von glyphosathaltigen Herbiziden an österreichischen Autobahnen

(Nr. 10 der Beilagen- Berichterstatter: Abg. Fuchs)

8.7 **Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Klubobfrau Mag.^a Gutschi und Ing. Sampl betreffend die Änderung der Salzburger Soziale Dienste-Verordnung

(Nr. 12 der Beilagen - Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi)

8.10 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend den Wohnungsleerstand in der Stadt Salzburg

(Nr. 15 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Wiedermann)

8.11 **Bericht** des Ausschusses für Europa, Integration und regionale Außenpolitik zum Bericht des Beauftragten des Landes Salzburg für den AdR über das Jahr 2014

(Nr. 16 der Beilagen - Berichterstatterin: Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf)

8.12 **Bericht** des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Rechnungshofes über die durchschnittlichen Einkommen der gesamten Bevölkerung gemäß Art. 1 § 8 Abs. 4 des Bezügebegrenzungsgesetzes, BGBl. I Nr. 64/1997 für die Jahre 2012 und 2013

(Nr. 17 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchli)

8.13 **Bericht** des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Rechnungshofes betreffend Stadtgemeinde Vöcklabruck und Gemeinde Wals-Siezenheim mit Schwerpunkt Wasser-, Abwasser- und Müllabgaben; Reihe Salzburg 2015/3

(Nr. 18 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchli)

8.14 **Bericht** des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Rechnungshofes über die Stadtgemeinden Ried im Innkreis und Saalfelden am Steinernen Meer mit Schwerpunkt Freizeit- und Mehrzweckeinrichtungen

(Nr. 19 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Ing. Sampl)

8.15 **Bericht** des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der xy-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals

(Nr. 82 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

8.17 **Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum dringlichen Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner betreffend die notärztliche Versorgung in den Regionen

(Nr. 84 der Beilagen - Berichterstatter: Klubvorsitzenden Abg. Steidl)

Ich wiederhole. Einstimmig verabschiedet wurden 8.1, 8.2, 8.5, 8.7, 8.10, 8.11, 8.12, 8.13, 8.14, 8.15 und 8.17. Wer mit der Verabschiedung einverstanden ist, den bitte ich um ein

Zeichen mit der Hand. Gegenprobe! Danke. Ich stelle die einstimmige Annahme der aufgerufenen Ausschussberichte fest.

Ich rufe nunmehr auf

8.3 Bericht des Ausschusses für Europa, Integration und regionale Außenpolitik zum Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Klubobfrau Mag.^a Gutschl und Mag. Scharfetter betreffend eine Änderung der Gewerbeordnung
(Nr. 8 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

Top 8.3 wurde punktweise abgestimmt. Punkt eins wurde einstimmig im Ausschuss abgestimmt, Punkt zwei mit ÖVP, SPÖ, Grüne, FPÖ und Team Stronach gegen die Stimme der Abgeordneten Steiner-Wieser.

Wer mit der Annahme des Berichtes zu Punkt eins einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Einstimmig.

Wer mit der Annahme der Abstimmung gemäß Punkt zwei einverstanden ist, den ersuche ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Gegenstimmen? Gegen die Stimme der Abgeordneten Steiner-Wieser. Damit gleiches Stimmverhalten wie im Ausschuss.

Ich rufe auf

8.4 Bericht des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Antrag der Abg. Zweiten Präsidentin Mosler-Törnström BSc und Schneglberger betreffend flächendeckende Öffnung der Forststraßen für Mountainbiker
(Nr. 9 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Fuchs)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, Grüne, FPÖ und Team Stronach gegen SPÖ. Wer mit der Annahme des Berichtes einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, Team Stronach, FPÖ und Grüne. Gegenstimmen? Gegen die Stimmen der SPÖ.

Ich rufe auf

8.6 Bericht des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Mag. Schmidlechner und Riezler betreffend Pilotprojekt für die Bewirtschaftung der finanziellen Ressourcen in der Schuleingangsphase
(Nr. 11 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag Schmidlechner)

Auch hier fand eine punktweise Abstimmung statt. Punkt eins ÖVP, Grüne, FPÖ, Team Stronach und Steiner-Wieser gegen SPÖ und Punkt zwei einstimmig angenommen.

Wer mit Punkt eins einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, Grüne, FPÖ, Team Stronach und Steiner-Wieser. Gegenstimmen? Gegen die Stimmen der SPÖ.

Ich rufe nunmehr Punkt zwei auf. Wer mit der Annahme des Berichtes einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Einstimmig.

Ich rufe auf

8.8 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. DIⁱⁿ Lindner und Mag.^a Sieberth betreffend ein vergünstigtes Ticket für Jugendliche in Ausbildung, die keinen Anspruch auf SchülerInnenfreifahrt haben
(Nr. 13 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. DIⁱⁿ Lindner)

Auch hier fand eine punktweise Abstimmung statt. Punkt eins wurde mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, Grüne und Team Stronach gegen FPÖ und Steiner-Wieser und bei Punkt zwei war auch die SPÖ als Gegenstimme im Ausschuss.

Ich rufe nunmehr auf Punkt eins. Wer mit der Annahme des Berichtes einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, SPÖ, Grüne, Team Stronach. Gegenstimmen? FPÖ und Steiner-Wieser.

Ich rufe auf Punkt zwei. Wer mit der Annahme des Berichtes einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, Grüne, Team Stronach. Gegenstimmen? SPÖ, FPÖ und Steiner-Wieser.

Ich rufe auf

8.9 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend die neuerliche rechtliche Beurteilung der Europarkerweiterung
(Nr. 14 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Hofbauer)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, Grüne und Team Stronach gegen SPÖ und FPÖ. Wer mit der Annahme des Berichtes einverstanden ist, bitte um ein Zeichen. ÖVP, Grüne, Team Stronach. Gegenstimmen? SPÖ und FPÖ und Steiner-Wieser.

Ich rufe nunmehr auf

8.16 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Objektivierungsgesetz und das Salzburger Landesbeamten-gesetz 1987 geändert werden
(Nr. 83 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchli)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, Grüne, FPÖ und Team Stronach gegen SPÖ. Wer mit der Annahme des Berichtes einverstanden ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, Grüne, FPÖ, Team Stronach und Steiner-Wieser. Gegenstimmen? SPÖ.

Ich rufe auf

8.18 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum dringlichen Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Optimierung der Gesundheitsversorgung im Land Salzburg (Nr. 85 der Beilagen - Berichterstatte: Abg. Steiner BA MA)

Hier wurde ein Minderheitenbericht angemeldet.

Abg. Steiner BA MA: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Hiermit melden wir den Minderheitenbericht der Abg. Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Steiner und Wiedermann betreffend die Optimierung der Gesundheitsvorsorge im Land Salzburg an.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher den Minderheitsbericht, der Salzburger Landtag wolle beschließen: erstens die Landesregierung wird beauftragt, dem Krankenhaus der Barmherzigen Brüder den Status als onkologisches Schwerpunktkrankenhaus zuzuerkennen und zweitens die Landesregierung wird weiters beauftragt, zumindest die radiologische Facharztstelle in Zell am See im niedergelassenen Bereich zu belassen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke für diesen Minderheitenbericht, den ich hiermit übernehme. Keine Debattenbeiträge mehr. ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Punktweise Abstimmung bitte!)

... Bitte um punktweise Abstimmung. Daher bringe ich zuerst den Minderheitenbericht zur Abstimmung, und hier Punkt eins. Die Landesregierung wird beauftragt, Ihr habt den Minderheitenbericht alle. Punkt eins bringe ich zur Abstimmung. Wer für diesen Punkt ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, FPÖ und Steiner-Wieser. Gegenstimmen? ÖVP, Grüne und Team Stronach. Damit ist der Minderheitenbericht, der erste Punkt, gefallen.

Ich bringe den zweiten Punkt zur Abstimmung. Wer für die Annahme dieses zweiten Punktes des Minderheitenberichtes ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. FPÖ und Steiner-Wieser gegen die Stimmen ÖVP, SPÖ, Grüne und Team Stronach. Damit ist auch der Punkt zwei des Minderheitenberichtes abgelehnt.

Daher komme ich jetzt zur Abstimmung des ursprünglichen Antrages. Wer für die Annahme des Berichtes ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, Grüne, Team Stronach. Gegenstimmen? SPÖ und FPÖ und Steiner-Wieser. Danke. Damit haben wir auch Punkt acht erledigt.

Ich komme nunmehr zu

Punkt 9: Beantwortung schriftlicher Anfragen

Zu folgenden Beantwortungen wurde eine Debatte angemeldet.

9.1 Anfrage der Abg. HR Dr. SchöchI, Bartel und Neuhofer an die Landesregierung (Nr. 956 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend weggeworfene Lebensmittel im Bundesland Salzburg (Nr. 20 der Beilagen)

ÖVP.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Zurückgezogen Frau Präsidentin.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: 9.10 - FPÖ.

9.10 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl und Rothenwänder an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr. 991 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend das Regionalprogramm Oberpinzgau (Nr. 29 der Beilagen)

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Zurückgezogen Frau Präsidentin.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: 9.11 - ÖVP.

9.11 Anfrage der Abg. HR Dr. SchöchI, Bartel und Neuhofer an die Landesregierung (Nr. 956 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler - betreffend weggeworfene Lebensmittel im Bundesland Salzburg (Nr. 30 der Beilagen)

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Zurückgezogen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: 9.17 - ÖVP.

9.17 Anfrage der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Klubobfrau Mag.^a Gutschi und Ing. Sampl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 967 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend die Durchimpfungsrate im Bundesland Salzburg (Nr. 36 der Beilagen)

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Auch zurückgezogen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: 9.18 – FPÖ.

9.18 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an die Landesregierung (Nr. 986 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend Regionaler Strukturplan Gesundheit (Nr. 37 der Beilagen)

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Zurückgezogen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: 9.19 – ÖVP.

9.19 Anfrage der Abg. Mag. Mayer und Mag. Scharfetter an Landesrat Mayr (Nr. 970 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend die Umsetzung der neuen Salzburger Wohnbauförderung (Nr. 38 der Beilagen)

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Zurückgezogen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: 9.28 – ÖVP.

9.28 Anfrage der Abg. HR Dr. Schöchli, Bartel und Neuhofer an die Landesregierung (Nr. 956 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend weggeworfene Lebensmittel im Bundesland Salzburg (Nr. 47 der Beilagen)

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Zurückgezogen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Auch zurückgezogen. 9.29 – ÖVP.

9.29 Anfrage der Abg. HR Dr. Schöchli, Bartel und Neuhofer an die Landesregierung (Nr. 956 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schellhorn - betreffend weggeworfene Lebensmittel im Bundesland Salzburg (Nr. 48 der Beilagen)

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Zurückgezogen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: 9.36 – ÖVP.

9.36 Anfrage der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi, Bartel und Jöbstl an die Landesregierung (Nr. 2-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer und Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Aufklärung über Gefahren im Internet (Nr. 2-BEA der Beilagen)

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Zurückgezogen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Zurückgezogen. 9.37 - ÖVP und FPÖ.

9.37 Anfrage der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi, Mag. Mayer und Obermoser an die Landesregierung (Nr. 3-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer und Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler - betreffend Zweitwohnsitze
(Nr. 3-BEA der Beilagen)

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Zurückgezogen.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Zurückgezogen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Zurückgezogen. 9.38 - ÖVP.

9.38 Anfrage der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Klubobfrau Mag.^a Gutschi und Ing. Sampl an die Landesregierung (Nr. 4-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schellhorn betreffend Schonvermögen
(Nr. 4-BEA der Beilagen)

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Zurückgezogen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: 9.44 - FPÖ.

9.44 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung (Nr- 10-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr - betreffend Strafverfahren wegen Geschwindigkeitsübertretungen
(Nr. 10-BEA der Beilagen)

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Zurückgezogen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: 9.48 - FPÖ.

9.48 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrat Mayr (Nr. 14-ANF der Beilagen) betreffend die Umfahrung Straßwalchen
(Nr. 14-BEA der Beilagen)

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Zurückgezogen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: 9.58 - FPÖ.

9.58 **Anfrage** der Abg. Steiner BA MA, Essl und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 24-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr - betreffend Bahnübergänge der Salzburger Lokalbahn im Pinzgau (Nr. 24-BEA der Beilagen)

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Zurückgezogen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: 9.61 - FPÖ.

9.61 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 27-ANF der Beilagen) betreffend verdeckter Baukostenzuschuss für das Casino in Kleßheim (Nr. 27-BEA der Beilagen)

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Zurückgezogen.

9.2 **Anfrage** der Abg. Hofbauer und Scheinast an die Landesregierung (Nr. 957 der Beilagen der d.3.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend Belohnungen für besondere Leistungen von LehrerInnen (Nr. 21 der Beilagen)

9.3 **Anfrage** der Abg. Hofbauer und Scheinast an die Landesregierung (Nr. 958 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend das Leistungsfeststellungsverfahren bei LandeslehrerInnen (Nr. 22 der Beilagen)

9.4 **Anfrage** der Abg. Scheinast und Hofbauer an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 964 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend Genossenschaften in Salzburg (Nr. 23 der Beilagen)

9.5 **Anfrage** der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 988 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend Kinderbetreuung (Nr. 24 der Beilagen)

9.6 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung (Nr. 962 der Beilagen der 3.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend Förderungen und Subventionen des Landes Salzburg (Nr. 25 der Beilagen)

9.7 **Anfrage** der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 963 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend schulische Inklusion von Kindern mit Sonderpädagogischem Förderbedarf (Nr. 26 der Beilagen)

9.8 **Anfrage** der Abg. Riezler und Dr.ⁱⁿ Solarz an die Landesregierung (Nr. 987 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend Maßnahmen von arbeitsfähigen, aber nicht beschäftigungsfähigen Menschen (Nr. 27 der Beilagen)

9.9 **Anfrage** der Abg. Schneglberger und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr. 990 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend Verbrennungsanlagen und Entstehung von Umweltgiften (Nr. 28 der Beilagen)

9.12 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung (Nr. 994 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler - betreffend Rohbau und Deponie des Zoos Salzburg in einem „geschützten Landschaftsteil“ (Nr. 31 der Beilagen)

9.13 **Anfrage** der Abg. Scheinast, Mag.^a Sieberth und Fuchs an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr. 965 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend Lebensmittelverschwendung in Salzburger Supermärkten (Nr. 32 der Beilagen)

9.14 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an die Landesregierung (Nr. 989 der Beilagen der 3.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend Krankenhaus Tamsweg (Nr. 33 der Beilagen)

9.15 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung (Nr. 994 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend Rohbau und Deponie des Zoos Salzburg in einem „geschützten Landschaftsteil“ (Nr. 34 der Beilagen)

9.16 **Anfrage** der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 968 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend das Adipositas-Zentrum Hallein (Nr. 35 der Beilagen)

- 9.20 **Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr (Nr. 971 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend neuem Branding SVG und SVV (Nr. 39 der Beilagen)
- 9.21 **Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr (Nr. 972 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend Senioren- und Jugendticket (Nr. 40 der Beilagen)
- 9.22 **Anfrage** der Abg. Scheinast und Hofbauer an Landesrat Mayr (Nr. 973 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend die Fahrgastzahlen im Öffentlichen Verkehr im Bundesland Salzburg (Nr. 41 der Beilagen)
- 9.23 **Anfrage** der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 974 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend Kinderbrücke (Nr. 42 der Beilagen)
- 9.24 **Anfrage** der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 975 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (Nr. 43 der Beilagen)
- 9.25 **Anfrage** der Abg. Riezler und Dr.ⁱⁿ Solarz an die Landesregierung (Nr. 987 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA - betreffend Maßnahmen von arbeitsfähigen, aber nicht beschäftigungsfähigen Menschen (Nr. 44 der Beilagen)
- 9.26 **Anfrage** der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 988 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA - betreffend Kinderbetreuung (Nr. 45 der Beilagen)
- 9.27 **Dringliche Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung (Nr. 993 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend Dienstfreistellung des Leiters der Personalabteilung (Nr. 46 der Beilagen)
- 9.30 **Anfrage** der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 976 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (Nr. 49 der Beilagen)

9.31 **Anfrage** der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 977 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend die Sonderpflegeabteilung für psychiatrische, psychogeriatrische und geronto-psychiatrische PatientInnen (PSP) St. Veit (Nr. 50 der Beilagen)

9.32 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 979 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend Kosten für UMF in der Kinder- und Jugendhilfe (Nr. 51 der Beilagen)

9.33 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl und Rothenwänder an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 992 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend die Kündigung eines Heimvertrages durch die Lebenshilfe (Nr. 52 der Beilagen)

9.34 **Anfrage** der Abg. Riezler und Dr.ⁱⁿ Solarz an die Landesregierung (Nr. 987 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schellhorn - betreffend Maßnahmen von arbeitsfähigen, aber nicht beschäftigungsfähigen Menschen (Nr. 53 der Beilagen)

9.35 **Dringliche Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr (Nr. 1-ANF der Beilagen) betreffend Verlängerung der Lokalbahn (Nr. 1-BEA der Beilagen)

9.39 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Hirschbichler MBA an die Landesregierung (Nr. 5-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer, Landesrat Mayr und Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend Konjunkturpaket der Landesregierung (Nr. 5-BEA der Beilagen)

9.40 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung (Nr. 6-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend Reinigungs- und Servicepersonal in den SALK (Nr. 6-BEA der Beilagen)

9.41 **Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 7-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer und Landesrat Dr. Schellhorn - betreffend Krankenhaus Tamsweg „Essen auf Rädern“ (Nr. 7-BEA der Beilagen)

9.42 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Scheinast an die Landesregierung (Nr. 8-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend Elektromobilität im Bereich des landeseigenen Fuhrparks

(Nr. 8-BEA der Beilagen)

9.43 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 9-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. Juni 2015

(Nr. 9-BEA der Beilagen)

9.45 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung (Nr. 11-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl und Landesrätin Mag.^a Berthold MBA - betreffend die Förderung und Subventionierung von Bundesagenden durch das Land am Beispiel von Arbeitsmarkt-, Aus- und Weiterbildungseinrichtungen

(Nr. 11-BEA der Beilagen)

9.46 **Anfrage** der Abg. Hofbauer und Mag.^a Sieberth an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 12-ANF der Beilagen) betreffend Werbung an Schulen

(Nr. 12-BEA der Beilagen)

9.47 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 13-ANF der Beilagen) betreffend die Bestellung eines Breitband- und Digitalisierungsbeauftragten

(Nr. 13-BEA der Beilagen)

9.49 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Scheinast an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 15-ANF der Beilagen) betreffend die Ausstattung von Beschneigungsteichen mit Photovoltaikanlagen

(Nr. 15-BEA der Beilagen)

9.50 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Hofbauer an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 16-ANF der Beilagen) betreffend biologischer Landbau an Landwirtschaftlichen Schulen im Bundesland Salzburg

(Nr. 16-BEA der Beilagen)

9.51 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Mag.^a Sieberth an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 17-ANF der Beilagen) betreffend Werbung für Glyphosat in der Wochenzeitung der Landwirtschaftskammer Salzburg

(Nr. 17-BEA der Beilagen)

9.52 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 18-ANF der Beilagen) betreffend Scheinselbständige im Land Salzburg

(Nr. 18-BEA der Beilagen)

9.53 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr. 19-ANF der Beilagen) betreffend die naturschutzrechtliche Bewilligung für den Kalksteinabbau „Lidaun“ in Faistenau
(Nr. 19-BEA der Beilagen)

9.54 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr. 20-ANF der Beilagen) betreffend Schutzgebietsausweisung im Bereich Osterhorngruppe - Salzburger Kalkvoralpen
(Nr. 20-BEA der Beilagen)

9.55 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 21-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl, Landesrätin Mag.^a Berthold MBA und Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend Allergeninformation an Schulen für die tägliche Jause
(Nr. 21-BEA der Beilagen)

9.56 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 22-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. Juli 2015
(Nr. 22-BEA der Beilagen)

9.57 **Dringliche Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 23-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA - betreffend die Unterkünfte für Flüchtlinge
(Nr. 23-BEA der Beilagen)

9.59 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 25-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend Leader-Förderungen im Land Salzburg
(Nr. 25-BEA der Beilagen)

9.60 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 26-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr - betreffend PPP-Finanzierungsmodell für die Errichtung und den Betrieb des geplanten Gitzentunnels in Bergheim
(Nr. 26-BEA der Beilagen)

9.62 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 28-ANF der Beilagen) betreffend die Verantwortlichkeiten bei Spekulationsgeschäften Mitte Juli 2012 bis Ende September 2012 (Nr. 28-BEA der Beilagen)

9.63 **Dringliche Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Riezler an die Landesregierung (Nr. 32-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend aktuelle Personalpolitik (Nr. 32-BEA der Beilagen)

9.64 **Anfrage** der Abg. Riezler und Mag. Schmidlechner an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) (Nr. 29-BEA der Beilagen)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Damit rufe ich auf

Punkt 10: Berichte der Landesregierung, um deren Vorlage der Landtag ersucht hat

Debatte wurde gewünscht zu

10.1 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 4. Juni 2014 (Nr. 691 der Beilagen d.2.S.d.15.GP) betreffend die Kündigung der Art. 15a B-VG Grundversorgungsvereinbarung (Nr. 54 der Beilagen)

ÖVP und Grüne auch? Zu Top 10.3 - Grüne. Bitte!

10.3 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 15. Dezember 2010 (Nr. 195 der Beilagen d.3.S.d.14.GP) betreffend eine Salzburger "Offensive Barrierefreiheit" (Nr. 56 der Beilagen)

Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl: Liebe Kolleginnen! Liebe Restlandesregierung! Liebe Frau Präsidentin!

Einen kurzen Redebeitrag zum Thema Offensive Barrierefreiheit. Ich muss Euch da leider doch noch kurz quälen. Laut Beschlussfassung des Salzburger Landtages wurde die Landesregierung am 15. Dezember 2010 ersucht, in allen Ressorts nach Maßgabe der finanziellen Voraussetzungen Schritte und Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit in Salzburg zu setzen und dem Landtag darüber zweijährlich jeweils bis 30. September zu berichten.

Unter Punkt 10.3 ist nun der zweite Bericht zur Offensive Barrierefreiheit an den Landtag ergangen, ziemlich unbemerkt, wie ich befürchte. Wozu auch über den Tellerrand schau-

en, wenn man selbst nicht betroffen ist. Für viele Menschen ist die Barrierefreiheit allerdings überlebenswichtig. Nur dadurch wird ihnen gleichberechtigte soziale Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht.

So wurde ich, noch bevor ich die heutige Tagesordnung zum ersten Mal überhaupt überflogen habe, von Erich Girlek, seines Zeichens Selbstvertreter der Lebenshilfe Salzburg, kontaktiert, der mehr über diesen Bericht wissen wollte. Ich denke das Thema Barrierefreiheit ist zu wichtig, um unter fernem Liefen in irgendeiner Schublade zu verschwinden. Ich darf daher jetzt schon ankündigen, dass ich einen Antrag stellen werde, diesen Bericht unter Einbezug von ExpertInnen im Sozialausschuss zu diskutieren.

Wir debattieren über so viele Themen, die fernab jeglicher Lebensrealität für einen Großteil der Bevölkerung sind. Ich denke da sollte es selbstverständlich sein, dass wir uns auch für das Thema Barrierefreiheit, das so viele Menschen betrifft, entsprechend Zeit nehmen. In diesem Sinne freue ich mich jetzt schon auf lebhaftere Diskussionen zu einem späteren Zeitpunkt. Dankeschön. (Beifall der ÖVP-, SPÖ- und Grünen-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Gibt es noch weitere Wortmeldungen dazu? Danke. Dann rufe ich auf

10.4 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 3. Juni 2015 (Nr. 870 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend den Erhalt der militärischen Strukturen in Salzburg
(Nr. 57 der Beilagen)

ÖVP angemeldet.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Zurückgezogen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Zurückgezogen. Damit haben wir keine weiteren Wortmeldungen mehr.

10.2 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 18. März 2015 (Nr. 612 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend die Vereinfachung von Bürgerbeteiligungen als Genossenschaftsmodelle
(Nr. 55 der Beilagen)

10.5 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 8. Juli 2015 (Nr. 1011 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend die Transparenz bei den Geschwindigkeitsreduktionen auf A1 und A10 nach IGL
(Nr. 58 der Beilagen)

10.6 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 3. Juni 2015 (Nr. 875 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend Maßnahmen zum Schutz der Bienen (Nr. 59 der Beilagen)

10.7 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 18. März 2015 (Nr.611 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) zum Antrag der Abg. Hofbauer und Mag.^a Sieberth betreffend Ehrungen des Landes und zum Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner betreffend Aberkennung von Auszeichnungen (Nr. 60 der Beilagen)

10.8 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 20. März 2013 (Nr. 332 der Beilagen d.5.S.d.14.GP) betreffend die Personalsituation in den Salzburger Bezirkshauptmannschaften (Nr. 64 der Beilagen)

Der Tagesordnungspunkt ist erledigt. Damit haben wir unsere ganze Tagesordnung abgearbeitet. Ich wünsche Euch allen einen schönen Abend und berufe die nächste Sitzung für Mittwoch, 4. November 2015, 9:00 Uhr, ein. Die Sitzung ist hiermit geschlossen. Einen schönen Abend!

(Ende der Sitzung: 19:39 Uhr)

- -

Dieses Protokoll wurde
am **16. Dezember 2015**
in der Sitzung des Salzburger Landtages
genehmigt.

Landtagspräsidentin:

Schriftführer/in: